



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Entwicklung des Sozialkapitals in Kroatien.
Eine Untersuchung zur sozialen Funktion von Vertrauen

Verfasserin

Marijana Kompes

angestrebter akademischer Grad
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 300
Diplomstudium Politikwissenschaft
Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert für die wertvollen und konstruktiven inhaltlichen Richtlinien in Bezug auf die Gestaltung der Arbeit sowie für das zügige Lesen der Texte. Außerdem möchte ich Prof. Dr. Josip Baloban, dem Leiter der Untersuchung „European Values Study“ (1999 und 2008) für Kroatien danken, dass er mir die Daten der beiden Untersuchungen für die sekundäre Analyse in dieser Diplomarbeit zur Verfügung gestellt hat. Schließlich, gebührt auch MMag. Maria Egartner ein herzlicher Dank für das Korrekturlesen meines Textes.

INHALT

DANKSAGUNG	1
INHALT	2
I. EINLEITUNG.....	5
II. DAS KONZEPT DES SOZIALKAPITALS AUS DER POLITIKWISSENSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVE	10
2.1. BEGRIFFSBESTIMMUNG DES SOZIALKAPITALS	10
2.1.1. Begriffsgeschichte.....	10
2.1.2. Die inhaltliche Bestimmung.....	12
2.2. DEFINITIONEN DES SOZIALKAPITALS.....	13
2.2.1. Soziologische Definitionen	14
2.2.2. Politikwissenschaftliche Definitionen.....	17
2.2.3. Kritik am Konzept des Sozialkapitals	18
2.3. ARTEN UND ANALYSEEBENE DES SOZIALKAPITALS	21
2.4. DAS SOZIALKAPITAL UND DAS KONZEPT DER POLITISCHEN KULTUR	22
2.5. PRODUKTIONSFAKTOREN DES SOZIALKAPITALS	24
III. DAS SOZIALKAPITAL IN DER KROATISCHEN SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN LITERATUR	27
3.1. DER FORSCHUNGSSTAND UND DER BEGRIFF DES SOZIALKAPITALS IN DER SOZIALWISSENSCHAFT KROATIENS	27
3.2. DAS SOZIALKAPITAL IN DER SOZIOLOGISCHEN LITERATUR KROATIENS.....	28
3.3. SOZIALKAPITAL IN DER POLITIKWISSENSCHAFTLICHEN LITERATUR IN KROATIEN	31
3.4. WEITERE PUBLIKATIONEN ZUM THEMA DES SOZIALKAPITALS.....	34
IV. DIE OPERATIONALISIERUNG UND DIE DIMENSIONEN DES SOZIALKAPITALS	35
4.1. DIE STRUKTURELLE UND DIE KULTURELLE DIMENSION DES SOZIALKAPITALS	37
4.2. VERTRAUEN	39
4.2.1. Einleitung zum Indikator Vertrauen	39
4.2.2. Generalisiertes Vertrauen	43
4.2.3. Das Vertrauen in die Institutionen.....	45
4.3. DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN SOZIALKAPITAL UND DEMOKRATIE	48
4.4. EXKURS: DIE KATEGORIE „VERTRAUEN“ IN VERSCHIEDENEN WISSENSCHAFTLICHEN DISZIPLINEN	53
V. DIE OPERATIONALISIERUNG DES SOZIALKAPITALS DURCH SEINE KULTURELLE DIMENSION: KROATIEN VON 1995 BIS 2009	56
5.1. METHODOLOGISCHE VORBEMERKUNGEN.....	56

5.2. THEORETISCHE VORBEMERKUNGEN: HORIZONTALES UND VERTIKALES VERTRAUEN....	57
5.3. GENERALISIERTES VERTRAUEN IN KROATIEN VON 1995 BIS 2009	58
5.3.1. Die Entwicklungstendenz des generalisierten Vertrauens in Kroatien von 1995 bis 2009	59
5.3.2. Die Entwicklung des generalisierten Vertrauens in Kroatien, den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien von 1995 bis 2008/2009 – vergleichende Perspektive	60
5.3.3. Die Distribution des generalisierten Vertrauens.....	61
5.3.3.1. Alter	62
5.3.3.2. Bildung.....	63
5.3.4. Generalisiertes Vertrauen und Mitgliedschaft in den Organisationen.....	64
5.4. DAS VERTRAUEN IN DIE INSTITUTIONEN IN KROATIEN VON 1995 BIS 2008.....	64
5.4.1. Theoretische Grundlagen	64
5.4.2. Die Entwicklung des Vertrauens in die Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008.....	67
5.4.2.1. Die Entwicklung des Vertrauens in die parteistaatlichen Institutionen.....	67
5.4.2.2. Die Entwicklung des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen	68
5.4.3. Das Vertrauen in die Institutionen und generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2008	69
5.4.3.1. Generalisiertes Vertrauen nach Vertrauen in die parteistaatlichen Institutionen.....	70
5.4.3.2. Generalisiertes Vertrauen nach Vertrauen in die rechtsstaatlichen Institutionen	71
5.5. DIE EINSTELLUNG ZUR DEMOKRATIE IN KROATIEN VON 1999 BIS 2008	72
5.5.1. Die Einstellung zur Demokratie	73
5.5.2. Das Interesse für Politik	73
5.6. REFLEXION DER ERGEBNISSE DER ERMITTELTEN DATEN.....	74
VI. ERKLÄRUNGSANSÄTZE ZUM RÜCKGANG DES SOZIALKAPITALS IN KROATIEN UND DEN POSTSOZIALISTISCHEN LÄNDERN.....	76
6.1. DIE URSACHEN FÜR DEN RÜCKGANG DES HORIZONTALEN UND DES VERTIKALEN VERTRAUENS IN KROATIEN UND DEN POSTSOZIALISTISCHEN LÄNDERN	77
6.2. VERTRAUENSBLDENE MASSNAHMEN – DER WEG VOM MISSTRAUEN ZUM VERTRAUEN	81
VII. ZUSAMMENFASSUNG	84
VIII. QUELLENVERZEICHNIS.....	89
8.1. LITERATUR	89
8.2. INTERNETQUELLEN.....	94
IX. ABBILDUNGS-, TABELLEN- UND DIAGRAMMVERZEICHNIS	95
9.1. ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS.....	95
9.2. DIAGRAMMVERZEICHNIS	95
X. ANHANG	96
ABSTRACT (DEUTSCH)	96

ABSTRACT (ENGLISCH)	97
LEBENS LAUF	98

I. Einleitung

Das Sozialkapital ist in den letzten zwanzig Jahren eines der sich am schnellsten entwickelnden Konzepte in der Politikwissenschaft geworden. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Sozialkapital ein Begriff, der kaum in einem politikwissenschaftlichen Lexikon zu finden war. Inzwischen fand er allerdings auch Eingang in neue Handbücher. Diese Tatsache weist darauf hin, dass man hier in der Politikwissenschaft mit einer relativ neuen Thematik zu tun hat, dessen Ursprung in den USA zu finden ist und die mit der Zeit in Europa Fuß gefasst hat (vgl. Westle/Gabriel 2008: 34). Die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit dem Sozialkapital hat insbesondere im Kontext der allgemeinen Renaissance des politikwissenschaftlichen Interesses für die politisch-kulturellen Fundamente der Demokratie einen Aufschwung genommen. Mit dem Werk „Making democracy work. Civic traditions in modern Italy“ von Robert Putnam (1993) hat das Sozialkapital seinen Eingang auch in die Politikwissenschaft gefunden.

Die Ergebnisse der Sozialkapitalforschung vor 1983 bis zum Jahre 2006 von Felix Roth zeigen klar, wie sich die Entwicklungstendenz des Begriffes „Sozialkapital“ in Bezug auf seine Thematisierung in den Sozialwissenschaften darstellt. So wurden vor 1983 nur 20, zwischen 1991 und 1995 schon 109 und zwischen 1996 und März 1999 über 1000 internationale Forschungsarbeiten zum Thema „Sozialkapital“ veröffentlicht. Im Juni 2006 stieg die Anzahl auf 1429 (vgl. Roth 2008: 114). Eine ähnliche Analyse bietet auch Rosalyn Harper (2001) für den Zeitraum von 1950 bis 1999 (vgl. Šalaj 2007: 9). Der Interessenszuwachs in der Forschung insbesondere seit den 90er Jahren lässt sich auch dadurch erklären, dass das Sozialkapital auch im Zusammenhang mit der Demokratie, der demokratischen Bürgerschaft, der demokratischen politischen Kultur, der politischen Bildung sowie der Bildungspolitik aufgegriffen werden kann. Eben diese Themen haben nach der Wende im Jahr 1989 an großer Aktualität gewonnen.

In der Transformationsforschung wird das Sozialkapital insbesondere in Bezug auf die Demokratie untersucht. So wird fehlendes Sozialkapital und mangelndes Vertrauen als eine der größten Schwierigkeiten für den Übergang der Transformationsgesellschaften zu Marktwirtschaft und Demokratie angesehen (vgl. Merkel 1999: 100f, 164ff; Sztompka 1995). Da die Demokratie neben den Institutionen auch Bürger voraussetzt, die die demokratischen Werte internalisieren, kommt dem Sozialkapital eine wichtige Bedeutung zu. Es besteht kein Zweifel daran, dass noch weiter zu ergründen ist, warum – wie die internationalen

Untersuchungen zeigen (z.B. „World Values Survey“ 1995, „European Values Study“ 1999 und 2008 und „European Social Survey“ 2009) – ein merkbarer Unterschied hinsichtlich der Ebenen des Sozialkapitals in den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien besteht.

In diesem theoretischen und praktischen Zusammenhang ist auch das Fallbeispiel „Kroatien“ einzuordnen, das als ein postsozialistisches Land wichtige Entwicklungstendenzen aber auch Versäumnisse hinsichtlich des Sozialkapitals aufweist. Die Untersuchung dieser Entwicklung in Kroatien und den anderen Ländern geschieht in dieser Arbeit vornehmlich durch die Indikatoren, die in weiterer Folge die Operationalisierung des Sozialkapitals ermöglichen. Für die Politikwissenschaft ist das generalisierte Vertrauen der wichtigste Indikator, da durch ihn der spezifische Zugang des Sozialkapitals zur Lösung sozialer Dilemmata ersichtlich wird. Während Theorien des kollektiven Handelns strukturelle Bedingungen betonen, weist die Sozialkapitaltheorie auf die Rolle des generalisierten Vertrauens für die Auslösung sozialer Problemlagen hin (vgl. Stolle/Rothstein 2007: 113). Die wichtigsten Merkmale des generalisierten Vertrauens sollen hier im Rahmen von Begriffsbestimmung des Sozialkapitals näher beleuchtet werden. Putnam definiert das Sozialkapital als „the features of social organization, such as trust, norms, and networks that can improve the efficiency by facilitating coordinated action“ (Putnam 2000: 19; Putnam 1993: 167). Von den drei genannten Merkmalen widmet sich diese Arbeit vornehmlich der Untersuchung des Vertrauens als einem wichtigen Indikator des Sozialkapitals und zwar nicht nur auf der Ebene der Theorie sondern auch auf der Ebene der empirischen Untersuchungen, wie in unserem Fall in Kroatien.

Das Vertrauen selbst kann begriffen werden als „eine in die Zukunft gerichtete Erwartung eines Individuums, der zufolge andere Individuen so handeln, dass die Ergebnisse dieses Handelns diesem nützen oder zumindest nicht schaden“ (Fuchs/Gabriel 2002: 429). Sztompka spricht vom Vertrauen als „einer Ressource zur Bewältigung der Zukunft“, in weiterer Folge bezeichnet er es „als Annahme bzw. Wette über das künftige Handeln anderer“ (Sztompka 1995: 255f). Diese grundlegenden Definitionen dieses wichtigen Indikators des Sozialkapitals weisen eine gewisse Komplexität bzw. Mehrschichtigkeit auf, denn Vertrauen hat einen dialogischen Charakter, entsteht es doch in einer Beziehung, in der zwei oder mehrere Personen partizipieren. Außerdem hat das Vertrauen verschiedene Richtungen. Claus Offe unterscheidet etwa zwischen „horizontalem“ und „vertikalem“ Vertrauen. Horizontales Vertrauen umfasst u.a. das Vertrauen der Bürger in die Mitbürger. Vertikales Vertrauen umfasst u.a. das Vertrauen in die politische Institutionen (vgl. Offe 1999). In dieser Arbeit

werden insbesondere das Vertrauen in die Institutionen sowie das generalisierte Vertrauen untersucht.

Generalisiertes Vertrauen wird als „Kern des Sozialkapitalkonzepts und als wichtige demokratietheoretische Größe interpretiert. Generalisiertes Vertrauen (oft auch 'soziales Vertrauen' genannt) meint horizontales Vertrauen unbestimmten Anderen gegenüber, Vertrauen gegenüber 'everyone else'“ (Seubert 2009: 192). Die Wichtigkeit des Vertrauens wird in den politikwissenschaftlichen Publikationen mehr und mehr thematisiert, denn auf Vertrauen gegründete Interaktionen sind frei von Angst und Hintergedanken und erlauben den Akteuren Spontaneität und Offenheit. Es wird dazu die grundlegende Bedeutung institutionellen Vertrauens hervorgehoben. Newton und Norris sprechen etwa davon, dass „confidence in institutions (...) [is] the central indicator of the underlying feeling of the general public about its polity“ (Zmerli 2004: 230).

Aufgrund dieser theoretischen Ausführungen und den Verweisen auf die konkrete Praxis, insbesondere in Kroatien, seien nun die wichtigsten Forschungsfragen dieser Arbeit dargestellt. Ausgehend von einer schon in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Literatur (vgl. Šalaj 2007; Štulhofer 2000; 2004; 2005) feststellbaren niedrigeren und sogar sinkenden Tendenz des Sozialkapitals in Kroatien und zwar bis zum Jahr 2007 wird es das Ziel dieser Arbeit sein, diese Tendenz weiterhin zu verfolgen, da in der Zwischenzeit die Ergebnisse der neueren Untersuchungen („European Values Study“ 2008 und „European Social Survey“ 2009) vorliegen.

Die Forschungsfragen, die hier untersucht werden, lauten: Wie sieht die Entwicklungstendenz des Sozialkapitals - operationalisiert durch das generalisierte Vertrauen und das Vertrauen in die Institutionen des Rechts- und Parteienstaates - in Kroatien im Zeitraum von 1995 bis 2008/2009 aus? Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Vertrauen in die Institutionen des Rechts- und Parteienstaates und dem generalisierten Vertrauen insbesondere in Bezug auf die Produktion und damit die Steigerung des Sozialkapitals in einer Gesellschaft, die eine negative Tendenz hinsichtlich der Entwicklung des Sozialkapitals aufweist? Welche vertrauensbildenden Maßnahmen sollen in Angriff genommen werden, um einen Weg vom weit verbreiteten Misstrauen zum gegenseitigen Vertrauen einschlagen zu können?

Die Untersuchung wird auf den Zeitrahmen von 1995 bis 2009 begrenzt, da für diese Zeit internationale Untersuchungen vorliegen, die jene Variablen enthalten, mit Hilfe derer das Sozialkapital operationalisiert werden kann. Die methodologische Herangehensweise besteht darin, dass durch die sekundäre Analyse die Ergebnisse der folgenden internationalen

Untersuchungen ausgewertet werden: „World Values Survey“ (1995), „European Values Study“ (1999, 2008) und „European Social Survey“ (2009). Dabei wird die deskriptive Analyse eingesetzt. Die Auswertung erfolgt mit dem SPSS-Programm.

Neben der Analyse der quantitativen Daten wird in dieser Arbeit eine umfassende Literaturrecherche unternommen. Sie umfasst sowohl deutsch- als auch englischsprachige Literatur ebenso wie kroatische. Die deutsch- und englischsprachige Literatur wurde vornehmlich für die theoretischen Grundlagen der Arbeit herangezogen, wobei der politikwissenschaftlichen Argumentationen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die kroatische Literatur aus dem politikwissenschaftlichen und soziologischen Bereich diente als Quelle für die Untersuchung der sozialwissenschaftlichen Thematisierung des Sozialkapitals in Kroatien sowie der Untersuchung der thematischen Schwerpunkte aus dem Bereich des Sozialkapitals, die von kroatischen Politologen und Soziologen gesetzt wurden. Die Literaturrecherche zeigt dabei ein gemeinsames Merkmal, das sowohl für die deutsch- und englischsprachige als auch für die kroatischsprachige Literatur gilt: In allen Ländern ist derzeit ein vermehrtes Interesse am Faktor „Sozialkapital“ zu beobachten, proportional dazu steigt auch die Zahl der Publikationen, die in den letzten zehn Jahren erschienen sind. In der deutsch- und englischsprachigen Literatur kann man eine quantitative Steigerung der Publikationen im sozialwissenschaftlichen Bereich und damit auch im Bereich der Politikwissenschaft bemerken. Dazu gehören beispielsweise die Arbeiten von Helliwell/Putnam (2000), Schuller/Baron/Field (2000), Newton/Norris (2000), Raiser (2001), Fuchs/Gabriel (2001), Uslaner (2003), Stolle (2003), Kunz (2004), Zmerli (2004), Schmitt-Beck/Rohrschneider (2004), Herreros (2004), Stolle/Rothstein (2004), Freitag/Bühlmann (2005), Evans (2005), Stolle/Rothstein (2007), Roth (2008), Ostrom (2009), Westle/Gabriel (2008), Seubert (2009), Pehlivanova (2009), Müller (2009), Westle (2009) u.a. Was die kroatische Literatur betrifft kann man von einer steigenden Zahl an Publikation im Bereich der Sozialkapitals nicht sprechen, sondern erst von einem ersten Aufgreifen der Fragestellung. Diese Behauptung stützt sich auf die Feststellung von Berto Šalaj, der im Jahre 2005 anmerkte, dass in Kroatien eine Vernachlässigung des Sozialkapitals auf der Ebene des sowohl wissenschaftlichen Diskurses als auch auf der Ebene der *public policies* zu beobachten sei (vgl. Šalaj 2005: 201). Von einer Auseinandersetzung mit dem Thema „Sozialkapital“ – mit Ausnahme der Publikation von Meštrović/Štulhofer (1998) – kann also erst ab dem Jahre 2000 die Rede sein. Zu erwähnen sind folgende Publikationen: Štulhofer (2000); Štulhofer (2001); Štulhofer (2004); Šalaj (2004); Štulhofer (2005); Šalaj (2005); Črpić/Zrinščak (2005); Rimac/Milas (2005); Koška (2006); Šalaj (2007); Nikodem/Črpić

(2011). In dieser Arbeit werden also quantitative Auswertungen und die Literaturrecherche der deutsch- und englischsprachigen als auch der kroatischen Literatur als Methode verwendet. Einige Kapitel sind aus diesem Grund stärker theoretisch orientiert, andere widmen sich verstärkt der Darstellung der Ergebnisse der quantitativen Analyse.

Die Arbeit ist in insgesamt sieben Kapitel gegliedert. Nach der Einleitung wird im zweiten Kapitel das Konzept des Sozialkapitals aus der politikwissenschaftlichen Perspektive dargestellt. Hier wird der Begriff des Sozialkapitals soziologisch als auch politikwissenschaftlich definiert. Anschließend werden die Arten und die Analyseebene des Sozialkapitals, der Zusammenhang zwischen dem Sozialkapital und der politischen Kultur sowie die Produktionsfaktoren des Sozialkapitals dargestellt. Im dritten Kapitel wird das Sozialkapital in der kroatischen sozialwissenschaftlichen Literatur untersucht. Nach einer Darstellung des Forschungsstandes im Bereich des Sozialkapitals sowie der Begriffsbestimmung des Sozialkapitals in den Sozialwissenschaften in Kroatien werden die Ergebnisse der Literaturrecherche in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Literatur sowie weitere Publikationen zum Thema Sozialkapital in Kroatien besprochen. Das vierte Kapitel widmet sich der Operationalisierung des Sozialkapitals in Kroatien von 1995 bis 2009 in seiner kulturellen Dimension. Nach den methodologischen Vorbemerkungen wird hier zuerst zwischen dem horizontalen und dem vertikalen Vertrauen unterschieden. Damit wird die theoretische Klärung für die konkreten Auswertungen von generalisiertem Vertrauen, dem Vertrauen in die Institutionen und der Einstellung zur Demokratien deutlich. Der Untersuchungszeitraum für alle drei Bereiche, die durch die Auswertung der quantitativen Daten operationalisiert werden, umfasst die Zeit von 1995 bis 2009. Am Ende dieses Kapitels werden die Ergebnisse der ermittelten Daten kritisch überprüft. Das sechste Kapitel bietet Erklärungsansätze für den Niedergang des Sozialkapitals in Kroatien und den postsozialistischen Ländern. Dabei werden insbesondere einige Ursachen für den Rückgang des horizontalen und des vertikalen Vertrauens in Kroatien und den postsozialistischen Ländern sowie notwendige vertrauensbildende Maßnahmen besprochen, auf das in Zukunft der Weg vom Misstrauen zum Vertrauen beschritten werden kann.

II. Das Konzept des Sozialkapitals aus der politikwissenschaftlichen Perspektive

2.1. Begriffsbestimmung des Sozialkapitals

2.1.1. Begriffsgeschichte

Das Sozialkapital ist einer der Begriffe der Sozialwissenschaften, der erst im 20. Jahrhundert und insbesondere in den 1990er Jahren seine volle Blüte erlebt hat. Er wurde vom amerikanischen Pädagogen Lyda Hanifan am Anfang des 20. Jahrhundert geprägt.¹ In seinem Werk „The Community Center“ aus dem Jahre 1920 erörtert Hanifan, dass mit dem Begriff Kapital nicht der Besitz oder das Geld gemeint seien, sondern diejenigen Inhalte, die den wichtigsten Teil des alltäglichen Lebens ausmachen. Als Beispiel dafür führt er die Verbindung mit dem eigenen Nachbarn an, durch die auch die Verbindung mit anderen Nachbarn entstehen könne. Durch diese sich konzentrisch ausbreitenden Verbindungen kann man das Sozialkapital akkumulieren. Dieses werde dadurch sichtbar, dass nicht nur individuelle Ziele leichter erreicht werden, sondern auch diejenigen der Gemeinschaft (vgl. Hanifan 1920: 78). In einem weniger bekannten Werk aus dem Jahre 1957 der „Royal Commission on Canada’s Economic Propect“ werden unter Sozialkapital die öffentlichen physische Institutionen wie Schulen und Universitäten, Kirchen, Krankenhäuser, Straßen, Flughäfen, Wassersysteme etc. verstanden (vgl. Schuller/Baron/Filed 2000: 2).

In den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts kommt Jane Jacobs am Ende ihrer stadtsoziologischen Analyse in ihrem Buch „The Life and Death of Great American Cities“ (1961) zu dem Schluss, dass auch durch die Stadtplanung das Sozialkapital gefährdet oder zerstört werden könne. Die Förderung der funktionierenden Nachbarschaften spiele dabei eine sehr wichtige Rolle. Glenn Loury erweitert in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die theoretische Bestimmung des Sozialkapitals, indem er die Bedeutung der gesellschaftlichen Herkunft und der gesellschaftlichen Netzwerke für das Individuum beleuchtet. Diese beeinflussen nämlich wesentlich das Ausmaß der Ressourcen, die dem Individuum zur Bildung des Sozialkapitals zur Verfügung stehen. In den 80er Jahren taucht das Sozialkapital

¹ Siehe dazu das Werk von Robert Putnam „Bowling alone. The collapse and revival of American community“ (vgl. Putnam 2000: 19). Vgl. Auch Bettina Westle und Sigrid Roßteutscher, die angeben, dass der Begriff erstmals bei Jane Jacobs in ihrem Werk „The Death and Life of Great American Cities“ auftaucht (vgl. Westle/Gabriel 2008: 157).

als Konzept von Pierre Bourdieu² auf, der der erste war, der den Begriff des Sozialkapitals systematisch verwendete. Seitdem macht der Begriff „eine steile Karriere“ (vgl. Nohlen 2007: 524). Bourdieu verwendete den Begriff des Sozialkapitals auf der Mikroebene. Es sei „eine individuelle Ressource, die sein Besitzer – so wie das Geld auf seinem Bankkonto, so wie die in Schule und Universität erworbene Bildung – zur Förderung seiner persönlichen Ziele einsetzen kann“ (Westle/Gabriel 2008: 23). Sein Ansatz wird jedoch selten wahrgenommen, was daran liegen kann, dass er das Sozialkapital eng mit der Reproduktion sozialer Ungleichheiten verknüpfte.

In einer Zeit, in der das Sozialkapital gerne als Lösung allen Übels moderner Gesellschaften betrachtet wurde, wurden die Ansätze der zwei weiteren Autoren mit einer ganz anderen Akzeptanz angenommen (vgl. ebd.: 27). Es handelt sich dabei um James Coleman und Robert Putnam. Coleman wendete das Sozialkapitalkonzept im Rahmen seiner Sozialtheorie an und erregte damit große Aufmerksamkeit. Er versuchte den Begriff des Sozialkapitals in einen größeren Rahmen zu stellen und unterschied dabei das physische Kapital, das Humankapital und das Sozialkapital als wichtige Merkmale des menschlichen Zusammenlebens (vgl. Gabriel et al. 2002: 25). In seinem Werk „Foundations of Social Theory“ (1990) betont er insbesondere den Doppelcharakter menschlicher Beziehungen: „Social capital is defined by its function. It is not a singel entity but a variety of different entities having two characteristics in common: They all consist of some aspect of social structure, and they facilitate certain actions of individuals who are within the structure“ (Coleman 1990: 302).

Im Anschluss an Coleman verstand Putnam unter dem Sozialkapital das Zusammenspiel sozialer Netzwerke, sozialen Vertrauens sowie sozialer Werte und Normen (vgl. Putnam 1993: 167). „Putnam brachte das Konzept des Sozialkapitals stärker mit der Idee institutioneller Voraussetzungen für eine aktive und partizipative Demokratie in Verbindung. Ihm zufolge sind die Effektivität von Gesellschaften und das Funktionieren einer Demokratie von der Höhe des Sozialkapitals abhängig“ (Nohlen 2007: 524). Er entfaltete das Konzept des Sozialkapitals vornehmlich in seinen zwei bekannten Werken: „Making democracy work. Civic traditions in modern Italy“ (1993) und „Bowling alone: The collapse and revival of American community“ (2000). Putnam siedelte den Begriff „Sozialkapital“ dabei auf der gesellschaftlichen Ebene an. Nachdem er seine Werke veröffentlicht hatte, wurde das

² Franz Schultheis weist darauf hin, dass der Begriff Sozialkapital schon im Laufe der 1970er Jahre in Pierre Bourdieus Werk auftaucht, was ihn, wenn es um die Genealogie der Debatte um dieses Konzept geht, eindeutig zum Urheber mache (vgl. Schultheis 2008: 17).

Sozialkapital als Konzept das Thema vieler sozialwissenschaftlichen und nicht zuletzt politikwissenschaftlicher Publikationen und Diskussionen. Dies soll in den folgenden Abschnitten dargestellt werden.

2.1.2. Die inhaltliche Bestimmung

Wie es schon bei Lyda Hanifan ersichtlich wurde, unterscheidet sich der Begriff Sozialkapital wesentlich von anderen „Kapital-Variationen“, wie beispielsweise dem ökonomischen, dem kulturellen oder dem humanen Kapital. Während das ökonomische Kapital auf dem Bankkonto oder das humane Kapital in den Köpfen der Menschen entstehen, befindet sich die wichtigste Produktionsebene des Sozialkapitals in den Strukturen zwischen den Menschen bzw. in den Netzwerken. Mit dieser inhaltlichen Fokussierung des Begriffes Sozialkapital, wird sein zentrales Merkmal beleuchtet, das in zahlreichen Definitionen als fester Bestandteil enthalten ist. So spricht die Weltbank etwa vom Sozialkapital als „the norms and social relations embedded in the social structures of societies that enable people to coordinate action to achieve desired goals“ (zitiert nach Gabriel et al. 2002: 20). Diese inhaltliche Bestimmung kann durch eine weitere vertieft werden: „Social capital is a set of relationships and shared values created and used by multiple individuals to solve collective problems in the present and future. It reflects how small to large groups interact culturally, normatively, structurally and institutionally. It also describes the effects these interactions have on individual incentives and behaviour and the resulting economic, political and other possible changes“ (Ostrom 2009: 22).

In Anlehnung an Hartmut Esser können im Rahmen des Sozialkapitals sowohl individuelle als auch kollektive Ressourcen und Leistungen unterschieden werden. Sie werden als Beziehungskapital und als Systemkapital bezeichnet (vgl. Esser 2000: 241). Hierbei spricht man vom Doppelcharakter des Sozialkapitals. In seiner Erläuterung zum Doppelcharakter des Sozialkapitals merkt Gabriel an, dass mit dem Beziehungskapital zuerst einmal die Funktionen des Sozialkapitals als individuelle Ressource im Vordergrund stehen. Diese erleichtert es den Bürgern, innerhalb bestimmter Strukturen ihre Ziele zu erreichen. Vertrauen spielt hier eine entscheidende Rolle. Je mehr Beziehungskapital einem Akteur zur Verfügung stehen, desto niedriger sind die Kosten, die beim Verfolgen seiner Ziele entstehen. Auf der anderen Seite erfasse die Bezeichnung Systemkapital die Eigenschaft des Sozialkapitals als Kollektivgut. So bekommt beispielsweise in Gesellschaften, in denen viele „Kreditnotas“ im Umlauf sind und das Vertrauen in die Reziprozität der Handlungen

berechtigt ist, Sozialkapital den Charakter eines kollektiven Gutes. Die allgemeine Vertrauenswürdigkeit steht jedem Akteur zur Verfügung, unabhängig davon, ob er dazu beigetragen hat oder nicht. Der Gebrauch des Gutes führt nicht zur Abnahme des Kapitals sondern im Gegenteil zu seinem Wachstum. Auf diese Weise wirkt das Sozialkapital als Mittel zur Senkung von Transaktionskosten. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Analysen von Robert Putnam (1993 und 2000) von großer Bedeutung (vgl. Gabriel et al. 2002: 26f).

Die inhaltliche Bestimmung des Sozialkapitals zeigt - nach Sichtung der vorhandenen Literatur - dass es sich beim Sozialkapital um ein komplexes Denkgebäude handelt. Damit nähren wir uns schon der Definition des Sozialkapitals, über die Ismail Serageldin und Christiaan Grootaert sagten, dass es leichter sei Beispiele für das Sozialkapital zu finden als eine Definition zu formulieren (vgl. Serageldin/Grootaert 1999: 45). Das Ziel des nächsten Abschnittes wird eben dies sein, nämlich einen Überblick über die vorhandenen Definitionen des Sozialkapitals zu geben und dabei auf die bekanntesten Vertreter zu verweisen.

2.2. Definitionen des Sozialkapitals

Da der Begriff des Sozialkapitals in verschiedenen Disziplinen thematisiert wird, wie beispielsweise in der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Anthropologie, der Ökonomie, der Makroökonomie etc., sind auch die Definitionen des Sozialkapitals durch die Schwerpunkte der jeweiligen Disziplin bestimmt. Umgekehrt kann man sagen, dass das Konzept des Sozialkapitals interdisziplinär ausgerichtet ist. Mehrere Autoren haben ihrer Disziplin entsprechend die Definitionen des Sozialkapitals geprägt. Einige dieser Autoren sind: Francis Fukuyama,³ Elinor Ostrom,⁴ Keeneth Newton,⁵ Michael Woolcock⁶. Auch im Rahmen der Netzwerkforschung beschäftigt sich eine Reihe von Autoren (z.B. Ronald Burt, Henk Flap, Nan Lin, Thomas Faist, Alejandro Portes) mit dem Sozialkapital (vgl. Haug 1997: 9). Elinor Ostrom versuchte einen gemeinsamen Nenner der verschiedenen Definitionen zu finden und kam zu folgendem Schluss: „Almost all reflect two basic assumptions: social capital is a resource that is available to members of a social network, and social structure is often the

³ Vgl. *Fukuyama*, Francis (1996). *Trust*, New York, 26.

⁴ Vgl. *Ostrom*, Elinor (1999). A Fad or a fundamental concept?, in: Partha *Dasgupta*/ Ismail *Serageldin* (Hg.): *Social Capital – A multifaceted Perspective*, Washington, 176.

⁵ Vgl. *Newton*, Kenneth (1997). Social Capital and Democracy, in: *American Behavioral Scientist* 40, 576.

⁶ Vgl. *Woolcock*, Michael (1998). Social Capital and Economic Development: Toward a theoretical Synthesis and policy framework, in: *Theory and Society* 27, 189.

type of social capital that all members of a group can access to promote their interests“ (Ostrom 2009: 17).

Im Folgenden wird der Fokus auf die Vertreter der schon jetzt klassischen Definitionen des Sozialkapitals dargestellt und zwar aus der Soziologie (Pierre Bourdieu und James Coleman) und aus der Politikwissenschaft (Robert Putnam). Durch die Definitionen dieser Vertreter können drei wichtigen Elemente des Sozialkapitals erfasst werden: Putnam begreift Sozialkapital als Set von „horizontal association“, die einen Einfluss auf die Produktivität der Gemeinschaft (vgl. Serageldin/Grootaert 1999: 46) haben. Coleman vertritt hingegen ein weiter gefasstes Konzept des Sozialkapitals, indem er es als „a variety of different entities“ sieht, „with two elements in common: they all consist of some aspect of social structure, and they facilitate certain actions of actors – whether personal or corporate actors – within the structure“ (Coleman 1988: 598). Nach dieser Auffassung wird die Definition des Sozialkapitals erweitert und sie umfasst neben der horizontalen auch die vertikalen Vereinigungen wie z.B. Firmen. Serageldin und Grootaert fügen noch eine weitere Definition hinzu, die als theoretische Grundlage für diese Arbeit bedeutend ist. Diese umfasst „formalized institutional relationships and structures, such as governments, political regimes, the rule of law, court systems, and civil and political liberties. The impact of this more broadly defined concept of social capital on macroeconomic outcomes has been investigated by North (1990) and Olson (1982)“ (vgl. Serageldin/Grootaert 1999: 46).

Das Konzept des Sozialkapitals ist, wie es aus den unterschiedlichen Definitionen ersichtlich ist, nicht eindimensional. Es umfasst sowohl horizontale als auch vertikale Verhältnisse zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft. Die soziologischen und die politikwissenschaftlichen Definitionen sollen im nächsten Schritt weiter ausgeführt werden.

2.2.1. Soziologische Definitionen

Wie bereits oben dargestellt ist der Begriff Sozialkapital schon in der Zeit von 1950 bis 1970 in den Studien der Urbanistin Jane Jacobs, dem Ökonomen Glenn Loury und dem Soziologen John Seeley zu finden. Obwohl Bourdieu schon in den Jahren 1979 und 1985 Werke zu dem Thema veröffentlichte, erfuhr das Sozialkapital innerhalb der Soziologie erstmals eine umfassende Aufmerksamkeit mit der Sozialkapitaltheorie von Coleman (1988, 1990) (vgl. Riemer 2005: 68). Weitere Soziologen, die zwar nicht explizit das Sozialkapitalkonstrukt aber doch die zugrunde liegenden Ideen des Wertes sozialer Strukturen

und die damit einhergehenden Mechanismen sozialer Netzwerke untersuchten, sind Mark Granovetter, Nan Lin und Ronald S. Burt (vgl. ebd.: 69). Die soziologische Konzeptualisierung des Sozialkapitals wird hier auf Basis zweier Autoren näher beleuchtet werden, nämlich Pierre Bourdieu und James Coleman.

Bourdieu behandelte schon in seinem Aufsatz aus dem Jahre 1983 das Sozialkapital als Teil der allgemeinen Kapitalausstattung von Individuen und Gruppen. Dazu gehören: Geldkapital, Humankapital und Sozialkapital. Er bestand darauf, dass der Begriff des Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen verstanden werden soll d.h. auch in der Dimension des Sozialkapitals⁷ (vgl. Bourdieu 1983: 184). Das Sozialkapital definiert er dabei als eine eigenständige Ressource, die „aus der Nutzung eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens resultiert. Danach unterhalten soziale Akteure bewusst Beziehungen, um ihre Profitchancen beim Einsatz anderer Kapitalformen zu verbessern. Insbesondere Reputationseffekte kommen dabei zum Tragen“ (Riemer 2005: 68; Bourdieu 1983: 190). Aus dieser Definition des Sozialkapitals von Bourdieu ist ersichtlich, dass erstens die Qualität und der Umfang des Sozialkapitals eng mit der Höhe des ökonomischen Kapitals und des kulturellen Kapitals (z.B. mit der Höhe der Qualität der erworbenen Bildungstitels) verknüpft sind. Damit bilden sie einen Baustein der Klassen- und Ungleichheitsstruktur einer Gesellschaft.⁸ Sozialkapital bleibt bei Bourdieu dabei an den Einzelnen gebunden. Wenn es um den sozialen Charakter des Sozialkapitals geht, bezieht sich Bourdieu vor allem auf die den Gesellschaften eigene Ungleichheitsstruktur, die dafür sorgt, dass unterschiedliche soziale Gruppen über ein unterschiedliches Ausmaß an Sozialkapital verfügen (vgl. Westle/Gabriel 2008: 23f). Aus seiner Definition geht zweitens hervor, dass der Schwerpunkt auf dem individuellen Akteur und den ihm verfügbaren Ressourcen liegt. Ein Akteur kann über Ressourcen verfügen, die in seinem sozialen Netzwerk vorhanden sind. Dieses besteht aus Beziehungsmustern, die in

⁷ Bourdieu führte also einen erweiterten Kapitalbegriff in die Sozialwissenschaften ein. Diese ergab sich aus einer originellen Verschränkung der Marxschen und der Weberschen Perspektive. Die von Marx entwickelte Theorie des Kapitals als Produkt der Akkumulation kollektiver Arbeit wird um die in Webers Religionssoziologie geleistete Öffnung dieses Denkens gegenüber nicht ökonomischen Gütern ausgedehnt. Dank diesen komplexen Paradigmas konnte die Entwicklungsdynamik des Bourdieuschen Denkens entstehen (vgl. Schultheis 2008: 18).

⁸ Im Bereich der Genese sozialer Ungleichheit und ihre komplexen, insbesondere kulturellen Reproduktionsbedingungen liegt der wichtigste Unterschied zwischen Bourdieu und Putnam. Während Putnams Zugang zum Konzept des Sozialkapitals es kaum erlaubt, ökonomische und kulturelle Machtungleichgewichte systematisch zu thematisieren, analysiert Bourdieu gerade die Genese dieser Ungleichheiten (vgl. Seubert 2009: 162).

unterschiedlichem Grad institutionalisiert, d.h. in bestimmten Lebensbereichen als soziale Form wie z.B. Ehe, Familie, Verwandschaft oder Organisationsmitgliedschaft verankert sind. Diese sozialen Netzwerke dienen ihm als Ressourcen, über die der Akteur bereits verfügen oder die er im Bedarfsfall aktivieren kann. Konstitutiv für das soziale Kapital ist in Bourdieus Definition also der Austausch von Ressourcen (vgl. Jungbauer-Gans 2006: 18f).

Im Unterschied zu Bourdieu definiert Coleman das Sozialkapital durch seine Funktionen. „It is not a single entity, but a variety of different entities, with two elements in common: they all consist of some aspects of social structures, and they facilitate certain actions of actors – whether persons or corporate actors – within the structure. (...) Unlike other forms of capital, social capital inheres in the structure of relations between actors and among actors. It is not lodged either in the actors themselves or in physical implements of production“ (Coleman 1998: 98). Diese Definition beinhaltet zwei zentrale Aspekte. Der erste Aspekt besteht in der Definition des Sozialkapitals nicht über die Erscheinungsform, sondern über die Funktion, der zweite Aspekt bezieht sich auf die Verankerung nicht an spezifischen individuellen oder kollektiven Akteuren, sondern an den Beziehungen zwischen den Akteuren (vgl. Westle/Gabriel 2008: 28f; Jungbauer-Gans 2006: 19f). Für das Sozialkapital ist also, im Unterschied zu anderen Kapitalformen, die Beziehungsstruktur zwischen zwei oder mehreren Personen charakteristisch. Coleman nennt hier drei Formen sozialer Beziehungen, welche Sozialkapital enthalten: „i) Verpflichtungen, Erwartungen und Vertrauen (...), ii) Informationspotentiale, iii) Normen und Sanktionen“. Coleman erachtet das Paradigma des Vertrauens als das wichtigste der drei Formen der sozialen Beziehungen (vgl. Roth 2008: 116). In seinem Buch „Foundations of social theory,“ (1990) argumentiert er im Rahmen einer Makro-Mikro-Makro-Modellierung. Die Handlungsstrukturen auf der Makro-Ebene beeinflussen über Mechanismen wie dem Zusammenspiel von Ressourcenausstattung, Kontrolle und Interesse die Handlungen der Individuen auf der Mikro-Ebene, z.B. Tauschhandlungen, wodurch auf der Makro-Ebene die Entstehung von Beziehungstypen in Gesellschaften, d.h. sozialen Strukturen erklärt werden können (vgl. Haug 1997: 2). Im genannten Buch aus dem Jahre 1990 hat Coleman es geschafft, das Sozialkapital in den breiteren Kontext soziologischer Theorien zu integrieren und legte damit den Grundstein für die weitere Anwendung in der Soziologie, aber auch in der Ökonomie und der Organisationsforschung (vgl. Riemer 2005: 68) und nicht zuletzt in der Politikwissenschaft.

2.2.2. Politikwissenschaftliche Definitionen

Das Sozialkapital erlebte nicht nur in der Politikwissenschaft einen starken Durchbruch, sondern auch in der Sozialwissenschaften, als nämlich im Jahre 1993 der Politologe Robert Putnam sein Buch „Making democracy work. Civic traditions in modern Italy“ veröffentlichte. Mit diesem Werk begann die noch immerwährende Aktualität des Sozialkapitals. Diesem Werk sowie auch späteren von Putnam ist es zu verdanken, dass das Thema in die Agenda der Weltbank und anderer politischen Institutionen aufgenommen wurde. Auf diese Weise wurde das Sozialkapital zur Untersuchung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in verschiedenen Nationen eingesetzt (vgl. Riemer 2005: 69).

In seinem Konzept des Sozialkapitals knüpft Putnam an Colemans Theorie an, er ist aber zugleich einer der ersten Autoren, der den Begriff des Sozialkapitals, der bei Coleman und Bourdieu innerhalb von Gruppen und Netzwerken, also auf der Mikroebene angesiedelt ist, auf der Mesoebene anwendet. So handelt es sich bei Sozialkapital in Putnams Arbeiten um Sozialkapitalbestände, welche einer Region zur Verfügung stehen (vgl. Roth 2008: 116). Nach der langjährigen Untersuchung der italienischen Regionen im Bezug auf das Sozialkapital entstand das Buch „Making democracy work. Civic traditions in modern Italy“. In ihm stellt Putnam die Ergebnisse seiner Untersuchung der institutionellen Performanz nach einer Föderalismusreform im Italien der 1970er Jahre vor. Konkret zeigte er, dass in südlichen Regionen Italiens, in denen wenige freiwillige Assoziationen aktiv sind und wo eine Kultur des Misstrauens vorherrscht, die Reform scheiterte, während in den nördlichen Regionen, die über eine assoziativ engagierte Bürgerschaft verfügten, die neu geschaffenen Institutionen erfolgreich Fuß fassen und effizient handeln konnten. Putnam kam so zum Schluss, dass die Ursachen für diese Situation im Ausmaß und der Qualität der „civic community“ also zivilgesellschaftlichen Partizipation, Werte der Solidarität, des Vertrauens und der Toleranz liegen (vgl. Putnam 1993: 157; Roßteutscher 2009: 168f).

Aufgrund der Kombination von Vertrauen, Normen der Reziprozität und der Netzwerke zivilen Engagements kommt Putnam zu seiner Definition des Sozialkapitals, die da lautet: „Social capital here refers to the features of social organization, such as trust, norms, and networks that can improve the efficiency by facilitating coordinated action“ (Putnam 2000: 19; Putnam 1993: 167). Nach seiner Italien-Studie untersucht Putnam die Entwicklung des Sozialkapitals, der Demokratie und der Zivilgesellschaft in den USA. Zuerst folgten einzelne

Artikel⁹ zu dem Thema und im Jahre 2000 sein Buch „Bowling alone. The collapse and revival of American community“, in dem er postuliert, dass „American history carefully examined is a story of ups and downs in civic engagement, *not just downs* – a story of collapse *and* of renewal“ (Putnam 2000: 25). In „Bowling alone“ interpretiert Putnam „das von ihm herausgestellte *Nachlassen sozialen Engagements innerhalb von Vereinen und Verbänden* in den letzten Jahrzehnten als einen Verlust der zivilen Tugenden und eine Gefährdung der amerikanischen Demokratie. Einen Ausweg sieht er nur in einer gezielten Vermehrung sozialen Kapitals, d.h. einer Verstärkung sozialer Beteiligung zur Verbreitung sozialen Vertrauens und sozialer Werte und Normen, wozu er einige konzeptionelle Vorschläge unterbreitet“ (Westle/Gabriel 2008: 34). Bezüglich des Sozialkapitals unterscheidet Putnam dabei die zwei wichtigen Arten, nämlich „bridging“ oder inclusive und „bonding“ oder exclusive (vgl. Putnam 2000: 22f), die später ausführlich diskutiert werden. Welche dieser zwei Dimensionen des Sozialkapitals in der Praxis eingesetzt wird, hat wichtige Folgen u.a. und für die Entwicklung der Demokratie.

2.2.3. Kritik am Konzept des Sozialkapitals

Das Konzept des Sozialkapitals ist trotz eines verbreiteten Interesses in den Sozialwissenschaften keineswegs unumstritten geblieben. Die Arbeiten von Putnam haben einerseits erhebliches Aufsehen und umfangreiche Forschungsaktivitäten angeregt aber andererseits auch eine rege Diskussion entfacht. Gerade die empirische Seite der Putnam-Rezeption ist in ihren Schlussfolgerungen nicht selten Gegenstand von Kritik. Diese Kritikpunkte am Konzept des Sozialkapitals werden im Folgenden in einem Überblick dargestellt.

Ein wichtiger Kritikpunkt bezieht sich auf den Begriff des Sozialkapitals selbst. Robert Solow und Kenneth Arrow meinen, dass der Begriff des Sozialkapitals schlecht gewählt sei bzw. kritisieren den Begriff des „Kapitals“ im Kontext des Sozialkapitals. Sozialkapital entspricht nicht der Definition von Kapital als einem Bestand an greifbaren, soliden und ausdauernden Gegenständen wie Gebäuden, Maschinen oder Inventar. Diese Kritikpunkte zeigen auf, dass die Kapitalisierung sozialer Phänomene ein Indiz dafür ist, dass diese Phänomene nicht länger als naturgegeben betrachtet werden, sondern als ein Teil einer

⁹ Vgl. Putnam, Robert D. (1995a). Bowling Alone. America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy 6/1, 65-78; Putnam, Robert D. (1995b). Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America, in: Political Science and Politics XXVIII/4, 664-683.

sozialen Infrastruktur gelten. Sie laufen so immer Gefahr in den kapitalistischen Produktionsprozessen abgeschrieben zu werden (vgl. Roth 2008: 113).

In Bezug auf die drei Aspekte der Putnamschen Definition von Sozialkapital (gesellschaftliche Werte und Normen, Vertrauen und soziale Netzwerke) entstand eine weitere konzeptuelle Kritik. In einer analytisch-empirisch orientierten Forschung ist man sich darüber einig, dass diese Aspekte nicht von vornherein in einer Definition des Sozialkapitals zusammengefasst werden sollen, sondern getrennt behandelt werden sollen. Auf diese Weise kann man dann empirisch nach Zusammenhängen und Unterschieden suchen (vgl. Westle/Gabriel 2008: 163).

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf Putnams These über die zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereinigungen), die als Hauptquelle des Sozialkapitals gelten. Robert Wuthnow weist darauf hin, dass man zuerst prüfen solle, aus wie viele Mitglieder sie überhaupt bestünden. Kenneth Newton ist weiters der Meinung, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wenig Platz im Leben der Bürger einnehmen und dass es Faktoren wie Familie, Ausbildungsinstitutionen und die Arbeitsplatzsituation gebe, die weit mehr das Verhalten der Bürger beeinflussen. Susanne Rudolph merkt an, dass Putnams Verständnis der Zivilgesellschaft zu eng sei, da er die Religion, die politischen Parteien und Gewerkschaften ausschließe. Dazu hat Putnam nur die sozialisatorische Seite der Zivilgesellschaft untersucht und ihre Seite, die Konflikte auslöst, ausgeblendet (vgl. Šalaj 2007: 36). An diesen Kritikpunkt knüpfen auch Portes und Landolt an, die die breite, teils undifferenzierte und meist zu positive Interpretation des Sozialkapitalbegriffs kritisieren. Dazu merken sie die Schwächen bei der Operationalisierung von Sozialkapital auf Gesellschaftsebene und den damit einhergehenden Schwächen normativer Empfehlungen an (vgl. Riemer 2005: 70). Neben Portes und Landolt kritisieren auch Chambers und Kopstein die Tatsache, dass Putnam die negativen Folgen des Sozialkapitals übersehen hat. Portes spricht in diesem Zusammenhang von „negativem Sozialkapital“, welches auch dadurch erkennbar werde, dass die Menschen marginalisiert werden, die nicht zu einer bestimmten Gruppe gehören. Die Menschen, die zu einer gleichen Gruppe gehören, tendieren wiederum dazu, andere auszuschließen, um eigene Ziele besser zu verwirklichen. Diese Dimension des Sozialkapitals habe Putnam übersehen (vgl. Šalaj 2007: 36).

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft Putnams bahnbrechende Studie zu Italien, die das Konzept des Sozialkapitals berühmt gemacht hat. Kritiker werfen Putnam jedoch vor, dass er den Fall Italien missverstanden habe. Vor allen wird Putnams Verständnis und Anwendung des Konzepts der Pfadabhängigkeit kritisiert. Für Historiker ist es nicht plausibel, wie Putnam

die zeitgenössischen Unterschiede in der Sozialkapitalausstattung mit historischen Ereignissen, die Jahrhunderte zurückliegen, begründet. Dabei ist problematisch, wie Putnam einen weiten Bogen von der Stunde X zum heutigen Italien, der fast 600 Jahre Geschichte unterschlägt, schlagen kann. Dazu erklärt Putnam in der Tat nicht, warum gerade diese und nicht andere historischen Ereignisse die unterschiedliche Pfadentwicklung Süd- und Norditaliens in Gang gesetzt haben sollen. Das Beispiel des italienischen Faschismus, der in den zivilen Norden und nicht im Süden entstanden ist, wirft auch wichtige Fragen auf (vgl. Westle/Gabriel 2008: 159).

Auch die zwei zentralen Aspekte des zweiten bekannten Werkes von Putnam aus dem Jahre 2000, „Bowling alone“, nämlich die Konstatierung eines Schwund des Sozialkapitals als auch die Verknüpfung mit der Zukunft der Demokratie, sind in Kritik geraten. Putnam erklärt hier, dass sich aufgrund mangelnder Ausstattung an Sozialkapital im Süden keine erfolgreiche und effiziente demokratische Regierung ausbilden hätte können. Für die USA dagegen prognostiziert er den Niedergang einer bereits etablierten demokratischen Regierungsweise durch eine Erosion des Sozialkapitals. Beide Argumente und Verknüpfungen sind aber nicht einfach austauschbar. Zudem hat Putnam im Fall der USA auch seine historische und langfristige Betrachtungsweise aufgegeben. Hier argumentiert er nämlich, dass heute unterschiedliche Trends in der Sozialkapitalausstattung vorhanden seien – vor allem in den westlichen Industrienationen – die dann einen Zusammenhang zwischen Sozialkapital und „Malaise“ der Demokratie wenig plausibel machen (vgl. ebd.: 160). Autoren wie Robert Jackman und Rossa Miller lehnen daher die Möglichkeit ab, dass man mit dem Sozialkapital die Effizienz der Demokratie erklärt. Sie sind der Meinung, dass man in der Politikwissenschaft nicht vornehmlich auf der Erneuerung des politisch-kulturellen Zugangs durch das Konzept des Sozialkapitals bestehen, sondern sich auf die Institutionen und ihr Funktionieren konzentrieren sollte (vgl. Šalaj 2007: 35).

Die Tatsache, dass Putnam die Rolle des Staates bei der Schaffung des Sozialkapitals vernachlässigt und sich mehr auf die soziologische Seite der Gesellschaft als auf die politische Seite der Institutionen konzentriert, wird ebenso kritisiert (vgl. ebd.: 36). Problematisch bleibt auch der Zusammenhang zwischen der kulturellen und der strukturellen Komponente des Sozialkapitals. Schon Sztompka sprach im Jahre 1999 davon, dass Putnam nicht genug erklärt habe, wie genau der Zusammenhang zwischen diesen zwei Komponenten aussehen sollte. Hier kommt auch die Diskrepanz zwischen Mikro- und Makroanalyse des Sozialkapitals als eines der größten ungelösten Rätsel in der empirischen Anwendung des Sozialkapitalskonzeptes zum Vorschein (vgl. ebd.: 37; Westle/Gabriel 2008: 169). Als ein weiterer problematischer

Teil der Putnams Theorie erweist sich die Tatsache, dass die Netzwerke zugleich als Indikator des Sozialkapitals und als Hauptquelle derselben verstanden werden (vgl. Šalaj 2007: 52).

Alle genannten Kritikpunkte zum Konzept des Sozialkapitals liefern einerseits wichtige Anregungen für die Weiterentwicklung des Konzeptes, das heute in den Sozialwissenschaften breite Akzeptanz gefunden hat. Andererseits geben sie einen umfassenden Blick auf die Definition und den Inhalt des Sozialkapitalbegriffes, denn eben durch diese Kritikpunkte wird ersichtlich, dass es nicht als ein geschlossenes und statisches Konzept betrachtet werden darf sondern jederzeit einer Kritik unterzogen werden kann.

2.3. Arten und Analyseebene des Sozialkapitals

Nach Putnam kann man zwei Arten des Sozialkapitals unterscheiden, und zwar „bonding social capital“ (zusammenschmiedendes Sozialkapital) und „bridging social capital“ (brückenschlagendes Sozialkapital). Die Differenzierung dieser zwei Arten des Sozialkapitals entstand als Reaktion auf die Kritiken nach der Veröffentlichung seines ersten bekannten Buches „Making democracy work“. In seinem zweiten Werk „Bowling alone“ führt Putnam genau aus, was unter diesen zwei Arten des Sozialkapitals verstanden werden soll. Erstens, „bonding social capital“ (zusammenschmiedendes Sozialkapital) wird noch genannt „exklusives Sozialkapital“, weil es sich jeweils auf eine Sozietät bezieht, von der Familie und dem engeren Freundeskreis bis zur Nation oder Glaubensgemeinschaft, und bindet Menschen eines ähnlichen soziologischen Feldes (vgl. Hagen 2006: 64). Zweitens, „bridging social capital“ (brückenschlagendes Sozialkapital) ist noch bekannt als „inklusives Sozialkapital“, weil er Menschen unterschiedlicher Herkunft verbindet, die sich durchaus in ganz anderen Zirkeln als denjenigen ihrer ursprünglichen Herkunft bewegen (vgl. ebd.). Putnam selbst formuliert den Unterschied zwischen zwei Arten des Sozialkapitals auf folgende Weise: “Some forms of capital are, by choice or necessity, inward looking and tend to reinforce exclusive identities and homogenous groups. Examples of bonding social capital include ethnic fraternal organisations, church-based women's reading groups, and fashionable country clubs. Other networks are outward looking and encompass people across diverse social cleavages. Examples of bridging social capital include the civil rights movement, many youth service groups and ecumenical religious organisations” (Putnam 2000: 23). Wie Seubert bemerkt, ist Putnams grundlegender Impuls zweifellos einleuchtend, denn „eine Gesellschaft, in der es Orte und Netzwerke gibt, in denen Menschen über soziale *cleavages* hinweg

zusammenkommen (...) wird eher in der Lage sein, sozialen Zusammenhalt zu schaffen als eine, die ihren Kultur- und Freizeitaktivitäten, Wohnorten, politischen Initiativen etc. nach Klasse, Rasse, Religion u.ä. segregiert ist und in der sich die Realitäten der einzelnen Gesellschaftsmitglieder kaum noch mischen“ (Seubert 2009: 82). Die theoretische Grundlegung dieser zwei Arten des Sozialkapitals bietet also die Möglichkeit, die konkrete Praxis besser zu erfassen, zu analysieren und zu verstehen, und nicht zuletzt die Auswege im Rahmen der dargestellten zwei Arten des Sozialkapitals zu suchen.

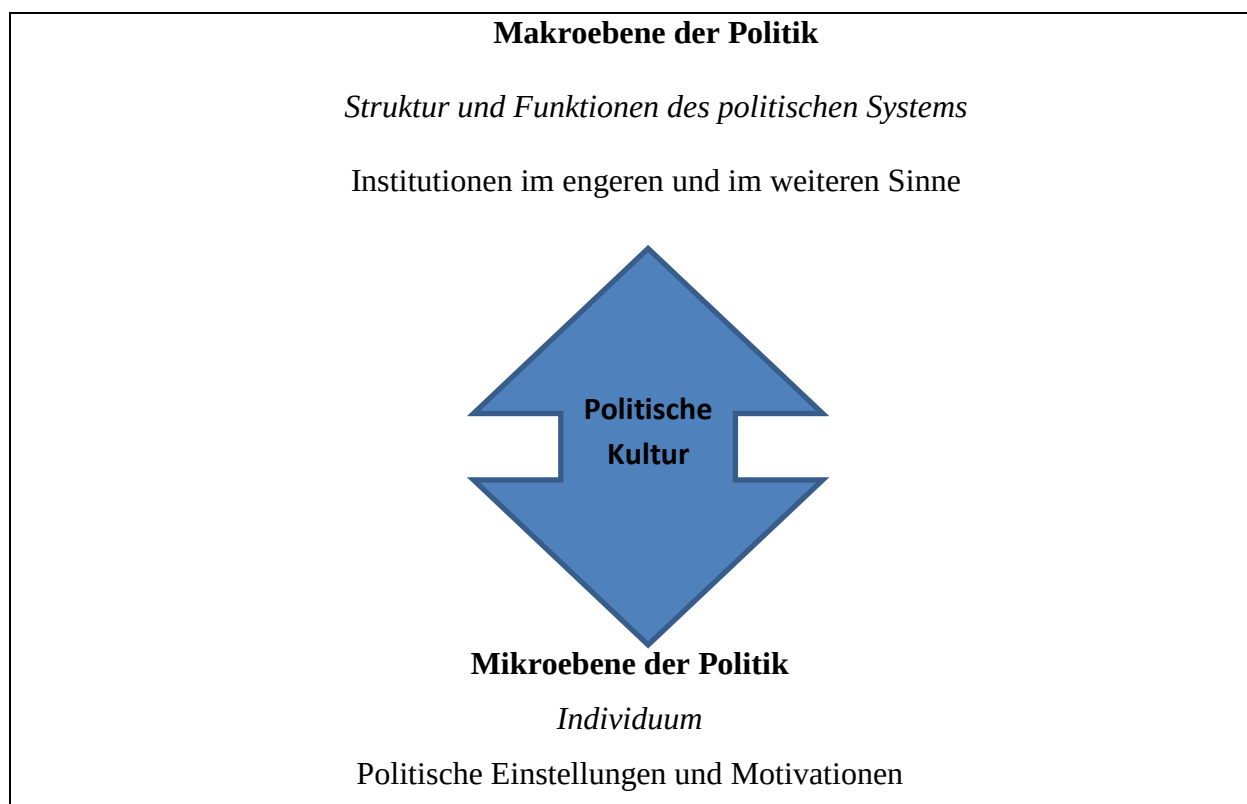
Wenn es um die Analyse des Sozialkapitals in der jeweiligen Gesellschaft geht, ist es wichtig, die Analyseebene zu kennen. Man kann das Konzept Sozialkapital auf zwei unterschiedlichen Ebenen untersuchen. Einerseits auf der Mikro-Ebene, wo im Mittelpunkt die Netzwerkanalyse eines Individuums steht; so können beispielsweise die Zusammenhänge zwischen dem Einkommen einer Person und seinen zur Verfügung stehenden Netzwerken untersucht werden. Prominente Vertreter dieses Ansatzes sind Bourdieu und Coleman. Hartmut Esser nennt diese Form von Sozialkapital „Beziehungskapital“ und wird als privates Gut verstanden. Andererseits kann Sozialkapital auf der Meso- und Makroebene untersucht werden. Sozialkapital wird dabei als Bestandsgröße gesehen, welche bestimmte Kommunen, Regionen und Nationen besitzen. Der Untersuchungsgegenstand ist dann nicht das Individuum, sondern die Nation mit bestimmten Eigenschaftsmerkmalen wie z.B. Bruttosozialprodukt, der Bestand an arbeitsfähigen Staatsbürgern, der Bestand an Humankapital. Da der Bestand an Sozialkapital ebenso eine Eigenschaft der Nation ist, nennt Esser diese Art von Sozialkapital „Systemkapital“. Es zeichnet sich durch seine Eigenschaft als Kollektivgut aus (vgl. Roth 2008: 114; auch Jungbauer-Gans 2006: 28; Westle/Gabriel 2008: 42; Gabriel et al. 2002: 26ff).

2.4. Das Sozialkapital und das Konzept der Politischen Kultur

Das Konzept des Sozialkapitals ist als bedeutender Ansatz im Bereich der politischen Kulturforschung angesiedelt. Putnams Interesse am Sozialkapital begann eben in diesem Kontext (vgl. Pickel/Pickel 2006: 140). In der gegenwärtigen Forschung zur politischen Kultur als einem Konzept der empirischen Sozialforschung wird der Begriff „Politische Kultur“ in Anlehnung an Almond/Verba (1963) als Bezeichnung für die Orientierung der Bürger gegenüber der Politik verwendet. Dabei ist es wichtig anzumerken, dass der Begriff zunächst einmal nicht auf politische Eliten und deren Orientierungen oder Verhalten bezogen

wird, sondern auf die gesamte Bevölkerung. Zweitens bildet die „Politische Kultur“ eine vermittelnde Instanz, einen „Link“ zwischen Individuum und den politischen Institutionen. Drittens ist der Begriff „Politische Kultur“ vor allem dem Begriff der „Politischen Struktur“ gegenüberzustellen. Erst durch diese Gegenüberstellung wird die zentrale Hypothese der Forschung zur politischen Kultur möglich. Diese besagt, „dass zwischen der politischen Struktur und der politischen Kultur eine Kongruenz bestehen muss, um das Überleben eines politischen Systems zu gewährleisten. Passen politische Kultur und politische Struktur – aus welchen Gründen auch immer – nicht zusammen, kommt es nach dieser Auffassung zu Funktionsdefiziten und zu politischen Legitimitätskrisen bis hin zu politischen Revolutionen oder Systemzusammenbrüchen“ (Westle 2009: 14). Die Interaktion zwischen den institutionellen Bedingungen, also der Struktur und den Wertsystemen, der Kultur, sind in der politischen Kulturforschung maßgeblich für die Stabilität einer politischen Ordnung. Ferner kann festgestellt werden, dass die politische Kultur zwischen den Makro- und Mikroebene der Politik operiert, wie es in Abb. 1 dargestellt wird:

Abb. 1: Politische Kultur zwischen Mikro- und Makroebene des politischen Systems (Pickel/Pickel 2006: 56)



Die Abbildung zeigt, dass sich die politische Kultur im Zwischenraum von Mikro- und Makroebene bewegt. Die Grunddaten werden dabei auf der Mikroebene der individuellen Einstellungen erhoben, um dann zu Aussagen auf der Makroebene überführt zu werden (vgl. Pickel/Pickel 2006: 58).

Das Konzept der politischen Kultur stammt aus den USA und wurde in den 50er Jahren in der von Almond/Verba durchgeführten Studie „The Civic Culture“ (1963) eingeführt. Die entscheidende Frage, die Wissenschaftler im Bereich der politischen Kultur seit den Anfängen in den 60er Jahren beschäftigte, war und sind die Bedingungsfaktoren für eine stabile und funktionsfähige Demokratie. Zur Beantwortung dieser Frage führte Putnam (1993) eine umfangreiche Studie über die Funktionsweise und Effektivität demokratischer Selbstverwaltungsinstitutionen in den italienischen Regionen durch. Das Buch „Making democracy work“, in dem die Ergebnisse der Studien veröffentlicht wurden, brachte, so die Analytiker der vergleichenden Politik, eine Renaissance der Politischen-Kultur-Forschung im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft mit sich.

Putnam, dessen Ausgangspunkt die politische Kultur war, ersetzte sie mit der Zeit durch das Konzept des Sozialkapitals. Obwohl Ähnlichkeiten zwischen den beiden Konzepten bestehen, ist es wichtig, auch die Unterschiede in den Blick zu nehmen, insbesondere wenn es um die Operationalisierung geht. Politische Kultur umfasst die Einstellung und die Orientierung des Individuums an unterschiedlichen politischen Objekten. Das Sozialkapital wiederum untersucht unser Verhältnis zu anderen Bürger (vgl. Šalaj 2007: 30). Die beiden Konzepte weisen also gleichzeitig Unterschiede als auch Übereinstimmungen auf. Vor allem aber haben sich beide Konzepte gegenseitig in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung gefördert. So war die politische Kultur Ausgangspunkt für die Entwicklung des Konzepts des Sozialkapitals. Später wiederum wurde mit dem Sozialkapital eine gewisse Wiederbelebung der sozial-kulturellen Variablen im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft voran getrieben.

2.5. Produktionsfaktoren des Sozialkapitals

Sozialkapital als öffentliches Gut muss immer wieder neu produziert werden. Es ist nicht eine konstante Größe, die weder Senkung noch Wachstum erleben könnte. In den Ländern, in denen ein niedriger Prozentsatz an Sozialkapital festzustellen ist, ist insbesondere die Frage aktuell, wie man das Sozialkapital erhöhen kann und welche dabei die wichtigsten

Produktionsfaktoren sind. Francisco Herreros liefert dazu die theoretische Grundlage, indem er Produktionsfaktoren des Sozialkapitals benennt. Er erläutert: „Due to its public features, it is difficult for social capital to be created in a direct way. That is why it is usually argued that social capital is created as a by-product of other activities. Social capital is created as a by-product of activities relating to the obtainment of private goods“ (Herreros 2004: 24).

Da Sozialkapital das Beziehungskapital ist, entsteht es vornehmliche in den sozialen Netzwerken. Diese bieten den Rahmen und die Bedingungen an, wo sich Normen und Werte generieren können. Als zentrales Element der Netzwerke wird die Mitgliedschaft gesehen. Gabriel et al. sind der Meinung, dass es eindeutig abgelehnt werden musste, die so vielen Sozialkapital-Konzepten zugrunde liegende Annahme, dass die Mitgliedschaft in horizontalen Netzwerken automatisch und zwangsläufig zu höherem Vertrauen und gemeinschaftsbezogenen Werten führt (vgl. Gabriel et al. 2002: 98). Eine wichtige Frage, die sich in diesem Kontext stellt, betrifft vor allem die unterschiedlichen Zugangschancen. Die Menschen einer Gemeinschaft haben schlichtweg ganz unterschiedliche Voraussetzungen, um sich dieser Quelle zu bedienen (vgl. ebd.: 97). Auf die Frage, wie Sozialkapital nun entsteht, werden insgesamt drei Produktionsfaktoren genannt: Der erste Produktionsfaktor ist die Ausgangsbedingung der sozialen Beteiligung. Diejenigen, die sich sozial beteiligen können, insbesondere in einem Verein, sind mehr „Männer als Frauen, die Mitgliedschaft ist im Dorf oder der Kleinstadt verbreiteter als in der Großstadt, Aktive sind eher Berufstätige als Arbeitslose oder Hausfrauen und eher Beamte, Selbständige und Angestellte als Arbeiter“ (ebd.: 99). Man kann also allgemein sagen, dass das Profil der sozial Aktiven ähnlich dem der politisch Aktiven ist. Engagierte sind hier wie dort eher wohlhabend, gut gebildet und männlich. Die Frage, warum gerade die „Erfolgreichen“ einer Gesellschaft häufiger im Verein aktiv sind, lässt verschiedene Antwortmöglichkeiten zu: Weil ihnen die Integration besser gelungen ist als anderen oder weil Vereine die Erfolgreichen gezielt rekrutieren und Minderprivilegierten die Zugangschancen für bewusst oder unbewusst erschweren. Die Antworten hängen mit dem integrationstheoretischen Zusammenhang zusammen aber auch mit vom sozialen Status. Deshalb muss die empirische Analyse der Produktionsfaktoren sozialer Beteiligung ihr Hauptaugenmerk auf die Indikatoren der sozialen Integration und des sozialen Status legen (vgl. ebd.: 100).

Der zweite Produktionsfaktor ist die Bedingung sozialen bzw. generalisierten Vertrauens. Bisher nahm man eine enge Beziehung zwischen Vertrauen und sozialer Beteiligung an. Generalisiertes Vertrauen wurde als direktes Resultat der sozialen Integration gesehen (vgl. ebd.: 101). Der Produktionsfaktor des generalisierten Vertrauens zeigt auf der Ebene der

einzelnen Länder jedoch erhebliche Unterschiede. Diese hängen mit den kulturell und historisch bedingten Produktionsfaktoren in den einzelnen Ländern zusammen. Für die Analyse der Produktionsfaktoren des sozialen Vertrauens liegt der Schwerpunkt auf den Indikatoren des sozialen Status. Die kulturell-historische Prägung des sozialen Vertrauens deutet jedoch darauf hin, dass individuelle Charakteristika für die Produktion des sozialen Vertrauens von eher zweitrangiger Bedeutung sein könnten (vgl. ebd.: 102).

Der dritte Produktionsfaktor bezieht sich auf die Entstehung sozialer Werte und Normen, die derzeit im Wandel begriffen sind. Dies betrifft auch die gemeinschaftlichen Werte. Dabei teilt sich die Erforschung des Wertewandels in einen eher kulturpessimistischen und einen eher kulturoptimistischen Zweig. Inglehart, der als ein Vertreter der optimistischen Schule gilt, stellt fest, dass wir seit den 70er Jahren einen mehr oder weniger kontinuierlichen Prozess des Wandels weg von traditionell materialistischen Orientierungen hin zu „neuen“ positivistischen Werten beobachten können (vgl. ebd.: 102). Aus der kulturpessimistischen Richtung wird vor allem von einer „moralischen Verwirrung“, einer vermeintlichen „sozialen Anarchie“ (Etzioni) und einem „Verlust der Tugend“ (MacIntyre) gesprochen. Kulturoptimisten und Kulturpessimisten sind sich jedoch darüber einig, dass als Ursachen des Wertewandels die Prozesse der Individualisierung und der Modernisierung gelten. Zu berücksichtigen ist auch das Wirtschaftswachstum, der Aufbau des modernen Wohlfahrtsstaates und die Expansion des Bildungssektors. Die Sozialisationsbedingungen für die breite Masse haben sich schließlich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert, beispielsweise haben heute mehr Menschen Zugang zu höherer Bildung. Dies hat markante Auswirkungen auf das Wertesystem einer Gesellschaft. Theorien des Wertewandels weisen noch auf zwei weitere wichtige Aspekte hin, nämlich Bildung und Alter, die ebenfalls zu berücksichtigen seien. Die Geschlechterforschung fügt den dritten Aspekt hinzu, indem sie die nach dem Geschlecht zu unterscheidenden Wertesysteme zum Thema macht. Mädchen werden im Allgemeinen zu anderen Werten erzogen als Jungen, so der Hinweis von Gabriel (vgl. ebd.: 103).

Alle diese Faktoren haben einen wichtigen Einfluss auf die Generierung und die Produktion des Sozialkapitals und sollen im Kontext der genannten Wertewandeltheorien und der Geschlechterforschung auch in Zukunft untersucht werden, da sie keine Konstante darstellen, sondern sich mit der Zeit und jeweiligen politischen und kulturellen Kontext ändern.

III. Das Sozialkapital in der kroatischen sozialwissenschaftlichen Literatur

3.1. Der Forschungsstand und der Begriff des Sozialkapitals in der Sozialwissenschaft Kroatiens

Die Untersuchungen und die Publikationen zum Thema des Sozialkapitals in der Sozialwissenschaft sind in Kroatien sehr spärlich zu finden. Šalaj stellt dazu fest, dass in der Politikwissenschaft in Kroatien dieses Konzept bisher vernachlässigt wurde (vgl. Šalaj 2007: 147; auch Šalaj 2005: 201). Die vorhandenen Studien und Publikationen sind nur auf ein paar Wissenschaftler in der Soziologie und Politologie begrenzt. Das Sozialkapital aus der soziologischen Perspektive hat vor allem Aleksandar Štulhofer untersucht. Er hat sich mit dem Thema noch in den 90er Jahren auseinandergesetzt und eine Reihe von Publikationen herausgegeben, die an späterer Stelle dargestellt werden. In der Politikwissenschaft ist Berto Šalaj jener Autor, der sich mit dem Sozialkapital am meisten beschäftigt hat und beschäftigt. Politologen wie Kasapović Mirjana (2002), Vujčić Vladimir (2001) und Koška Viktor (2006) haben das Thema des Sozialkapitals auch in jeweils einem Artikel aufgegriffen. An dieser Stelle sei auf zwei unterschiedliche Begriffe hinsichtlich des Sozialkapitals in Kroatien hingewiesen. Das Sozialkapital wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur im Kroatischen auf zwei Weisen ausgedrückt, nämlich als Sozialkapital („socijalni kapital“) und als Gesellschaftliches Kapital („društveni kapital“). Šalaj weist darauf hin, dass im sozialistischen Jugoslawien und in der ersten Phase des unabhängigen Kroatien der Begriff Gesellschaftliches Kapital vorherrschte. In ihrer Bedeutung entsprachen die beiden Begriffe jedoch weitgehend dem Marshall'schen Verständnis des Sozialkapitals. Manche Autoren haben die beiden Begriffsvarianten sogar synonym verwendet. Šalaj verwendet ausschließlich den Begriff Sozialkapital (vgl. Šalaj 2007: 19) sowie auch andere PolitikwissenschaftlerInnen wie Vujčić (2001), Kasapović (2002) und Koška (2006). In der Soziologie verwendete Štulhofer in seiner im Jahr 2000 erschienenen Publikation „Die unsichtbare Hand der Transition“ (Nevidljiva ruka tranzicije) den Begriff „Soziokulturelles Kapital“, den er für eine präzisere und glücklichere Übersetzung als diejenige des Sozialkapitals, befand (vgl. Štulhofer 2000: 84). Jedoch nach vier Jahre, also 2004, wechselte er zum Begriff des Gesellschaftlichen Kapitals, so etwa in seiner Publikation „Die Perzeption von Korruption und Erosion des gesellschaftlichen Kapitals in Kroatien 1995-2003“ (Percepcija korupcije i erozija društvenog kapitala u Hrvatskoj 1995.-2003.). In den Sozialwissenschaften Kroatiens werden demnach

beide Begriffsvarianten, sowohl „Sozialkapital“ als auch „Gesellschaftliches Kapital“ verwendet. In der Politikwissenschaft in Kroatien herrscht jedoch wie im deutschsprachigen und englischsprachigen Raum der Begriff „Sozialkapital“ vor.

3.2. Das Sozialkapital in der soziologischen Literatur Kroatiens

Die Thematisierung des Sozialkapitals setzt in der soziologischen Literatur Kroatiens schon in den 90er Jahren ein. Da die soziologische Auseinandersetzung mit dem Sozialkapital älter ist als die politologische, die erst im Jahr 2000 einsetzt, sei diese zuerst dargestellt. Schon im 1993 entstand die Idee ein Projekt zum Thema „Das Kulturkapital und die Entwicklungsstrategie Kroatiens“ (Kulturni kapital i razvojna strategija Hrvatske) zu initiieren. Das Projekt wurde im Jahre 1993 beim „Ministerium für Wissenschaft und Technologie“ eingereicht. Leiter des Projektes war Matko Meštrović, am Projekt selbst nahmen noch weitere sechs Wissenschaftler teil. Das Ziel des Projektes war definiert als „to provide theoretical innovations capable of initiating creative valorisation of specific historical reality of Croatian society and a reliable scientific foundation for the efficient integration of development potentials and resources. In this respect, identification of the problems of transition implied the creation of a new categorical apparatus capable of identifying and examining those societal values which are necessary for Croatia's political, economic and cultural integration“ (Meštrović 1998: Summary). Der empirische Teil der Untersuchung basierte auf drei sozialen Dimensionen: die kulturelle (soziale Identität und Werten), die ökonomische (Werte in der Arbeit, die Haltung zur Privatisierung und Deregulierung, die Perzeption der erfolgreichen privatunternehmerischen Strategien etc.) und die politische Dimension (die Perzeption und Evaluierung von Demokratie, die bürgerliche Aktivität, die Einstellungen zu den Parteien etc.). „The measurement of sociocultural capital in Croatia was conceptualised through the analysis of the above mentioned dimensions, which were dichotomised so that collective preference for *horizontal* institutional structuring indicated abundant sociocultural capital, while the tendency towards *vertical* structuring implicated its deficit“ (Meštrović 1998: Summary). Von Anfang an zeigten sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten mit der Finanzierung des Projektes. Dennoch konnten bestimmte Ziele verwirklicht werden. Im Jahre 1998 wurde schließlich eine Publikation zum Thema „Das Soziokulturelles Kapital und die Transition in Kroatien“ (Sociokulturni kapital i tranzicija u Hrvatskoj) von Matko Meštrović und Aleksandar Štulhofer herausgegeben. Besondere

Aufmerksamkeit wurde dem Thema „Die sozioökonomischer Realität und die rationale Wahl – ein analytisches Modell“ gewidmet. Darin wurde die Problematik des sozioökonomischen Übergangs, der interdisziplinär angelegt ist, thematisiert. Die ersten wissenschaftlichen Beiträge der Projektteilnehmer konnten schon in der „Zeitschrift für Soziologie“ 3-4/1995 veröffentlicht werden. Sie wurden in die spätere Publikation mit dem Titel „Das soziokulturelle Kapital und die Transition in Kroatien“ (Sociokulturni kapital i tranzicija u Hrvatskoj) eingebaut (vgl. Meštrović 1998: vii). In dieser Publikation wurden insgesamt 16 Beiträge veröffentlicht, die in drei thematischen Gruppen gegliedert sind: „Theoretische Ausgangspositionen“, „Zur Sozioökonomie der Transition“ und „Die Struktur des soziokulturelles Kapitals in Kroatien“. Da das Projekt interdisziplinär angelegt war, nahmen neben den Soziologen auch Ökonomen und zwei Politikwissenschaftler an der Untersuchung teil. Als Politikwissenschaftler ist hier Sanjin Dragojević zu nennen, der seinen Beitrag zum Thema „Einfluss des kulturellen, gesellschaftlichen und symbolischen Kapitals auf die Entwicklung der Mittel- und Osteuropäischen Länder“ verfasste sowie der Beitrag von Dag Strpić.

Im folgenden Abschnitt sollen nun die Publikationen von Aleksandar Štulhofer, Professor für Soziologie an der Fakultät für Soziologie in Zagreb, kurz dargestellt werden. Sein Buch „Die unsichtbare Hand der Transition“ (Nevidljiva ruka tranzicije) (2000), enthält seine schon früher veröffentlichten Beiträge, in denen er sich auch mit der ökonomischen Soziologie auseinandersetzt. Sozialkapital ist dabei, seiner Ansicht nach, ein wertvolles Instrument, um den Einfluss der Kultur auf die Wirtschaft zu verstehen. Er widmet sich insbesondere der Analyse der Daten des „World Values Survey“ (1995). Auf dieser Basis untersucht er die Entwicklung des soziokulturellen Kapitals in Kroatien. Seine Analyse zeigen, dass der Grad an Vertrauen im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung steht, wobei deutlich wird, dass die Transformationsländer eine um das Doppelte niedrigere Ebene des Sozialkapitals aufweisen als das bei den etablierten Demokratien der Fall ist. Kroatien unterscheidet sich hier nicht von den anderen Transformationsländern (vgl. Štulhofer 2000: 92). Štulhofer berücksichtigt auch den Kontext des Jahres 1995 und seines Einflusses auf die Ergebnisse der Untersuchung, da nämlich im Jahre 1995 die Militäroperation „Sturm“ erfolgte. Im Jahr 2001 veröffentlichte Štulhofer einen Artikel mit dem Titel „Das Gesellschaftliche Kapital und seine Bedeutung“ (Društveni kapital i njegova važnost) (vgl. Štulhofer 2001). In einem weiteren Artikel aus dem Jahre 2004 behandelt Štulhofer das Thema „Perzeption von Korruption und die Erosion des gesellschaftlichen Kapitals in Kroatien 1995-2003“ (Percepcija korupcije i

erozija društvenog kapitala u Hrvatskoj 1995.-2003.).¹⁰ In diesem Artikel analysiert er den Niedergang des Sozialkapitals in Kroatien im Zeitraum von 1995 bis 2003. In diesem Zeitraum sank das Vertrauen in das Justizsystem um deutliche 50%, das Vertrauen in die Regierung um 45% und das Vertrauen in das Parlament um 30%. Einer der wichtigsten Gründe für die Senkung des Sozialkapitals insbesondere in Bezug auf die Institutionen sieht Štulhofer dabei in der Korruption (vgl. Štulhofer 2004: 162f). In seinem Beitrag über die Zivilgesellschaft und das Sozialkapital aus dem Jahre 2005 bearbeitet Štulhofer auch das sinkende Sozialkapital in Kroatien von 1995 bis 2003. Als den wichtigsten Grund für diese Abwärtsbewegung führt er wiederum die Korruption an (vgl. Štulhofer 2005: 6).

Im Rahmen des Sammelbandes „In Search of Identity. A Comparative Study of Values: Croatia and Europe“ aus dem Jahre 2005 wurden die Ergebnisse der „European Values Study“ (1999) für Kroatien dargestellt. In einer Reihe von Beiträgen wurde auch das Sozialkapital thematisiert. Im ersten Beitrag mit dem Titel „An Emerging Civil Society. Leisure Time and Voluntary Organisations in Croatia“ bearbeiten die Soziologen Gordan Črpić und Siniša Zrinščak das Sozialkapital in Bezug auf die Freiwilligen-Organisationen (vgl. Črpić/Zrinščak 2005: 22ff). Im zweiten Beitrag behandeln die Psychologen Ivan Rimac und Goran Milas das Thema unter dem Titel „In Search of Democratic Development Agents. Comparative Analysis of Satisfaction with Democracy in European Context“ und greifen auch hier das Sozialkapital auf (vgl. Rimac/Milas 2005: 104). Das Sozialkapital und das Vertrauen in die Institutionen war ebenso das Thema des Vortrages der Soziologen Krunoslav Nikodem und Gordan Črpić während des „Nationalkongresses der Kroatischen Soziologischen Gesellschaft“, der unter dem Titel „Soziologie und Veränderungen – die Herausforderungen der Zukunft“ im April 2011 in Zagreb abgehalten wurde. Nikodem und Črpić stellen, aufgrund der Analyse der „European Values Study“ 1999 und 2008 fest, dass das Vertrauen in die Institutionen weiterhin im Sinken begriffen ist. Neben dem Vertrauens in die kroatischen Institutionen sinkt auch das Vertrauen in die internationalen Institutionen, wobei beispielsweise von allen 47 befragten Ländern Kroatien das niedrigsten Vertrauen in die EU aufweist (Kroatien 20%; Großbritannien 22%; Serbien 27% und Russland 28%) (vgl. Nikodem/Črpić 2011: 6). In dem genannten Beitrag werden auch die Ursachen für das immer geringer werdendes Sozialkapital bzw. das Vertrauen in die Institutionen untersucht.

¹⁰ Für das Jahr 2003 verwendet Štulhofer die Ergebnisse der Untersuchung „South East European Social Survey“.

3.3. Sozialkapital in der politikwissenschaftlichen Literatur in Kroatien

Die Beschäftigung mit dem Sozialkapital aus politikwissenschaftlicher Perspektive in Kroatien setzte, wie oben veranschaulicht, später an als in der Soziologie. Darin kann man den Grund für die Aussage von Šalaj finden, dass das Sozialkapital in der Politikwissenschaft in Kroatien völlig vernachlässigt wurde (vgl. Šalaj 2007: 147). Die Auseinandersetzung mit diesem Konzept begann im Zusammenhang mit anderen relevanten politikwissenschaftlichen Themen, wie beispielsweise mit der politischen Bildung und Erziehung (vgl. Vujčić 2001) oder mit einem kritischen Rückblick auf das Programm des Studiums der vergleichenden Politik an der Fakultät für Politikwissenschaft in Zagreb (vgl. Kasapović 2002). Diese zwei Beiträge werden nun kurz dargestellt. Vujčić bezieht sich in seinem Artikel „Politikwissenschaft und politische Bildung“ (Politička znanost i političko obrazovanje) aus dem Jahre 2001 auf das Sozialkapital. Er stellt darin diejenigen Autoren vor, die die Wichtigkeit der politischen Bildung und politischen Erziehung behandelten. Zu diesen Autoren gehört auch Robert Putnam mit seinem Werk „Making democracy work“. In diesem Zusammenhang betont Vujčić ausführlich die Wichtigkeit des Sozialkapitals (vgl. Vujčić: 84). Weitere Autoren, die das Sozialkapital behandelten und auf die sich Vujčić bezieht, sind Elinor Ostrom (vgl. ebd.: 86), R. Rose (vgl. ebd.: 90) und Pierre Bourdieu (vgl. ebd.: 92). Den Ausführungen der vorgestellten Autoren kann man entnehmen, dass das Sozialkapital entscheidend sowohl für das Funktionieren der demokratischen Gewalt als auch für die Entwicklung von Demokratie ist (vgl. Vujčić: 96). Zur Anfangsphase der Thematisierung des Sozialkapitals gehört auch der Beitrag von Mirjana Kasapović aus dem Jahr 2002 mit dem Titel „Was ist die vergleichende Politik? Kritischer Rückblick auf die Programme des Studiums der vergleichenden Politik an der Fakultät für Politikwissenschaft an der Universität Zagreb“ (Što je komparativna politika? Kritički osvrt na programe studija komparativne politike na Fakultetu političkih znanosti Sveučilišta u Zagrebu). Im Kontext der Unterscheidung zwischen *polity* – *politics* – *policy* erklärt Kasapović, dass die vergleichende Unterscheidung des Sozialkapitals zum *policy*-Bereich gehört (vgl. Kasapović 2002: 152). Im Zusammenhang mit dem Thema des Artikels wird auch Putnams Werk „Making democracy work“ kurz thematisiert (vgl. ebd.: 152). In derselben Weise wie bei den beiden dargestellten Artikeln – also in der Anknüpfung an das Konzept des Sozialkapitals aus der Sicht des zu bearbeitenden Themas – beginnt auch die Auseinandersetzung von Šalaj mit dem Sozialkapital, der in der Politikwissenschaft in Kroatien sicherlich derjenige Autor ist, der

sich mit dem Thema am meisten und am konsistentesten beschäftigte. In seinem Artikel „Konzept des Sozialkapitals in der vergleichenden Politik“ (Koncept socijalnog kapitala u komparativnoj politici) aus dem Jahre 2003 legt er das theoretische politikwissenschaftliche Fundament für alle weiteren Untersuchungen des Sozialkapitals in Kroatien. Nach der einleitenden „Diagnose“ über den Forschungsstand des Sozialkapitals in der Politikwissenschaft in Kroatien stellt Šalaj den Ursprung des Konzepts dar und fokussiert sich dann auf das Sozialkapital in der vergleichenden Politik, mit besonderem Schwerpunkt auf Robert Putnam und „Making democracy work“. Danach folgen Anwendung, Kritiken und Entwicklung des Konzepts in der Politikwissenschaft und die Darstellung der Bedeutung des Konzepts des Sozialkapitals für die vergleichende Politik. Im Schluss wird u.a. hervorgehoben, dass das Sozialkapital für die vergleichende Politikwissenschaft auch deswegen relevant ist, weil es universell anwendbar ist, was für die vergleichende Analyse eine wichtige Voraussetzung ist (vgl. Šalaj 2003).

Im Jahr 2005 veröffentlichte Šalaj einen weiteren Artikel zum Thema „Sozialkapital, demokratische Bürgerschaft und inklusive Bildungspolitik“ (Socijalni kapital, demokratsko građanstvo i inkluzivna obrazovna politika). In der Darstellung des Sozialkapitals führt er nicht nur theoretische, ideengeschichtliche und politikwissenschaftliche Grundlagen des Konzepts aus, sondern gibt dazu einen Einblick in die konkrete Situation in diesem Bereich in Kroatien. In einem zusammenfassenden Überblick stellt er die Entwicklung des Sozialkapitals von 1995 bis 2003 in Kroatien dar. Mit diesen zwei veröffentlichten Artikeln lieferte Šalaj sehr gute Grundlagen für die weiteren Untersuchungen des Sozialkapitals. 2006 erschien ein Artikel von einem anderen Autor, Viktor Koška, zum Thema „Sozialkapital in Kroatien: Fehler in der Konzeptualisierung“ (Socijalni kapital u Hrvatskoj: pogreška u konceptualizaciji). Koška machte mit seinem Artikel auf die Wichtigkeit der Differenzierung zwischen verschiedenen Typen von Sozialkapital aufmerksam. Er stellt die Arbeiten von R. Putnam, S. Chambers und J. Kopstein und ihre Konzeptualisierung des Sozialkapitals vor. Insbesondere wird die Wichtigkeit von *bridging*- und *bonding*-Sozialkapital unterstrichen. In Bezug auf Kroatien stellt der Autor fest, dass die bisherigen Thematisierungen des Sozialkapitals in Kroatien diese Unterscheidung nicht genügend berücksichtigten. Im Schluss wird die Notwendigkeit der Entwicklung eines umfassenden theoretischen Zugangs zum Sozialkapital in Kroatien hervorgehoben. Er könnte zur Entwicklung der Demokratie sowie zu Design und Implementierung von *public policies* wesentlich beitragen (vgl. Koška 2006). Mit einem weiteren Artikel erlebte die Forschung des Sozialkapitals in Kroatien eine Vertiefung im Bereich des sozialen Vertrauens. Das Ziel des Autors des Artikels Berto Šalaj

bestand darin, seine Grundlagen für die weitere wissenschaftliche Verwendung darzustellen. Er hatte vor allem die Absicht mittels sekundärer Analysen von Daten die Lage des sozialen Vertrauens in Kroatien zu erörtern. Ein besonderer Beitrag besteht dabei nicht nur in der Darlegung der dominanten Zugänge in der Politikwissenschaft zum Sozialkapital, sondern auch in der Unterscheidung der verschiedenen Arten des Sozialkapitals. Dazu gibt er einen Einblick in die Wichtigkeit und die Funktionen des Sozialkapitals. Im letzten analytischen Teil des Artikels wird gezeigt, dass Kroatien eine Gesellschaft mit einer sehr niedrigen Ebene des Sozialkapitals ist, was ein Hindernis für die politische und ökonomische Entwicklung des Landes darstellen kann (vgl. Šalaj 2006).

Nach dieser sich dem Thema des Sozialkapitals widmenden Reihe von Artikeln erfolgte im Jahre 2007 die erste Monographie zum Thema des Sozialkapitals in kroatischer Sprache mit dem Titel „Sozialkapital. Kroatien in vergleichender Perspektive“. Sie stellt die überarbeitete Version der Dissertation von Šalaj dar, die an der Fakultät für Politikwissenschaft in Zagreb eingereicht wurde. Das Buch ist in vier Kapitel gegliedert und liefert sowohl einen theoretischen als auch einen empirischen Einblick in das Thema. Die ersten zwei Kapitel liefern die theoretischen Grundlagen des Konzeptes Sozialkapital. Im dritten Kapitel wird eine theoretische Brücke zur Thematisierung des Sozialkapitals im postkommunistischen Kontext gegeben. Der letzte, vierte Teil widmet sich der empirischen Untersuchung des Sozialkapitals in Kroatien aus einer vergleichenden Perspektive. Die vier genannten Kapitel werden hier kurz vorgestellt. Das erste Kapitel mit dem Titel „Konzept des Sozialkapitals“ gibt einen Überblick über die ersten Anwendungen des Sozialkapitals in der Soziologie, seine Entwicklung in der Politikwissenschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Beitrag von Putnam. Anschließend werden die zum Sozialkapital verwandten Konzepte sowie die Kritiken an Putnams Konzeptualisierung des Sozialkapitals veranschaulicht. Im zweiten Kapitel mit dem Titel „Theorie des Sozialkapitals“ werden die wichtigsten theoretischen Grundlagen des Konzepts gegeben wie: Definition, Dimensionen, Vertrauen, Funktionen, Mechanismen der Wirkung, Bestimmungen, das Verhältnis zwischen *public policies* und Sozialkapital, sowie Typen des Sozialkapitals. Im dritten Kapitel mit dem Titel „Sozialkapital in den postkommunistischen Staaten“ werden Demokratie und Postkommunismus thematisiert, mit einer Behandlung der besonders wichtigen Frage, ob Putnams Konzept des Sozialkapital nach Osten „reisen“ bzw. dort in den postkommunistischen Staaten angewandt werden kann. Danach werden die Auswertungen der Untersuchungen in Bezug auf das Sozialkapitals in den postkommunistischen Ländern und in Kroatien dargestellt. Das letzte Kapitel mit dem Titel „Sozialkapital in Kroatien“ liefert

zunächst einen geschichtlich-politischen Überblick über Kroatien als einem transformations- und postkommunistischen Land. Dabei wird die Methodologie der Untersuchung dargelegt, aufgrund der die Erhebung der Daten für die Operationalisierung des Sozialkapitals in Kroatien erfolgte. Es werden die Ergebnisse der Untersuchung im Rahmen von Ebenen, Distributionen und Bestimmungen des Sozialkapitals dargestellt. Diese Publikation zeichnet sich durch eine verständliche Sprache, klare Argumentationsweise und eine übersichtliche Struktur aus. Deswegen kann sie nicht nur als erste politikwissenschaftliche Publikation, die das Sozialkapital auf akademischer Ebene für einen akademischen Leserkreis behandelt, sondern auch als Publikation, die als Handbuch im Bereich der politischen Bildung eingesetzt werden kann, gelten.

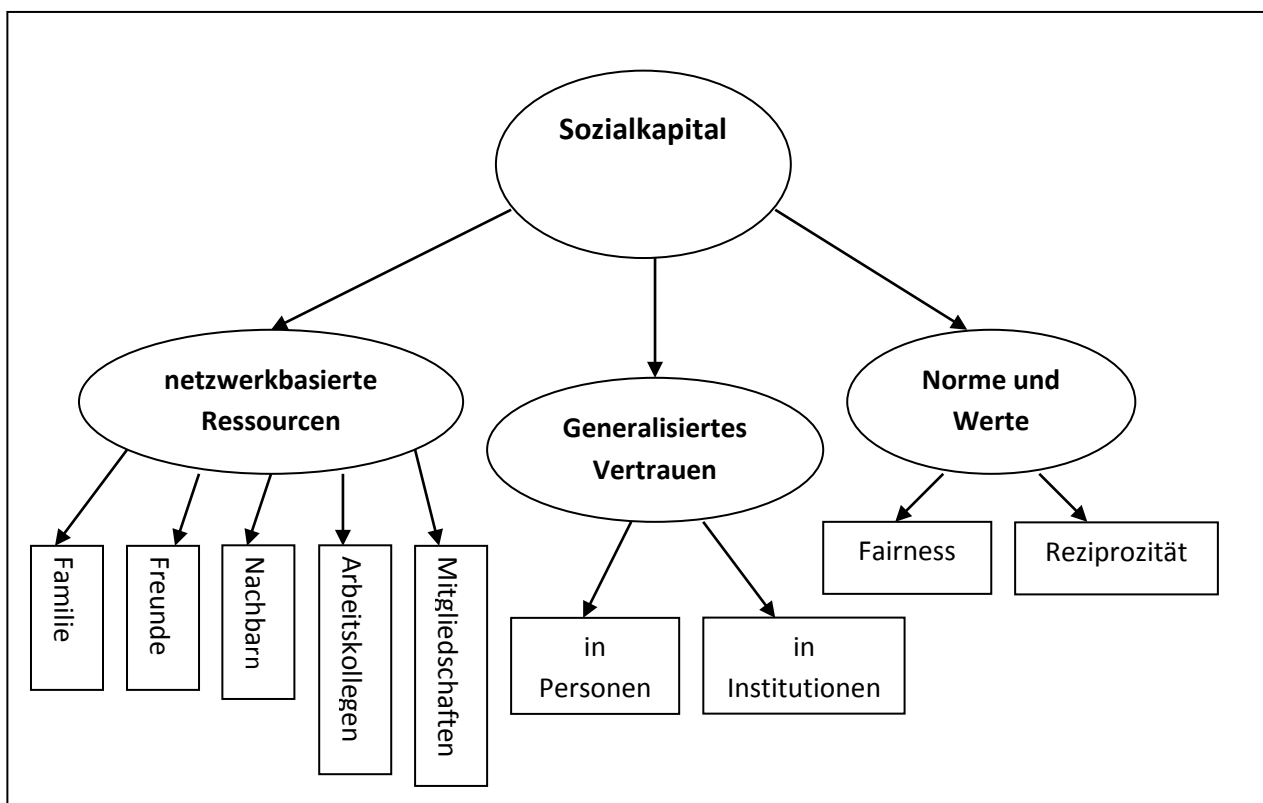
3.4. Weitere Publikationen zum Thema des Sozialkapitals

Weitere Publikationen zum Thema des Sozialkapitals erfolgten vor allem im Bereich der Zivilgesellschaft. In der Nichtregierungsorganisation ODRAZ fand 2002 in Zagreb eine Konferenz mit dem Titel „Verständnis und Aufbau des Sozialkapitals als Imperativ für die Entwicklung Kroatiens“ statt. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der kroatischen Nichtregierungsorganisationen, Vertreter von World Bank, angesehene kroatische und ausländische Wissenschaftler sowie die Vertreterin der kroatischen Regierung teil. 2005 veröffentlichte die „Nationale Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft“ zwei relevante Beiträge zum Thema Sozialkapital. Der erste Beitrag erschien in der Zeitschrift *Civilnodruštvo.hr* (Zivilgesellschaft.hr) und enthielt mehrere, das Sozialkapital thematisierende Artikel, z.B. von Štulhofer und Siniša Zrinščak. Eine weitere Publikation derselben Stiftung erschien ebenfalls 2005 unter dem Titel „Gesellschaftliches Kapital in Kroatien“. Ihre Autoren sind Libby Cooper, Barry Knight und Sue Blackmore. Die Publikation enthält die theoretischen Grundlagen, aber auch die praktischen Operationalisierungen des Sozialkapitals in ausgewählten Gemeinden und in den Haushalten in Kroatien.

IV. Die Operationalisierung und die Dimensionen des Sozialkapitals

Die operationale Definition des Sozialkapitals stammt je nach Zielsetzung der Studie aus unterschiedlichen Forschungsbereichen, z.B. aus dem Bereich der Netzwerkforschung (Familie, Bekannte, Hilfsleistungen), der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung (generalisiertes Vertrauen) oder der politischen Soziologie (Mitgliedschaft) (vgl. Haug 1997: 27). Bei der Operationalisierung des Sozialkapitals stützen sich die meisten empirischen Arbeiten auf das Konzept von Putnam, das drei Dimensionen des Sozialkapitals enthält: Netzwerke, Vertrauen und Reziprozitätsnormen. Jede dieser Dimension besteht aus Indikatoren, die das Messen des Sozialkapitals ermöglichen (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Unterschiedliche Dimensionen des Sozialkapitals (Franzen 2007: 72)



Bei der Operationalisierung der ersten in der Abbildung dargestellten Dimension des Sozialkapitals, nämlich der *netzwerkbasierten Ressourcen*, bestehen vielerlei Probleme, da sie noch nicht voll geklärt worden ist. Es bleibt Gegenstand der Diskussion, welche Arten bürgerlichen Engagements als Grundlage für das Sozialkapital einzubeziehen sind. Dazu

kommt noch das Problem der Untersuchungsperspektive, da selten ein Gesamtnetz, also die Beziehungen zwischen allen Personen einer Untersuchungseinheit zueinander gemessen werden, sondern zumeist ein egozentriertes Netz (vgl. Haug 1997: 28; Roth 2008: 126). Am geläufigsten ist jedoch die Messung von Mitgliedschaft in Assoziationen anhand von Items des WVS („World Values Survey“). Die Fragestellung, die dabei aufgeworfen wird, lautet: „Wenn Sie sich einmal sorgfältig diese Liste mit verschiedenen Organisationen und Gruppen durchlesen, welcher davon gehören Sie an? Bei welcher Organisation sind Sie zur Zeit ehrenamtlich, also ohne Bezahlung, tätig?“. Den Befragten steht eine Reihe von Organisationen zur Auswahl, wie beispielsweise soziale Hilfsdienste, religiöse oder kirchliche Organisationen, Vereine für Bildung, Kunst, Musik, kulturelle Tätigkeit, Gewerkschaften, Parteien oder politische Gruppen, Gemeindearbeit, Dritte-Welt- oder Menschenrechtsgruppen, Ökologie- und Umweltgruppen, Berufsverbände, Vereine der Jugendarbeit, Sport- und Freizeitverbände, Frauengruppen, Friedensbewegung, Hilfsorganisationen im Gesundheitsbereich, so genannte andere Gruppen bzw. keiner (vgl. Roth 2008: 126). Trotz dargestelltem Mangel bei der Operationalisierung dieses Indikators wird er häufig bei der Untersuchung des Sozialkapitals, insbesondere in der Soziologie, verwendet. Ein Vorteil dieses Indikators besteht darin, dass die Erhebung der Aktivitäten vergleichsweise einfach ist und mittels dargestellter offener oder geschlossener Antwortvorgaben erfolgt.

Generalisiertes Vertrauen wird auch bei der Operationalisierung des Sozialkapitals häufig verwendet und wird hier später ausführlich dargestellt.¹¹ Wie in Abb. 2 zu sehen ist, kann man zwischen interpersonellem Vertrauen und Vertrauen in die Institutionen unterscheiden. Interpersonelles Vertrauen wird mittels folgender Fragestellung erfasst: „Würden Sie ganz allgemein sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man nicht vorsichtig genug sein kann?“. ¹² Das Vertrauen in die Institutionen wird mittels des Items: „Schauen Sie bitte auf die Liste und sagen Sie mir, ob sie sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt ein Vertrauen in die jeweils genannten Institutionen haben“ befragt. Im World Values Survey 1999 – 2001 werden dazu insgesamt 15 Institutionen aufgezählt (vgl. Roth: 123f).

Als letzte Dimension des Sozialkapitals gelten *Normen und Werten*. Westle und Gabriel heben hervor, dass sich die entsprechende Messung sozialer Werte und Normen als

¹¹ Vgl. das Kapitel 5.3. Generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2009.

¹² Im englischen Original lautet die Frage: “Would you say that most people can be trusted or that you can’t be too careful in dealing with others?”

Orientierung der Gegenseitigkeit und Solidarität in der Forschungsliteratur nur sporadisch findet. Der Grund dafür ist die schwierige Datenlagen (vgl. Westle/Gabriel 2008: 45). Reziprozitätsnormen werden beispielsweise in dem „World Values Survey“ mittels einer Itembatterie zur Messung von Normen operationalisiert. Die einleitende Frage der Items lautet: „Können Sie mir bitte für jeden der Punkte sagen, ob Sie das auf jeden Fall in Ordnung halten, oder unter keinen Umständen, oder irgendwas dazwischen“. Der Befragte kann in der Skala von 1 bis 10 wählen. Die Itembatterie besteht im „World Values Survey“ 1999-2002 aus 24 einzelnen Items. Im Paneldesign ist es möglich, sich auf vier Items zu stützen und zwar: „Staatliche Leistungen beanspruchen, auf die man kein Anrecht hat“, „Steuern hinterziehen, wenn man die Möglichkeit hat“, „Schmiergelder annehmen“, „Kein Fahrgeld in öffentlichen Verkehrsmitteln bezahlen, schwarz fahren“ (vgl. Roth 2008: 125).

Die drei von Putnam auf den Begriff gebrachten Dimensionen des Sozialkapitals (Netzwerke, Vertrauen und Reziprozitätsnormen) haben ihren Eingang in die Erfassung von Sozialkapital gefunden und zwar in die strukturelle und kulturelle Dimension des Sozialkapitals. Die meisten Operationalisierungen des Sozialkapitals beruhen eben auf der Unterscheidung zwischen der strukturellen und der kulturellen Dimension des Sozialkapitals, weswegen sie auch in dieser Arbeit eingesetzt wird.

4.1. Die strukturelle und die kulturelle Dimension des Sozialkapitals

Wie im vorigen Kapitel dargestellt besteht Sozialkapital nach der Definition von Putnam aus Netzwerken zivilen Engagements, Normen der Reziprozität und Vertrauen. Alle diese drei konstitutiven Elemente spiegeln sich in den zwei Dimensionen des Sozialkapitals wieder und zwar in seiner strukturellen und seiner kulturellen Dimension. Soziale Vernetzung bezieht sich dabei auf die strukturelle Dimension, d.h. auf die Existenz von sozialen Beziehungen formeller und informeller Art. In der kulturellen Dimension geschieht die Generierung von sozialen Normen, vor allem Normen der Reziprozität, die zur Herausbildung generalisierten Vertrauens beitragen soll (vgl. Seubert 2009: 74). Die strukturellen und kulturellen Dimensionen sind für die Operationalisierung des Sozialkapitals von Bedeutung, da sie eine Reihe von Indikatoren beinhalten, die die Messung des Sozialkapitals ermöglichen. Ein Überblick über die wichtigsten Indikatoren des Sozialkapitals in Bezug auf seine strukturelle und kulturelle Dimension ist in Tab. 1 dargestellt.

Tab. 1: Strukturelle und kulturelle Aspekte sozialen Kapitals (Westle/Gabriel 2008: 43)

Soziales Kapital	
Strukturelle Aspekte	Soziale Netzwerke Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen Aktivität in Freiwilligenorganisationen Zeitverwendung in Netzwerken Familienbindungen (Kinderzahl) Freundschaftsbeziehungen Kontakte am Arbeitsplatz
Kulturelle Aspekte	Vertrauen Soziales Vertrauen Institutionenvertrauen Soziale Werte und Normen Solidarität Reziprozität Toleranz demokratische Einstellungen

Als wichtigste Indikatoren der strukturellen Dimension gelten: Soziale Netzwerke, Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen, die Aktivität in Freiwilligenorganisationen, die Zeitaufwendung für Netzwerke, Familienbindungen (Kinderzahl), Freundschaftsbeziehungen und Kontakte am Arbeitsplatz, um nur einige zu erwähnen. Aus theoretischen und forschungspraktischen Gründen standen bislang die Mitgliedschaft und die Aktivitäten in Freiwilligenorganisationen bei der Operationalisierung der strukturellen Dimension des Sozialkapitals im Vordergrund. Ein forschungspraktischer Grund für das spezifische Interesse an diesem Indikator ist sicherlich der umfangreiche Datenbestand. Die Erhebung dieser Aktivitäten ist, wie schon erwähnt, nicht sehr kompliziert (vgl. Westle/Gabriel 2008: 44). Vor allem ermöglichen diese Indikatoren die Formulierung der Brückenhypothesen, die begründen, warum eben diese Indikatoren als Näherungen für soziales Kapital geeignet sind. „Beispielsweise lässt sich sagen, dass die Größe von Familien- und Verwandtschaftsnetzwerk oder das Vorhandensein beider Elternteile positiv mit der Menge an Ressourcen und Unterstützung korreliert“ (Jungbauer-Gans 2006: 26).

Als wichtigsten Indikator für die kulturelle Dimension des Sozialkapitals gelten Vertrauen (soziales Vertrauen und Institutionenvertrauen) sowie soziale Werte und Normen vor allem Solidarität, Reziprozität, Toleranz und die demokratische Einstellung. In der empirischen Forschung wird vor allem der Faktor Vertrauen herangezogen. Dieses Vertrauen lässt sich wiederum differenzieren nach Vertrauen in Mitmenschen, generalisiertes Vertrauen und Vertrauen in Institutionen. In dieser Dimension sind auch die Einstellungen zu ethischen Fragen wie z.B. Toleranz, Solidarität und Demokratie enthalten, da diese Einstellungen Zusammenarbeit und Kooperation ermöglichen und erleichtern (vgl. ebd.: 27). Bei der Messung dieser Werte und Normen stößt man jedoch auf Probleme der Datenlage, wie schon oben geschildert wurde.

Ein wichtiger Kritikpunkt an diesen beiden Dimensionen des Sozialkapitals bezieht sich auf die Frage, wie die beiden Dimensionen miteinander zusammenhängen. Schon an Putnams Verständnis von Sozialkapital ist bemerkenswert, dass verschiedene Elemente in seiner Definition zusammengefasst sind, bei denen ohne weiteres nicht klar ist, wie sie analytisch zusammengehören. Dasselbe passiert bei den beiden Dimensionen des Sozialkapitals, die Putnam schon in seiner theoretischen Definition verbindet, obwohl es doch eine empirisch offene Frage bleibt, ob sie und wie sie tatsächlich zusammenhängen. Mit diesen theoretischen Voraussetzungen ist es auf der Ebene der empirischen Erhebung schwer, von einer quantitativen Bestimmung, die Putnam für die strukturelle Dimension wählt, auf eine qualitative Bestimmung zu schließen, die über die kulturelle Dimension Aufschluss geben soll (vgl. Seubert 2009: 74). Das genannte Defizit bleibt eine wichtige Voraussetzung auch für diese Arbeit. Da im späteren empirischen Teil insbesondere die kulturelle Dimension des Sozialkapitals in Kroatien untersucht wird, widmet sich dieser Abschnitt vornehmlich den Indikatoren Vertrauen (generalisiertes Vertrauen und Institutionenvertrauen) und der Demokratie.

4.2. Vertrauen

4.2.1. Einleitung zum Indikator Vertrauen

Vertrauen kann als Mechanismus verstanden werden, mit dem eine dauerhafte und wechselseitige ertragreiche Kooperationsbeziehung in Gang gesetzt werden kann (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 576). Als Begriff erlebte es in den Konjunkturzyklen des

Wissenschaftsbetriebs in den letzten zehn Jahren eine bemerkenswerte Renaissance (vgl. Fuhse/Schaal 2005: 54) insbesondere im Rahmen des Konzeptes des Sozialkapitals. Es ist auch wichtig zu berücksichtigen, dass das Interesse am Faktor Vertrauen schon lange Zeit vor dem Konzept des Sozialkapitals lebendig wurde, nämlich schon in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Der amerikanische Soziologe Morris Rosenberg verwendete damals das Konzept des Vertrauens (vgl. Šalaj 2007: 55). Besondere Aufmerksamkeit erlangte das Vertrauen im Rahmen der politischen Kultur von Gabriel Almond und Sydney Verba in ihrem Buch „The Civic Culture“ (1963). In dieser Publikation haben die Autoren ein ganzes Kapitel dem Vertrauen gewidmet.

Wie schon gesagt, erlebt Vertrauen im Rahmen des Konzeptes des Sozialkapitals seine Blüte. Der zentrale Autor dabei ist Putnam, der in seinem Werk „Making democracy work“ das Vertrauen jedoch noch nicht ausführlich bearbeitet hat. Ihm widmet er sich erst in „Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community“. Hier unterschied Putnam bereits zwischen „thick“ und „thin“ trust. „Thick trust“ ist „trust embedded in personal relations that are strong, frequent, and dested in wider networks“ (vgl. Putnam 2000: 136) und „thin trust“ ist das Vertrauen „in 'generalized other', like your new acquaintance from the coffe shop, also rests implicitly on some background of shared social networks and expectations of reciprocity. Thin trust is even more useful than thick trust“ (ebd.). Zugleich unterscheidet Putnam das soziale Vertrauen von Vertrauen in die Regierung oder eine andere Institution. Seiner Meinung nach, ist das Vertrauen in die Menschen anders als das Vertrauen in die Institutionen oder politische Autorität zu verstehen. Putnam besteht darauf, dass das soziale Vertrauen und das Institutionsvertrauen unterschieden werden müssen, da sie nicht dasselbe meinen. Sie können korreliert werden, aber auf der theoretischen Ebene sollen sie distanziert voneinander betrachtet werden (vgl. Putnam 2000: 137). In Putnams Konzept hängen Vertrauen und Reziprozität eng zusammen: Vertrauen erwächst nämlich aus dem Erfüllen von Normen der Reziprozität. „Beides soll durch die Interaktion in einem Kooperationszusammenhang entstehen, wenn die Beteiligten die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen und sich an die beschlossene Regeln halten. Dieses im Rahmen begrenzter Kooperation gebildete Vertrauen soll sich als generalisiertes Vertrauen sodann über den Ursprungskontext hinaus erweitern“ (Seubert 2009: 111).

Im Bezug auf das Verhältnis des zwischenmenschlichen Vertrauens und des Vertrauen in die Institutionen vertritt Claus Offe die These, dass die beiden durchaus miteinander zusammenhängen. Zwischenmenschliches Vertrauen in modernen pluralen Gesellschaften, so Offe, hänge stark an der Existenz und Glaubwürdigkeit politischer Institutionen zusammen.

Diese These formulierte er im Zusammenhang mit den Transformationsprozessen in Osteuropa. Insofern ginge es bei der Konsolidierung demokratischer Regime in Osteuropa darum, glaubhafte Institutionen zu kreieren, die zwischenmenschliches Vertrauen stimulieren, von dem wiederum die Stabilität dieser Institutionen abhängt (vgl. Fuhse/Schaal 2005: 54f). Deshalb lautet seine Definition des Sozialkapitals als folgt: „Vertrauen ist die *Überzeugung*, dass andere bestimmte Dinge tun oder nicht tun. Der Vertrauende weiß, dass die Handlungen derer, denen er vertraut, sein eigenes Wohlergehen betreffen, und deshalb liegt *Risiko* im Vertrauen. Vertrauen ist eine bewusst fallible *ex ante*-Vermutung. Es folgt der Logik: 'Ich weiß, dass es passieren *kann*, aber ich glaube, dass es nicht passieren *wird*', wobei 'es' ein von den anderen hervorgerufenen, unerwünschtes Ereignis ist. Die Dynamik von Vertrauensbildung kann auf einer Zeitachse dargestellt werden. Sobald die notwendigen und hinreichenden Bedingungen erfüllt sind, ist Vertrauen ein Gleichgewichtszustand, der sich selbst reproduzieren kann. Zu diesem Gleichgewichtszustand gehört die Wahrnehmung von Vorhersehbarkeit, Konsistenz und Stabilität im Verhalten der relevanten anderen“ (Offe 1996: 34).

Ein weiterer Politikwissenschaftler, Francis Fukuyama definiert Vertrauen als „the expectation that arises within a community of regular, honest, and cooperative behaviour, based on commonly shared norms, on the part of other members of that community. (...) Social capital is a capability that arises from the prevalence of trust in a society or in certain parts of it“ (Fukuyama 1995b: 26). Das Vertrauen ist also eine wichtiger Bedingung für das Entstehen des Sozialkapital. Wichtig dabei ist auch die Anerkennung allgemeinen moralischen Normen, da erst der moralische Konsens eine ausreichende Vertrauensgrundlage bildet. Das Vertrauen besteht dann in der Erwartung, daß diese Normen erfüllt werden. Vertrauen bildet so einen Ersatz für formale Regeln und Vorschriften und verringert damit die Transaktionskosten für Kooperationen (vgl. Fukuyama 1995a: 45). Wenn dagegen nur innerhalb der Kernfamilie soziale Beziehungen und moralische Verpflichtungen bestehen, folgt daraus ein relativ niedriger Grad an Vertrauen in der gesamten Gesellschaft (vgl. ebd.: 78ff).

Der Soziologe Piotr Sztompka definiert das Vertrauen als „a bet on the future contingent actions of others“ (Sztompka 1999: 69). Aus dieser Definition wird ersichtlich, dass das Vertrauen u.a. den Glauben umfasst, dass eine Person in erwartete Weise handeln wird. Laut Sztompka beruhen „the bets of trust“ auf drei Grundlagen und zwar: „reflected trustworthiness, the trusting impulse and trust culture“ (ebd.: 101). Er hebt dabei hervor, dass die kulturellen Regeln in den bisherigen Untersuchungen relativ vernachlässigt wurden. Eben

diese haben, laut den Ergebnissen seiner Untersuchungen, eine wichtige Rolle in der Bestimmung des Ausmaßes, in dem Vertrauen oder Misstrauen in einer Gesellschaft in bestimmter Zeit, überwiegen (vgl. ebd.). Er untersucht deshalb intensiv die Mechanismen und die wichtigsten Elemente der „Kultur des Vertrauens“ (vgl. ebd.: 102ff). In ihr seien horizontale und vertikale Ebene nicht immer genau getrennt. Er zielt jedoch hauptsächlich auf das generalisierte, horizontale Vertrauen den „fellow citizens“ ab. Zudem soll sich die Kultur des Vertrauens als „diffuse trust“ auch auf die Gesellschaft als Ganze beziehen, also ihre wichtigsten Institutionen und Organisationen. Ihr Zusammenhang wird auf folgende zwei Arten erklärt:

Erstens, durch das institutionalisierte Misstrauen als Basis generalisierten Vertrauens. Es kann daran erkannt werden, dass verlässliche Institutionen in dieser Perspektive ein Substitut und ein Medium der Kompensation für fehlendes Vertrauen bilden. Hier stellt sich die wichtige Frage: „Vertraue ich hier jedoch wirklich meinen Mitbürgern oder verlasse ich mich nicht vielmehr auf die Funktionstüchtigkeit der Institutionen?“ (Seubert 2009: 202).

Zweitens, soll das Vertrauen, das die Regierung den Bürgern durch den „style of operation“ entgegenbringt, auf das horizontale Vertrauen zwischen Bürgern zurückwirken (vgl. ebd.). Es wird auch bei Sztompka wie schon bei Putnam, Offe u.a. ersichtlich, dass die horizontale und vertikale Ebene, also das Vertrauen in die Personen und Institutionen einen wichtigen Stellenwert haben. Diese können als Objektivbereiche des Vertrauens bezeichnet werden, die viel leichter zu untersuchen sind, als z.B. ein abstrakt-definitorischer Zugang zum Vertrauensphänomen. Daraus ergibt sich in der Literatur gängig die Differenzierung in zwischenmenschliches Vertrauen einerseits und Institutionenvertrauen andererseits. Zwischenmenschliches Vertrauen bezieht sich zunächst auf bekannte Andere (Freunde, Familienmitglieder, Kollegen). In den liberalen Demokratien jedoch erfolgt die Mehrzahl der Interaktionen jedoch zwischen Fremden. Diese, erst in der Moderne gewordene Realität, bedarf eines „Interaktionsschmiermittels“: Vertrauen. Die politikwissenschaftlich relevante Frage im Kontext der Ausbildung von Vertrauen lautet demnach: „Wie kann das Vertrauen, das die Bürger *bekannten Anderen* entgegenbringen, auf *fremde Andere generalisiert* werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt des *Generalized Trust*-Ansatzes“ (Fuhse/Schaal 2005: 54f), der im nächsten Abschnitt thematisiert wird.

4.2.2. Generalisiertes Vertrauen

Generalisiertes Vertrauen ist der häufigste Indikator, der in der Politikwissenschaft für die Operationalisierung des Sozialkapitals eingesetzt wird. Generalisiertes Vertrauen wird oft auch als „soziales Vertrauen“ bezeichnet und meint horizontales Vertrauen unbestimmten Anderen gegenüber, Vertrauen gegenüber „everyone else“ (vgl. Seubert 2009: 192). In „Making democracy work“ bezeichnet Putnam das interpersonale Vertrauen als „an essential component of social capital“ und in „Bowling alone“ stellt er das generalisierte Vertrauen sogar als „the touchstone of social capital“ dar (vgl. Gabriel et al. 2002: 52). Bei Volker Kunz gehört generalisiertes Vertrauen „nach vielfacher Einschätzung zu den wichtigsten sozio-kulturellen Ressourcen der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung“ (Kunz 2004: 201). Insbesondere in der letzten zehn Jahren sind eine Vielzahl von Publikationen zum Thema Sozialkapital erschienen. Das zunehmende Interesse lässt sich auf die vielfältigen positiven Effekte des generalisierten Vertrauens zurückführen. Aus demokratietheoretischer Perspektive gesehen fördert generalisiertes Vertrauen demokratische Einstellungen und somit ein hohes gesellschaftliches Vertrauensniveau, welches sich wiederum stabilisierend auf die Demokratie auswirkt. Aus sozial- und steuerungstheoretischer Sicht wird Vertrauen als ein informelles soziales Koordinationsmedium mit großem Steuerungspotential betrachtet, das gesellschaftliche Entwicklung und Integration ermöglicht. Auch im ökonomischen Bereich weist generalisiertes Vertrauen wichtigen Vorteilen auf, insbesondere bei der Senkung der Transaktions- und Überwachungskosten bei marktwirtschaftlichen Transaktionen (vgl. ebd.: 202).

Wenn es um die Definition des generalisierten Vertrauens geht, muss festgestellt werden, dass in einem Großteil der sozialwissenschaftlichen Diskurse kein einheitliches Begriffsverständnis vorhanden ist. Putnam definiert beispielsweise generalisiertes Vertrauen auf folgende Weise: „I'll do this for you now, without expecting anything immediately in return and perhaps without even knowing you, confident that down the road you or someone else will return the favor“ (Putnam 2000: 134). Daneben gibt es eine Reihe von anderen Formulierungen, die betonen, dass das Vertrauen eine „Wette über das künftige Handeln anderer“ (Sztompka) sei, eine „emotionale Haltung“ (Lahno), ein „eingeschlossenes Interesse“ (Hardin) oder eine relativ dauerhafte Charakteristik von Gesellschaften und ihre Mitgliedern (Inglehart) (vgl. Kunz 2004: 203).

Aufgrund der Literatur können, nach Gabriel et al., jedoch folgende vier Merkmale des generalisierten Vertrauens konstatiert werden:

1) Vertrauen ist vornehmlich Eigenschaft sozialer Beziehungen und nicht einzelner Akteure. Diese schenken ihrer Umwelt entweder Vertrauen oder werden von anderen Akteuren als vertrauenswürdig eingeschätzt.

2) Da diese Beziehung reziprok ist, impliziert sie die wechselseitige Übernahme sozialer Verpflichtungen. Auf der einen Seite stehen mit Coleman ausgedrückt „credit slips“¹³. Auf der anderen Seite verpflichten sich die Akteure dazu, den ihnen eingeräumten Handlungsspielraum nicht zum Nachteil jener Person auszunutzen, die ihn gewährt hat.

3) Vertrauen entsteht aufgrund der Extrapolation positiver Erfahrungen aus der Vergangenheit in die Zukunft, aber auch durch die Annahme der Akteure, die für ihre soziale Beziehung kulturell definierte, positiv besetzte und von allen an der Beziehung beteiligten Personen anerkannte Wertstandards gelten.

4) Vertrauensbeziehungen sind nicht konditional und nicht bereichsspezifisch definiert oder auf einzelne Situationen bezogen. Vielmehr implizieren sie ein positives Urteil zu generellen Eigenschaften des Interaktionspartners, z.B. über seine Wahrhaftigkeit, Fairness und die Orientierung an gemeinschaftlichen Belangen (vgl. Gabriel et al. 2002: 55).

Ein zentraler Merkmal des generalisierten Vertrauens besteht darin, dass es sich auf „die Fremden“ bezieht. Dies wird bei der Fragestellung der Operationalisierung ersichtlich. Hier kann man sich in der Regel nicht auf eine verlässliche persönliche Erfahrungsgrundlage stützen, da man den Fremden definitionsgemäß ja nicht kennt. Diese Art von Vertrauen wird auch als „Thin Trust“ bezeichnet im Unterschied zum „Thick Trust“, das sich auf die Beziehungen innerhalb der Familie und des Freundeskreises bezieht. „Thick Trust“ hat wesentlich die vormodernen Gesellschaften geprägt, wobei „Thin Trust“ einen erheblichen Teil der sozialen Beziehungen von Menschen in modernen Gesellschaften ausmacht (vgl. ebd.: 56). Generalisiertes Vertrauen umfasst daher fremde Adressatenkreise und ist situationsunabhängig gültig. Laut Freitag und Bühlman verspricht generalisiertes Vertrauen im Unterschied zum Nahbereichvertrauen eine inklusive und offene Gesellschaft, macht Investitionen in die Zukunft wahrscheinlich, fördert die ökonomische Entwicklung und führt zu glücklicheren und zufriedeneren Individuen innerhalb einer Gemeinschaft (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 580). In diesem Kontext ist für die Politikwissenschaft die Frage wichtig, die im Rahmen des Generalized-Trust-Ansatzes thematisiert wird. Sie lautet: "Wie kann das Vertrauen, das die Bürger bekannten Anderen entgegenbringen, auf fremde Andere generalisiert werden?" (Fuhse/Schaal 2005: 56). Für die Beantwortung dieser Frage ist zuerst

¹³ Bzw. ein Akteur räumt einem anderen Akteur eine partielle Kontrolle über einen Teil seiner Lebensbedingungen ein (vgl. Coleman 1988: 103ff).

wichtig zu untersuchen, woher diese abstrakte Bereitschaft kommt, anderen zu vertrauen. Als Antwort werden innerhalb des Generalized-Trust-Ansatzes zwei Erklärungsansätze angeboten. Der erste Strang operiert an Erik Erikson anschließend individualpsychologisch. Da er in politikwissenschaftlichen Fragestellungen jedoch nicht weiter führt, wird er hier vernachlässigt. Der zweite Strang, also jener, der von den psychischen Dispositionen abstrahiert und vielmehr die Kontexte sozialer Interaktion – insbesondere die sie umrahmenden institutionellen Strukturen – berücksichtigt, soll hier jedoch näher dargestellt werden. Dies erfolgt mit Hilfe eines Vorschlags von Offe. Er verweist auf die Ausbildung von generalisiertem Vertrauen in den Institutionen des liberal-demokratischen Rechtsstaats. Institutionen leisten ihm zufolge einen zentralen Beitrag zum zwischenmenschlichen Vertrauen. Sie sollen eine Orientierung an gemeinsamen Werten ermöglichen, die über individueller Einstellungen hinausgehen und mit Hilfe derer das Vertrauen zwischen den Bürger des jeweiligen Gemeinwesens gestärkt werden kann (vgl. ebd. 2005: 57). Laut diesem Ansatz von Offe leisten Institutionen einen wichtigen Beitrag zum zwischenmenschlichen Vertrauen. In einem nächsten Schritt soll daher eine weitere Perspektive und ein weiterer Indikator des Sozialkapitals untersucht werden: das Vertrauen in die Institutionen.

4.2.3. Das Vertrauen in die Institutionen

Da das Vertrauen in die Institutionen eine Form des politischen Vertrauens darstellt (vgl. Zmerli 2004: 230), soll hier zunächst die Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Merkmale des politischen Vertrauens gelenkt werden. In den 60er Jahren, vornehmlich nach der Veröffentlichung von David Eastons „A System Analysis of Political Life“ (1965) rückte das Konzept des politischen Vertrauens in den Hintergrund der sozialwissenschaftlichen Diskussion und wurde durch das Konzept der Politischen Unterstützung ersetzt. Die wichtigen empirischen Studien über das Vertrauen in die Regierung und in politische und gesellschaftliche Institutionen erfolgten schließlich in den 70er und 80er Jahren im Kontext des Konzeptes der Politischen Unterstützung. Diese Situation änderte sich jedoch zu Beginn der 90er Jahre wiederum, als Robert Putnam sein Buch „Making democracy work“ (1993) veröffentlichte. Die durch „Trust“ geförderte Kooperation der BürgerInnen in der „Civil society“ oder „Civic community“ war nach Putnam der maßgebliche Faktor für die „Institutional performance“ eines demokratischen Systems. Seit dem Erscheinen von „Making democracy work“ erlebte das Konzept des politischen Vertrauens eine Renaissance und

drängte dabei das Konzept der Politischen Unterstützung in den Hintergrund (vgl. Fuchs/Gabriel/Völkl 2002: 428f).

In einer Begriffsbestimmung von Levi und Stoker wird ersichtlich, dass ein wichtiger Teil des politischen Vertrauens eben das Vertrauen in die Institutionen ist. Denn politisches Vertrauen stützt sich „auf eine positive Bewertung derjenigen Merkmale, die politischen Institutionen Vertrauenswürdigkeit verliehen. Hierzu zählen Glaubwürdigkeit, Fairness, Kompetenz, Transparenz des politischen Handelns sowie Aufgeschlossenheit gegenüber konkurrierenden Meinungen. Politisches in Form von institutionellem Vertrauen beruht aber auch auf der persönlichen Überzeugung, dass Institutionen weder willkürlich noch diskriminierend agieren, sondern vielmehr allen Bürgern eine gleiche, faire und gerecht Behandlung zukommen lassen“ (Zmerli 2004: 230). Anlehnend an diese Definition können insgesamt zwei bzw. drei Dimensionen politischen Vertrauens identifiziert werden, so Gabriel et al. Diese sind das Vertrauen in parteipolitische oder staatliche Institutionen wie Regierungen, Parteien, das Parlament und Politiker generell sowie das Vertrauen in regulative oder auch so genannte Output-Institutionen wie den Verfassungsgerichtshof, die Polizei, die Gerichte sowie die Behörde. Sofern entsprechende statistische Daten verfügbar sind, sollte auch das Vertrauen in kommunale Institutionen wie Ämter, die Stadtverwaltung, die Bürgermeister, den Gemeinderat und die Kommunalpolitiker in die empirische Analysen einbezogen werden. Dazu kann noch eine weitere Dimension politischen Vertrauens, so van Deth, identifiziert werden, nämlich die des Vertrauens in externe politische Akteure. Diese Dimension umfasst einerseits internationale bzw. supranationale politische Institutionen, andererseits aber auch Institutionen und Akteure, deren politisches Handeln insbesondere auf den Schutz nationaler oder territorialer Integrität gerichtet ist, beispielsweise die Europäische Union, die Vereinten Nationen, aber auch die nationalen Armeen (vgl. ebd.). Diese mehrdimensionale Analyseebene des politischen Vertrauens deutet darauf hin, dass es in modernen Gesellschaften einen zentralen Stellenwert innehat. Darüber hinaus gewinnt politisches Vertrauen in den Subsystemen der modernen Gesellschaften sehr häufig eine politische Komponente, da es sich - wie es Sztompka veranschaulicht - auf unterschiedliche Elemente des politischen Systems bezieht wie beispielsweise auf einzelne Politiker, auf die Politiker bestimmter Parteien, auf Politiker allgemein als bestimmte Sozialkategorie, auf Parteien oder Verbände als Organisationen, auf die Institutionen oder auch auf die politische Herrschaftsordnung in ihrer Gesamtheit (vgl. Sztompka 1999: 41ff).

Das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie, das im Mittelpunkt dieses Kapitels steht, lässt sich der Ebene der Staatlichkeit zuordnen (vgl. Schmitt-Beck/Rohrschneider 2004:

238). Es gewann mit der Veröffentlichung von „Making democracy work“ von Putnam und zuvor durch eine Rede von Präsident Carter an die Nation in den 80er Jahre an Bedeutung, als Carter das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen zum Thema machte (vgl. Gabriel et al. 2002: 183). Mit dem Vertrauen in die Institutionen wurde die Vertrauenskategorie ausgedehnt, was jedoch auch kritisch betrachtet wurde. So stellte Mark E. Warren in seiner Publikation „Democracy & Trust“ Folgendes fest: „Behind the question what it might mean to trust government is the even more generic question of what it means, if anything, to trust an institution. The answer is not obvious, not least because (...) the *core* trust relation is interpersonal. Whatever it means to trust an institution is somehow scaled up from the domain of socially thick, face-to-face relations“ (Warren 1995: 348, zitiert nach: Fuchs/Gabriel/Völkl 2002: 428). Auf der anderen Seite, vertritt Offe (1999) die Position, dass das Vertrauen in Institutionen jene Art von Vertrauen ist, die in komplexen Gesellschaften notwendig und angemessen ist. Vertrauen in die Institutionen meint bei Offe dabei die Legitimität der Institutionen (vgl. Fuchs/Gabriel/Völkl 2002: 434). Rohrschneider und Schmitt-Beck schlagen vor, institutionelles Vertrauen, als eine Form politischen Vertrauens, „auf einem Kontinuum zwischen konstitutionellen Idealen einerseits und der Bewertung der Regierungsperformanz andererseits zu verorten. Institutionenvertrauen ist demzufolge sowohl in Präferenzen und Bewertungen demokratischer Verfassungen als auch in die Zufriedenheit mit der demokratischen Performanz und der Bewertung der Regierungsarbeit eingebettet“ (Zmerli 2004: 230). Auch Newton und Norris heben die Bedeutung des Vertrauens in die Institutionen hervor. Mit diesen Institutionen bezeichnen sie die grundlegenden Säulen der Gesellschaft. „If they begin to crumble, then there is, indeed, cause for concern. Furthermore, many observers argue that in our large-scale and impersonal modern world, social and political stability and integration increasingly depend on confidence in institutions rather than trust in individuals, so vibrant institutions matter more to contemporary democracies that does the quality of interpersonal relations among citizens“ (Newton/Norris 2000: 53). Wenn das Vertrauen in die Institutionen schwankt, ist demnach Grund zur Sorge: Gerade in unserer (post-)modernen, unpersönlichen Welt sei - so Newton und Norris - die soziale und politische Stabilität ohne das Institutionenvertrauen in Gefahr. Es sei sogar noch bedeutsamer als das zwischenmenschliche Vertrauen zwischen den einzelnen Bürgern.

4.3. Der Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie

Da im Rahmen der kulturellen Dimension des Sozialkapitals die Einstellung zur Demokratie als ein Indikator für das Sozialkapital gilt und da er im empirischen Teil dieser Arbeit in Bezug auf Kroatien untersucht wird, seien im Folgenden die theoretischen Grundlagen hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Sozialkapital und Demokratie dargestellt.

Zunächst wird der Demokratiebegriff, auf den sich die Diskussion in diesem Kapitel bezieht, bestimmt. In der vergleichenden Demokratieforschung und der politischen Theorie sind eine Reihe von Demokratiebegriffe vorhanden, wie beispielsweise: direkte Demokratie, repräsentative Demokratie, Konkurrenzdemokratie, Mehrheitsdemokratie, Konkordanzdemokratie, pluralistische Demokratie, Konsensdemokratie, parlamentarische Demokratie, plebiszitäre Führerdemokratie, soziale Demokratie, demokratischer Sozialismus, ökonomische Demokratie, präsidentiale Demokratie und radikale Demokratie (vgl. Frevel 2009: 10). Die theoretischen Ausführungen in diesem Kapitel werden sich auf die parlamentarische Demokratie beschränken. Ihre wichtigsten Charakteristika sind, dass Amtsdauer und Amtsführung der Regierung grundsätzlich vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig ist. In ihr hat die Parlamentsmehrheit das Recht, die Regierung abzurufen. Gewöhnlich sind in diesem System die Verbindungen zwischen der Parlamentsmehrheit und der Regierung eng (vgl. Merkel 1999: 219). Verschiedene Demokratiebegriffe deuten darauf hin, dass Demokratien institutionelle Formen des politischen Lebens sind, „die nicht mehr und vor allem nicht weniger enthalten als die Garantie befristeter, unter fairen Wettbewerbsbedingungen erlangter Herrschaftsbefugnisse repräsentativer Akteure, deren Handeln (...) an Gewaltenteilung und Gesetz gebunden [ist] und weiterhin durch die Freiheitsrechte der Bürger begrenzt [wird], wobei alle volljährigen Bürger auf der Grundlage gleicher Rechte kommunizierend und entscheidend am politischen Prozess teilnehmen können“ (Offe 1990: 120f).

Es wird in einem ersten Schritt das Ziel sein, zu untersuchen, in welchem Zusammenhang Sozialkapital und Demokratien stehen. Einen ersten Einblick in diesen Zusammenhang liefert schon der Titel der Putman'schen Publikation „Making democracy work“. Sozialkapital ist demnach der Faktor, der die Demokratie „zum Laufen“ bringt, wie der programmatische Titel des Werkes anzeigt. Coleman und Putnam sind dabei zwei wichtige Autoren, die in der neueren sozialwissenschaftlichen Diskussion die theoretische und praktische Bedeutung des

sozialen Kapitals für die gesellschaftliche und politische Entwicklung moderner Demokratie betont haben. Die wichtigste Frage, mit der sich Putnam in „Making democracy work“ befasst, bezieht sich eben auf das qualitätsvolle Funktionieren der demokratischen politischen Institutionen. Aufgrund der Ergebnisse seiner Untersuchungen kam er zum Schluss, dass in der Erreichung dieses Zieles dem Sozialkapital eine besondere Stellung gebührt. In seinem zweiten Buch „Bowling alone“ überprüft Putnam, ob seine Erkenntnisse hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Sozialkapital und Demokratie in Italien auch für die USA gelten. Im Fall der USA haben seine Untersuchungen zunächst gezeigt, dass das Niveau des Sozialkapitals nicht in jedem Staat gleich hoch ist, aber auch hier die kausalen Verhältnisse zwischen dem Sozialkapital und Demokratie herrschen. Dabei korreliert das höhere Niveau des Sozialkapitals mit der höheren Bereitschaft zur sozialen Partizipation. Weitere Autoren wie Pippa Norris und Ronald Inglehart haben den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie empirisch untersucht. Pippa Norris ist in ihrer Untersuchung des „World Values Survey“ (1995) dabei zu dem Schluss gekommen, dass die kulturelle Dimension des Sozialkapitals mit der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur sowie mit dem sozio-wirtschaftlichen Progress zusammenhängt. Einen Zusammenhang zwischen dem Sozialkapital und der Demokratie haben auch Ronald Inglehart und Stephen Knack festgestellt (vgl. Šalaj 2007: 65ff). Inglehart diagnostiziert auf der Basis eines breiten interkulturellen Vergleichs eine starke Korrelation zwischen dem interpersonalen Vertrauen und der Dauerhaftigkeit der Demokratie auf der Aggregationsebene (vgl. Schmitt-Beck/Rohrschneider 2004: 246). Bei der Analyse des Sozialkapitals hinsichtlich seiner unterstützenden Wirkung auf die Demokratie ist es wichtig, so Gabriel et al., die Einstellung zu einer demokratischen Herrschaftsordnung und die Zufriedenheit mit dem aktuellen Zustand bzw. der Performanz der Demokratie gesondert zu betrachten (vgl. Gabriel et al. 2002: 198).

In einem zweiten Schritt steht das Verhältnis zwischen Demokratie und dem Vertrauen als einem wichtigen Indikator des Sozialkapitals in Vordergrund. Dabei wird insbesondere dem Misstrauen und der Demokratie Aufmerksamkeit geschenkt. Wie Freitag und Bühlmann hervorheben, steht aus politikwissenschaftlicher Perspektive die Wirkung des Vertrauens auf die Funktions- und Leistungsfähigkeit von Demokratie im Vordergrund (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 576). Offe hält hier die Tatsache für symptomatisch, dass in den internationalen Sozialwissenschaften der 90er Jahre der Begriff „Vertrauen“ und die Untersuchung der Beziehung zwischen Demokratie und Vertrauen einen markanten Aufstieg erlebt haben. „Dabei geht es nicht um die traditionelle Frage, wie viel Vertrauen das Staatsvolk seinen politischen Führungsgruppen und Amtsinhabern entgegenbringt (...),

vielmehr geht es um die 'horizontale' Frage, ob Bürger ihren Mitbürgern mit Vertrauen (d.h. mit einer generalisierten und einigermaßen robusten Unterstellung von Wohlwollen und Urteilskompetenz) begegnen“ (Offe 1990: 127).

Die demokratischen Institutionen können dazu beitragen, dass das Vertrauen zwischen den Bürger entsteht. Das können sie erreichen, indem sie dafür sorgen, dass Verletzungen von Rechten und Verstöße gegen die Norm der Wahrhaftigkeit gegebenenfalls nicht verborgen bleiben. Bei Offe heißt es dazu: „Das Vertrauen der Bürger in die politischen Eliten und in die 'fremden' Mitbürger ist der Zustand, der eintritt, wenn diese Organe kritischer Beobachtung ungehindert agieren können und dennoch nicht kontinuierlich negative Befunde hervorbringen – jedenfalls nichts, was Nahrung bieten könnte für verallgemeinerbares Misstrauen“ (ebd.: 128). Die wichtige Beziehung zwischen dem Vertrauen und der Demokratie bezieht sich also auf das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Newton und Norris ergänzen diesbezüglich, dass „an erosion of confidence in the major institutions of society, especially those of representative democracy, is a far more serious threat to democracy than a loss of trust in other citizens or politicians“ (Newton/Norris 2000: 52).

Eine Erosion des Vertrauens, das Misstrauen also, gewinnt eine wichtige Stellung im Kontext eines erfolgreichen Funktionierens der Demokratien, obwohl das nach einem Widerspruch zur Definition der Demokratie klingt, die ja besagt, dass die Demokratie eine auf Vertrauen basierende Staats- und Herrschaftsform sei. Jedoch ist die Demokratie auch darauf angewiesen, Misstrauen zu institutionalisieren. Viele Institutionen und institutionalisierte Verfahren und Prozeduren werden von etlichen liberalen Theoretikern als eine Institutionalisierung von Misstrauen gewertet (vgl. Schaal 2004: 167). Wenn man die historischen und intellektuellen Ursprünge der Demokratie ansieht, zeigt sie sich als ein System des institutionalisierten Misstrauens in die jeweiligen politischen Herrschaftsträger. Warren drückt dies mit folgendem Zitat aus: „Liberalism, and then liberal democracy, emerged from the distrust of traditional political and clerical authorities. Liberal innovations were aimed at checking the discretionary powers implied in trust relations. More democracy has meant more oversight of and less trust in authorities“ (Warren 1999: 1, zitiert nach: Schmitt-Beck/Rohrschneider 2004: 238). Sztompka nennt insgesamt zehn fundamentale Prinzipien der Demokratie, die das institutionalisierte Misstrauen umfassen. Diese sind: „the principle of legitimacy; the principle of periodical elections and terms of office; the principle of division of powers, checks, and balances and limited competence of institutions; the principle of the rule of law and independent courts; the principle of constitutionalism and juridical review; the principle of due process; the principle of civic rights; the principle of law

enforcement; the principle of open communication; the principle of community politics“ (Sztompka 1999: 140ff). Aus der dargestellten theoretischen und ideengeschichtlichen Perspektive wird ersichtlich, dass auch das Misstrauen einen konstitutiven Teil im Verhältnis zur Demokratie einnimmt. Jedoch unterscheidet sich dieses Misstrauen wesentlich von jenem, das zur starken Senkung des Sozialkapitals führt.

Das schon angesprochene Thema des Vertrauens in die politischen Institutionen wird nun in einem dritten Schritt erörtert. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist eine Voraussetzung für den Bestand repräsentativer Demokratien (vgl. Fuchs/Gabriel/Völkl 2002: 427). Im Kontext der allgemeinen Renaissance des politikwissenschaftlichen Interesses für die politisch-kulturellen Fundamente der Demokratie, die unter anderem als Reaktion auf die „dritte Welle der Demokratisierung“ in den 90er Jahren in Gang gekommen ist, hat auch die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit dem Thema des politischen Vertrauens einen Aufschwung genommen (vgl. Schmitt-Beck/Rohrschneider 2004: 235f). Doch schon zuvor in den 1970er Jahren sahen zahlreiche Politiker und Wissenschaftler das Ende demokratischer Regierungssysteme heraufziehen. Diese Haltung haben gesellschaftliche Wandlungsprozesse, wirtschaftliche Instabilität sowie politische Krisen und Antagonismen ausgelöst. Diese Besorgnis gipfelte Mitte der 1970er Jahre in einem Bericht an die „Trilateral Commission“ mit dem Titel „The Crisis of Democracy“, der weltweit Beachtung fand und sowohl Ursachen der demokratischen Krise in den USA, Europas und Japans aber auch Entwicklungsperspektiven aufzeigte. „Der starke Rückgang politischen Vertrauens wurde zu diesem Zeitpunkt als einer der wesentlichen Begleitungsumstände dieser demokratischen Krisen diagnostiziert“ (Zmerli 2004: 229; Newton/Norris 2002: 52). Für demokratische Regierungssysteme ist es von zentraler Bedeutung, dass sie eine breite Unterstützung seitens der Staatsbürger haben. Politische Unterstützung wiederum kann auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht werden. Sie reicht von verschiedenen Formen politischer Teilhabe bis hin zu individuellen politischen Orientierungen, wie z.B. politischem Vertrauen. Dabei wird überwiegend angenommen, dass in Demokratien ein Mindestmaß an politischem Vertrauen seitens der Bürger unerlässlich ist, um politischen Akteuren die notwendige Handlungsfreiheit einzuräumen. Zmerli macht hier aber auch auf das Problem aufmerksam, dass „obwohl politischem Vertrauen anerkanntermaßen eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung politischer Prozesse zugestanden wird, (...) zu dieser Forschungsthematik bislang noch keine umfassenden und empirisch überprüfbaren Theorien erarbeitet worden [sind]. Dem kann man aber verschiedene demokratietheoretische Ansätze entgegenhalten, die politischem Vertrauen eine unterschiedliche Gewichtung zuweisen“ (Zmerli 2004: 229).

So wird im Rahmen der „Theorie demokratischer Elitenherrschaft“ eine möglichst breite Basis an politischem Vertrauens vorausgesetzt. Im „liberalen Ansatz“ wird öffentliches politisches Misstrauen als wirkungsvolles Instrument gegen Machtmissbrauch der gewählten Vertreter gesehen. Die Vertreter des „dritten Ansatzes“ nehmen eine Mittelposition zwischen diesen beiden Bewertungen politischen Vertrauens ein. Die politische Kultur einer demokratischen Gesellschaft soll durch ein Mischungsverhältnis zwischen politischem Vertrauen und Misstrauen geprägt sein (vgl. ebd.). Eng mit dem Vertrauen in die politischen Institutionen ist auch das zwischenmenschliche Vertrauen verwoben. Die Vertrauensforschung vertritt die Position, dass von dieser Art des Vertrauens Performanz und Stabilität demokratischer Prozesse abhängt (vgl. Fuhse/Schaal 2005: 54). Dasselbe kann man auch für das generalisierte Vertrauen sagen, denn es hat vor allem demokratietheoretische Bedeutung. So bildet nach Seubert das generalisierte Vertrauen die Grundlage für politisches Vertrauen in der Demokratie. Damit ist das vertikale Vertrauen gegenüber politischen Eliten bzw. das Vertrauen in Institutionen gemeint (vgl. Seubert 2009: 193). Es gibt mehrere Gründe für die demokratietheoretische Bedeutung des generalisierten Vertrauens. Hier werden nur einige angeführt. Sztopka erörtert, dass eine verbreitete Haltung des Vertrauens menschliches Handlungsvermögen mobilisiert. Interaktionen sind frei von Angst und durch Offenheit und Spontaneität gekennzeichnet (vgl. Sztopka 1997: 9f). Im generalisierten Vertrauen zeige sich eine inklusive und tolerante Einstellung gegenüber der Öffentlichkeit als Ganze. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für kooperatives Verhalten im Allgemeinen. Denn die Bereitschaft Beziehungen einzugehen erhöht die Chancen auf produktiven sozialen Austausch, die Bürger können ihre Kräfte bündeln und in politischen Gruppen und Initiativen zusammenzukommen (vgl. Seubert 2009: 193).

Anhand der hier dargestellten theoretischen Ausführungen wurde ersichtlich, dass ein starker Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie besteht. Im Rahmen des Sozialkapitals haben insbesondere seine Indikatoren in der kulturellen Dimension, also Vertrauen und generalisiertes Vertrauen, eine demokratietheoretische Bedeutung. Aber dasselbe kann auch für den Einfluss der demokratischen Institutionen auf die Produktion des Sozialkapitals gesagt werden. Dieser Punkt wird insbesondere im empirisch-quantitativen Teil dieser Arbeit erforscht, wenn es zu herausfinden gilt, ob das Vertrauen in die demokratischen Institutionen, insbesondere die parteistaatlichen (Regierung, Parlament und Parteien) und rechtsstaatlichen (Polizei und Justizsystem), das Sozialkapital bzw. das generalisierte Vertrauen fördern kann oder nicht.

4.4. Exkurs: Die Kategorie „Vertrauen“ in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen

Der Begriff „Vertrauen“ wird in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen thematisiert und wird beispielsweise in der Anthropologie, der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie, der Philosophie, der Pädagogik oder der Wirtschaftswissenschaften aufgegriffen. Trotz dieser Vielfalt lassen sich unabhängig von den Akzentuierungen der jeweiligen Disziplinen allgemeine Begriffsbestimmungen zum Vertrauen vornehmen. So stellen beispielsweise Stefan Busse und Christine Schierwagen in der Europäische Enzyklopädie zur Philosophie das Vertrauen als einen hoffnungsvollen Aspekt dar: „Vertrauen kann als eine positive Erfahrung, als ein Aspekt der Hoffnung erlebt werden, der sich auf zuverlässiges, glaubwürdiges und wohlwollendes Verhalten des anderen Menschen bezieht. Es wird vom Vertrauensnehmer ein gewissenhaftes Handeln erwartet, auf seine Fähigkeit, seine guten Absichten gezählt, seinen Worten geglaubt und daher Vertrauen entgegengebracht. Vertrauen setzt verantwortliches Handeln der beiden Beteiligten voraus, wird gefühlsmäßig positiv erlebt und kann somit auch als eine wichtige soziale Ressource in der Wirtschaft bezeichnet werden“ (Busse/Schierwagen 1990: 719).

Der Begriff „Vertrauen“ hat eine lange Geschichte, die bis in die Antike reicht. Eine Reihe von antiken Autoren wie etwa Demokrit, Gorgias, Aristoteles, Cicero, und Seneca haben sich mit dem Vertrauen auseinander gesetzt. Die antiken Ansätze wurden in der Neuzeit weiterentwickelt. Die bekanntesten Autoren sind hier Thomas Hobbes, Johann Gottlieb Fichte, Gottfried W. F. Hegel und Immanuel Kant (vgl. Gloyna 2001: 986ff). Im 20. Jahrhundert wurde das Vertrauen insbesondere von Otto Friedrich Bollnow und Nicolai Hartmann untersucht. Sie sahen das Vertrauen als einen wesentlichen Faktor für das menschliche Zusammenleben an. In den philosophischen, juristischen und staatswissenschaftlichen Schriften wurde das Vertrauen schon im 17. Jahrhundert untersucht. Seit Beginn der Moderne wurde es als Ressource politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Kommunikation verstanden (vgl. Frevert 2002: 39). Niklas Luhman hat darauf hingewiesen, „dass Vertrauen in den europäischen Sprachen beginnend mit dem 16. Jahrhundert in dem heute üblichen Wortsinn Einzug gehalten hat“ (vgl. Schaal 2004: 17). Die Entwicklung des Vertrauensbegriffs erfolgte mit der Zeit im Rahmen der alten und auch der neu konstituierten Disziplinen.

In der Soziologie wird der Horizont des Vertrauens von Welt- und Personenvertrauen hin zum Institutionen- und Systemvertrauen erweitert. Es wird dabei u.a. untersucht, wozu

Individuen und Gesellschaften Vertrauen brauchen, wie dieses wirkt und wie es sich im sozialen Wandel ändert (vgl. Seligman 1997). Innerhalb der Soziologie hat Simmel bereits vor mehr als 100 Jahren in einer Vielzahl von Essays auf die Relevanz des Vertrauens für die Integration moderner Gesellschaften hingewiesen. Die Diskussion zielte dabei auf die integrative Kraft des Vertrauens ab. Simmel konnte in seinen Untersuchungen ein hohes Differenzierungsniveau in Bezug auf das Vertrauen erreichen. Er unterschied zwischen Vertrauen als „Glauben“, Vertrauen als „Wissensform“ und Vertrauen als „Gefühl“. Innerhalb dieser Unterscheidungen findet sich die Definition, dass Vertrauen eine „Hypothese künftigen Verhaltens [ist], die sicher genug ist, um praktisches Handeln darauf zu gründen“ (Schaal 2004: 25). Durkheim hat in seiner kritischen Diskussion von Hobbes' Vertragstheorie darauf hingewiesen, dass gerade die nicht-kontraktuellen Aspekte der Bindungswirkung von Verträgen zur Akzeptanz des Gesellschaftsvertrags durch die Bürger führen. Dieses Argument wird von Tönnies zugespitzt, indem Kontrakte bei ihm ausschließlich auf Vertrauen und Glauben beruhen (vgl. ebd.: 25).

In der Politikwissenschaft kann man zwischen dem Vertrauensdiskurs in den 1970er Jahren und dem aktuellen Diskurs unterscheiden und dementsprechend von einem Neubeginn der Vertrauensforschung in der Politikwissenschaft sprechen. Der Unterschied zwischen den beiden Diskursen kann auf folgende Weise zusammengefasst werden: Während die Vertrauensfrage in den 1970er Jahren vor allem an die Legitimationsfrage politischer Herrschaft gekoppelt war, wird in den 1990er Jahren „Vertrauen einerseits unter Gesichtspunkten demokratischer Performanz analysiert, andererseits wird es als Mikrofundierung gesellschaftlicher und demokratischer Ordnung wahrgenommen. Der Neubeginn der Vertrauensdiskurses erfolgte 1993 mit einem Paukenschlag: Robert Putnams 'Making democracy work' führte Vertrauen als Teil des Social Capital Konzepts ein und rückte es somit in den Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Analyse“ (ebd.: 24).

In der Theologie ist der Begriff des Vertrauens ein wichtiger Begriff, der sowohl das Alte als auch das Neue Testament prägt. Vertrauen ist in diesem Kontext eine existentiellen Kategorie, denn die Sicherheit des Bundesverhältnisses basiert eben auf der Treue Gottes sowohl im alttestamentlichen Bund (Moses) als auch im neutestamentlichen Bund (Jesus). Das Vertrauen ist dabei ein wichtiger Bestandteil dieses Verhältnisses. Deswegen steht das Vertrauen in einem engen Verhältnis zum Glauben. Thomas von Aquin sieht das Vertrauen eng mit der Hoffnung verknüpft, das für den Menschen als gesellschaftliches Wesen notwendig ist. Bei Martin Luther wird das Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes bezogen

(vgl. Luther 1964: 722). Im 20. Jahrhundert haben insbesondere die Theologen Wohlfhart Pannenberg und Hans Küng das Vertrauen aufgegriffen.

In der Psychologie kommt das Vertrauen im Rahmen der Entwicklungs-, der Persönlichkeits-, der Sozial- und der Klinischen Psychologie vor. In der Pädagogik wird das Vertrauen zur Basis von Verbindungen, Partnerschaften, Beziehungen, die teilweise aber auch von Abhängigkeiten bestimmt sind, wie etwa beim Lehrer-Schüler-Verhältnis oder in Eltern-Kind-Beziehungen (vgl. Köck 2008: 542).

Im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften wird das Vertrauen ebenso berücksichtigt. Gerade in der Wirtschaftskrise hat es wieder an Aktualität gewonnen. In diesem Kontext wurde ersichtlich, dass das Vertrauen eine grundsätzliche Voraussetzung für die Wirtschaft ist. Das für das wirtschaftliche Handeln erforderliche Vertrauen wird insbesondere im Rahmen der Wirtschaftsethik thematisiert. Dass Vertrauen eine wichtige, wenn nicht sogar die entscheidenden Ressource im Wirtschaftsleben ist, welches gleichzeitig auch eine ethische Reflexion erforderlich macht, zeigte sich konkret in der US-amerikanischen Bankenkrise: Als die große US-amerikanische Bank Lehman Brothers plötzlich Insolvenz anmeldete, löste dies einen Schock in der Finanzwelt aus. Die Insolvenz brachte hohe Verluste für die Geschäftspartner des Instituts mit sich und war mitverantwortlich für die aktuelle große Finanzkrise. Im Folge dieser weltweiten Krise brach das Vertrauen gegenüber den Banken massiv ein (vgl. Gabriel 2010: 112ff). Der Verlust des Vertrauens hatte reale Auswirkungen auf die ökonomische Lage der Weltwirtschaft. Damit wird der Begriff des Vertrauens zu einer wichtigen Koordinate, die im Rahmen der Wirtschaftswissenschaft mehr und mehr - nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung in der Wirtschaftskrise - berücksichtigt wird, da sie konkrete realökonomische und messbare Auswirkungen mit sich bringt.

V. Die Operationalisierung des Sozialkapitals durch seine kulturelle Dimension: Kroatien von 1995 bis 2009

5.1. Methodologische Vorbemerkungen

Die folgende Analyse basiert auf den Daten internationaler Untersuchungen, konkret des „World Values Survey“ (1995), der „European Values Study“ (1999 und 2008), des „European Social Survey“ (2009) sowie einer kroatischen Untersuchung mit dem Titel „Wahlen 2003“ (N=1153).¹⁴ Da die Operationalisierung des Sozialkapitals durch seine kulturelle Dimension aufgrund der vorhandenen Untersuchungen erfolgt, wird der Zeitraum der Untersuchung auf die Zeit von 1995 bis 2009 begrenzt. Der Grund dafür liegt darin, dass die erste Untersuchung, die die relevanten Variablen für die Operationalisierung des Sozialkapitals enthält, aus dem Jahre 1995 stammt und die letzten Untersuchungen dazu im Jahre 2009 durchgeführt wurden. Bei der Auswertung wurde mit nicht gewichteten Daten gearbeitet. Die Analyse erfolgt deskriptiv. Die Ergebnisse werden in Form von Diagrammen, konkret Balken- und Liniendiagrammen dargestellt. Da im Datensatz des „European Values Study“ (1999) die Variablen bezüglich des Vertrauens in die Regierung und die Parteien fehlen, konnten diese Angaben für das Jahr 1999 bei den Angaben zum Vertrauens in die parteistaatlichen Institutionen sowie dem generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2009 nicht dargestellt werden. Im Rahmen des „European Social Survey“ (2009) wurden in der Variable „Would you say that most people can be trusted or that you cannot be too careful in dealing with others?“ die Kategorien 7 bis 10 zu „most people can be trusted“ zusammen gefasst, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Alle Auswertungen in dieser Arbeit erfolgen aufgrund der sekundären Analyse der Daten. Die Ergebnisse der Untersuchung „Wahlen 2003“ werden nach Šalaj (vgl. Šalaj 2007) zitiert.

¹⁴ Diese Untersuchung wurde im Rahmen des wissenschaftlichen Projekts mit dem Titel: „Wahlen, Parteien und Parlament in Kroatien 2000-2010“ an der Fakultät für Politikwissenschaft in Zagreb unmittelbar vor den Parlamentswahlen im Jahre 2003 durchgeführt. Die genaueren Daten zu dieser Untersuchung sind in folgenden Publikationen zu finden: Šalaj, Berto (2007). Socijalni kapital. Hrvatska u komparativnoj perspektivi, Zagreb, 155f; Čular, Goran (2005). Izbori i konsolidacija demokracije u Hrvatskoj.

Für die internationalen Untersuchungen werden folgende Abkürzungen verwendet: WVS 1995=„World Values Survey“ (1995), EVS 1999=„European Values Study“ (1999), EVS 2008=„European Values Study“ (2008) und ESS 2009=„European Social Survey“ (2009). Die kroatische Untersuchung „Wahlen 2003“ wird mit dem gleichnamigen Titel bezeichnet.

5.2. Theoretische Vorbemerkungen: Horizontales und vertikales Vertrauen

Als theoretische Weiterführung des Kapitels 4.2. zur Kategorie „Vertrauen“ soll hier die Unterscheidung zwischen horizontalem und vertikalem Vertrauen eingeführt werden - mit dem Ziel, die theoretischen Grundlagen für die Auswertung der quantitativen Daten zu liefern. Beim Vertrauen, das im Rahmen des Sozialkapitals als Indikator behandelt wird, können vier bzw. in einer Zusammenschau zwei Beziehungen unterschieden werden.

Die erste Vertrauensbeziehung umfasst die horizontale Ebene zwischen den Bürgern und wird im Zivilgesellschaftsdiskurs und im Social-Capital-Ansatz diskutiert. Vertrauen gilt als wertvolle Ressource einer florierenden Demokratie. Zweitens kann auch auf der horizontalen Ebene eine Vertrauensbeziehung zwischen Rolleninhabern auf der systematischen Ebene identifiziert werden. Die dritte Vertrauensbeziehung bezieht sich auf die Bürger und die Rolleninhaber, d.h. die politischen und juristischen Institutionen. Die vierte Vertrauensbeziehung besteht zwischen den Rolleninhabern, d.h. den politischen und juristischen Institutionen und den Bürgern.

Die vier Vertrauensbeziehungen lassen sich zu zwei Gruppen zusammenfassen. Die erste Gruppe umfasst die ersten beiden Vertrauensbeziehungen und entsteht durch eine direkte Kooperationserwartung zwischen Bürgern oder Rollenträgern. Die zweite Gruppe umfasst die Vertrauensbeziehung drei und vier. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass die Vertrauensbeziehung in die Institutionen über Leitideen vermittelt wird (vgl. Schaal 2004: 162). In dieses Schema von vier bzw. zwei Vertrauensbeziehungen können generalisiertes Vertrauen und Institutionenvertrauen, die im Zentrum des Interesses dieses und des nächsten Kapitels stehen, eingeordnet werden. Generalisiertes Vertrauen fungiert hier sowohl als horizontales als auch als vertikales Vertrauen. Generalisiertes Vertrauen, das von Putnam (2000: 136) als „thin trust“ bezeichnet wurde, bezeichnet das anonyme Vertrauen zwischen einander unbekannten Menschen. Es wird Menschen geschenkt, die uns nicht vertraut sind und über deren Vertrauenswürdigkeit wir deshalb nichts wissen können. Generalisiertes Vertrauen umfasst nicht nur eine horizontale Dimension, also das Vertrauen in uns nicht bekannte Mitbürger der eigenen Stadt, der eigenen Region, des eigenen Landes oder der Europäischen Union, sondern auch eine vertikale Dimension, die sich auf die Repräsentanten politischer und gesellschaftlicher Institutionen bezieht (vgl. Kaina 2009: 188). Das Institutionenvertrauen fungiert als vertikales Vertrauen. Häufig wird dabei, wie schon bei Coleman ersichtlich, das gesamtgesellschaftliche Vertrauen daran gemessen, wie sehr die Befragten den einzelnen Institutionen vertrauen. Diese Art von diffusem, nicht

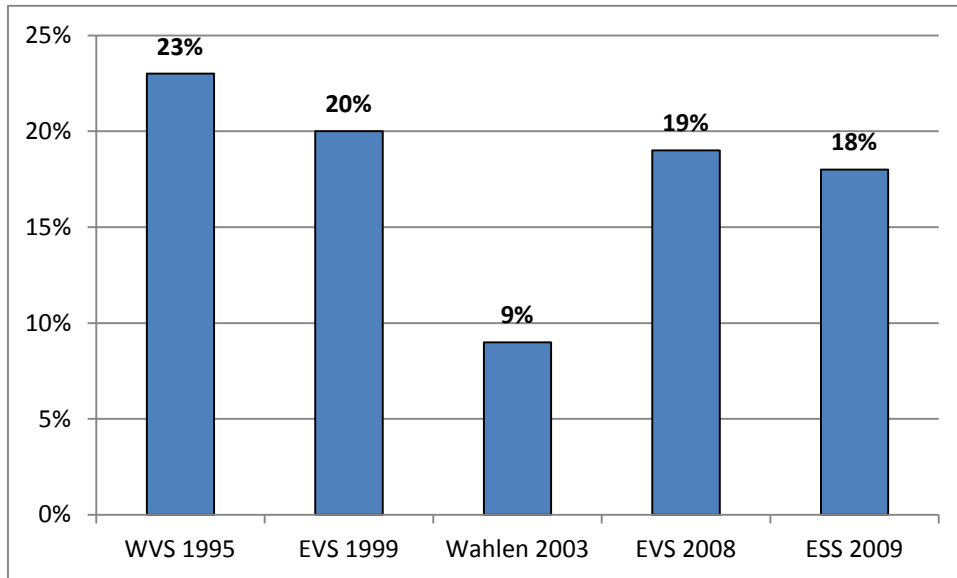
personenbezogenem Vertrauen unterscheidet sich von dem direkten, in Interaktionen entstehenden Vertrauen nicht in der Stärke, sondern in der Richtung (vgl. Haug 1997: 202). Die theoretische Erklärung des Zusammenhangs von horizontaler und vertikaler Dimension wird, so Seubert, „als noch ausstehende Forschungsaufgabe gesehen“ (Seubert 2009: 193). Von anderen Autoren wird dies jedoch wiederum in Frage gestellt, wie z.B. von Kenneth Newton (vgl. Pickel/Pickel 2006: 141). Da das generalisierte Vertrauen aber die Grundlage für das politische Vertrauen in der Demokratie bildet und damit eine demokratietheoretische Bedeutung hat, wird in dieser Arbeit bei der quantitativen Untersuchungen auch die Einstellung zur Demokratie als Indikator für das Sozialkapital mit einbezogen.

5.3. Generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2009

Generalisiertes Vertrauen überschreitet die Grenzen direkter Interaktion und bezieht auch nicht bekannte Personen mit ein. Es wird anhand der Frage: „Would you say that most people can be trusted or that you cannot be too careful in dealing with others?“ ermittelt. Die Untersuchungen, deren Ergebnisse in Bezug auf Kroatien hier ausgewertet werden, sind der „World Values Survey“ (1995), die „European Values Study“ (1999 und 2008), die Untersuchung „Wahlen 2003“ und der „European Social Survey“ (2009). In Bezug auf die Distribution des generalisierten Vertrauens und das Verhältnis zwischen generalisiertem Vertrauen und der Mitgliedschaft in Organisationen werden nur die Daten der „European Values Study“ (2008) berücksichtigt. Zunächst werden die Ergebnisse zur Entwicklungstendenz des generalisierten Vertrauens in Kroatien von 1995 bis 2009 dargestellt. Darauf folgt eine vergleichende Analyse zwischen Kroatien, den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien in Bezug auf das generalisierte Vertrauen. Schlussendlich wird sowohl die Distribution des generalisierten Vertrauens als auch das Verhältnis zwischen dem generalisierten Vertrauen und der Mitgliedschaft in den Organisationen beleuchtet.

5.3.1. Die Entwicklungstendenz des generalisierten Vertrauens in Kroatien von 1995 bis 2009

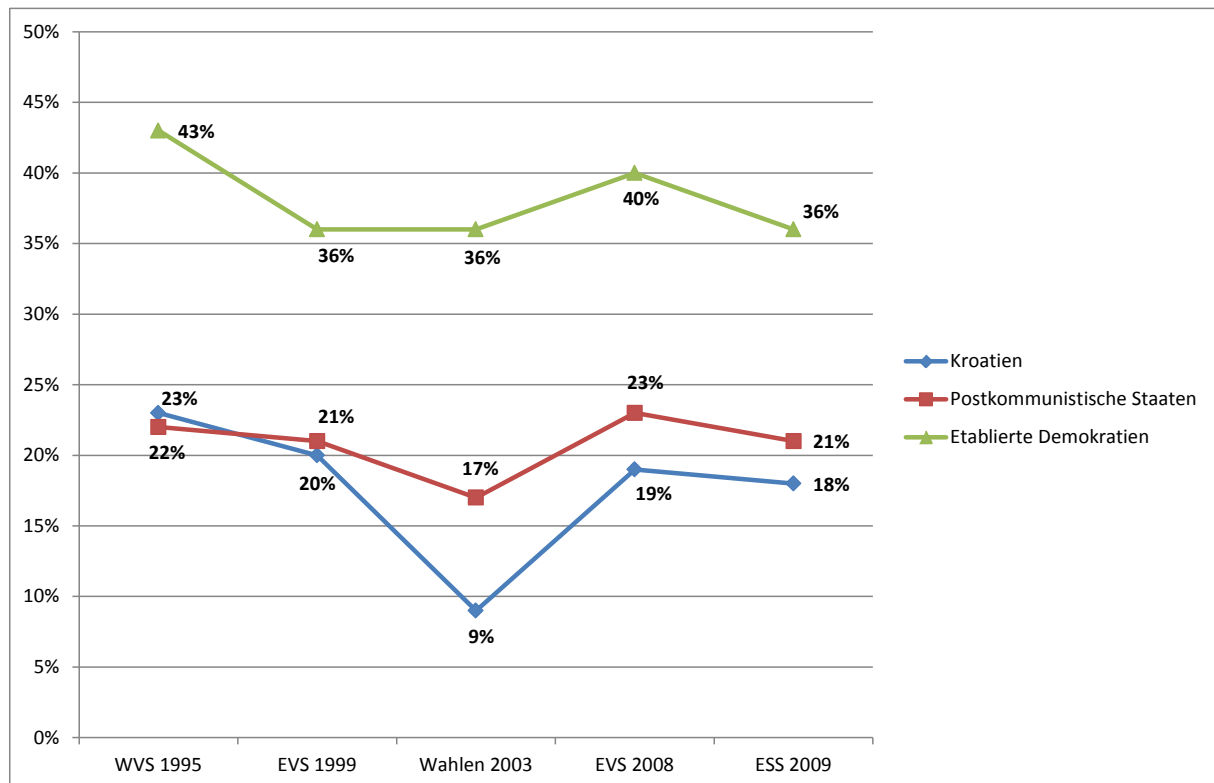
Diagramm 1: Die Entwicklung des generalisierten Vertrauens in Kroatien von 1995 bis 2009



Die ermittelten Daten machen deutlich, dass im Zeitraum von 1995 bis 2009 das generalisierte Vertrauen in Kroatien sank. 1995 äußerten 23% der Befragten, dass sie den anderen Menschen vertrauen. Nach vier Jahren ist dieser Prozentsatz um 3% auf 20% gesunken, um dann 2003 den niedrigsten Punkt von nur 9% zu erreichen. Die Ergebnisse von sowohl EVS 2008 als auch ESS 2009, zeigen, dass der Prozentsatz von derjenigen, die anderen Menschen vertrauen, zwar wieder stieg (auf einen Wert von 19% bzw. 18%), aber noch immer unter dem Prozentsatz von 1995 und 1999 lag. Daraus kann man schließen, dass sich der Trend einer defizitären Entwicklung, wie sie 2003 noch beobachtet werden konnte, nicht fortsetzte. Jedoch erreicht der Anstieg des generalisierten Vertrauens noch immer nicht die Werte von vor zehn und mehr Jahren.

5.3.2. Die Entwicklung des generalisierten Vertrauens in Kroatien, den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien von 1995 bis 2008/2009 – vergleichende Perspektive

Diagramm 2: Die Entwicklung des generalisierten Vertrauens in Kroatien, den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien von 1995 bis 2009 (WVS 1995, EVS 1999, Wahlen 2003, EVS 2008, ESS 2009).



Die Ergebnisse der vergleichenden Analyse zwischen Kroatien, postsozialistischen Ländern und etablierten Demokratien¹⁵ zeigen klar, dass jede Kategorie der Länder eine eigene Entwicklungstendenz aufweist. Schon im Jahr 1995 gab es – bezogen auf das generalisierte Vertrauen – einen wesentlichen Unterschied zwischen den etablierten Demokratien (43%), den postsozialistischen Ländern (22%) und Kroatien (23%). Im Jahre 1999 war noch eine Abnahme des generalisierten Vertrauens in allen Ländern zu verzeichnen,

¹⁵ Für die postsozialistischen Länder wurden in WVS (1995), EVS (1999 und 2008) folgende Länder ausgewählt: Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Mazedonien, Polen, Russland, Rumänien, Slowakei, Slowenien. Für die etablierten Demokratien wurden in WVS (1995), EVS (1999 und 2008) ausgewählt: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Deutschland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien.

Für die postsozialistischen Ländern wurden in ESS 2009 ausgewählt: Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Ungarn, Polen, Russland, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Ukraine. Für die etablierten Demokratien wurden in ESS 2009 ausgewählt: Spanien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Irland, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden.

sowohl in den etablierten Demokratien (36%), den postsozialistischen Ländern (21%) als auch in Kroatien (20%). Für das Jahr 2003 zeigen die Ergebnisse, dass der Prozentsatz an generalisiertem Vertrauen in den etablierten Demokratien stabil (36%) blieb, in den postsozialistischen Ländern und v.a. in Kroatien jedoch im Sinken begriffen war. Bei den postsozialistischen Ländern betrug der Anteil 17%, bei Kroatien nur 9%. Im Jahr 2008 war eine steigende Tendenz in allen Ländern zu verzeichnen.

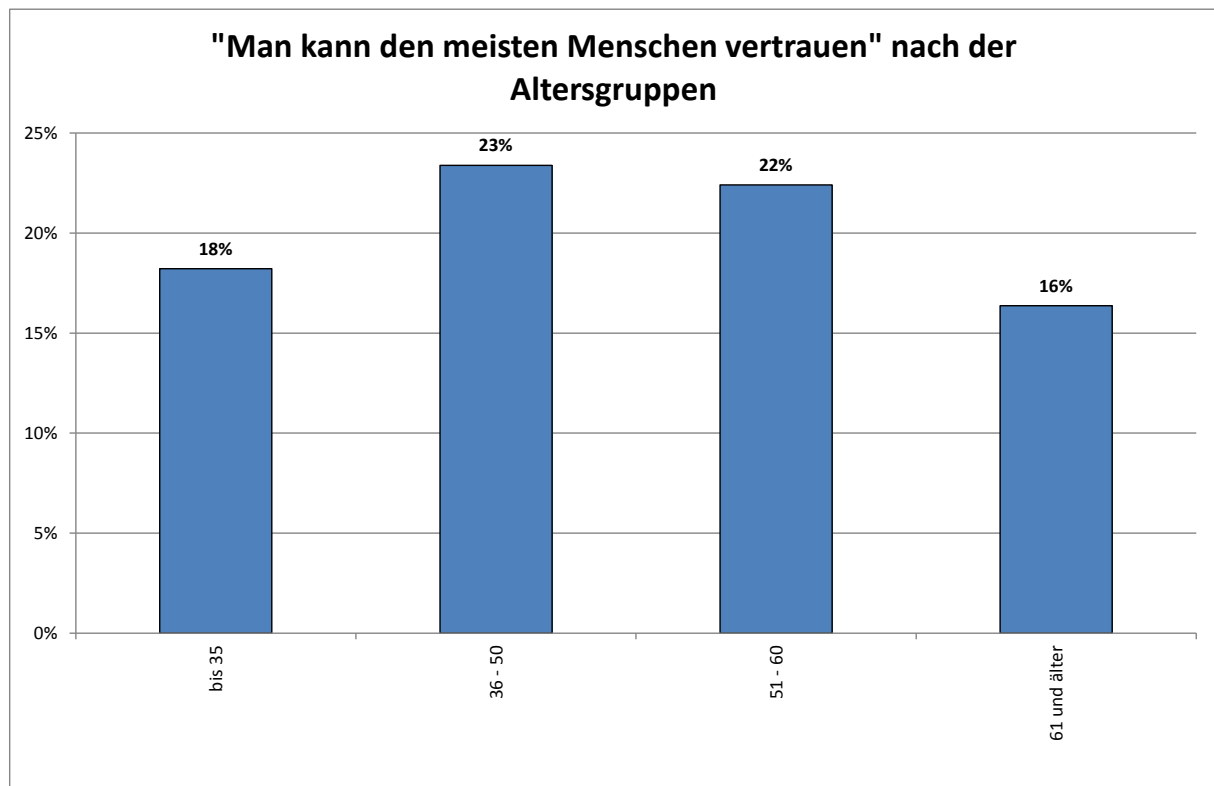
Aus den vorliegenden Daten kann geschlossen werden, dass erstens ein deutlicher Unterschied zwischen den etablierten Demokratien und den postsozialistischen Ländern und Kroatien besteht. Zweitens besteht dieser Unterschied auch innerhalb der Gruppe von postsozialistischen Ländern bzw. zwischen Kroatien und anderen untersuchten Ländern aus dieser Gruppe.

5.3.3. Die Distribution des generalisierten Vertrauens

Mit der Distribution des generalisierten Vertrauens ist seine Verteilung in der Gesellschaft gemeint. Da das Sozialkapital und generalisierte Vertrauen ein öffentliches Gut sind, gehören sie allen gesellschaftlichen Gruppen an. Hier stellt sich aber die Frage, ob es bestimmte Kategorien in der Gesellschaft gibt, die ein höheres Maß an generalisiertem Vertrauen aufweisen als andere. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Kategorien des Alters und der Bildung geschenkt. Alle ermittelten Daten stammen aus der „European Values Study“ von 2008.

5.3.3.1. Alter

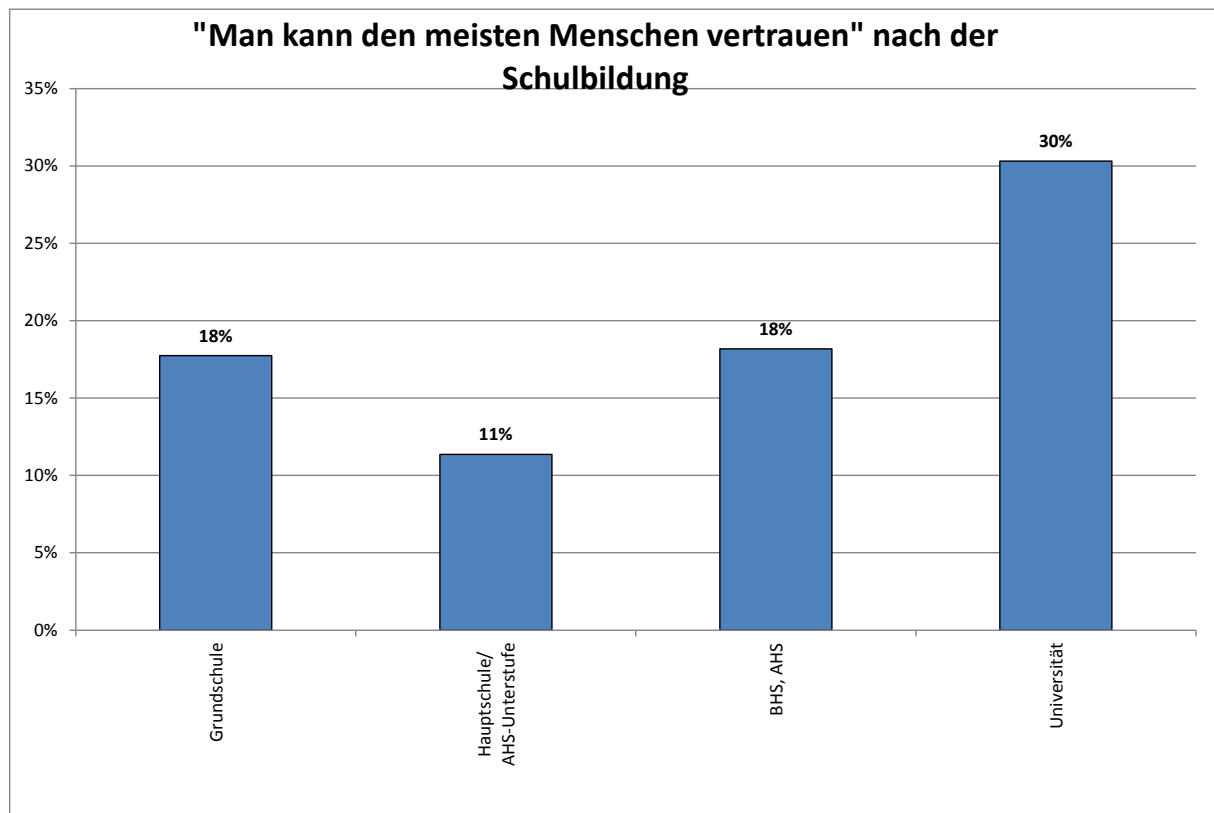
Diagramm 3: Generalisiertes Vertrauen nach Altersgruppen (EVS 2008)



In der Alterskohorte der bis 35jährigen KroatInnen sind 18% der Meinung, dass man den meisten Menschen vertrauen könne. In der Alterskohorte von 36 bis 50jährigen glauben immerhin 23% an die Vertrauenswürdigkeit ihrer Mitmenschen. In der Alterskohorte von 51 bis 60 bleibt die Tendenz stabil und beträgt hier 22%. In der Altersgruppe ab 61 Jahren ist ein deutlicher Rückgang des generalisierten Vertrauens zu verzeichnen; er beträgt hier nur 16% beträgt. Die ermittelten Daten zeigen klar, dass die jüngste und älteste Altersgruppe den niedrigsten Prozentsatz an generalisiertem Vertrauen aufweisen. Die Ergebnisse für die mittlere Altersgruppen (36-50 und 51-60) zeigen, dass der Prozentsatz, obwohl er nur wenig höher liegt (23% bzw. 22%), stabil bleibt.

5.3.3.2. Bildung

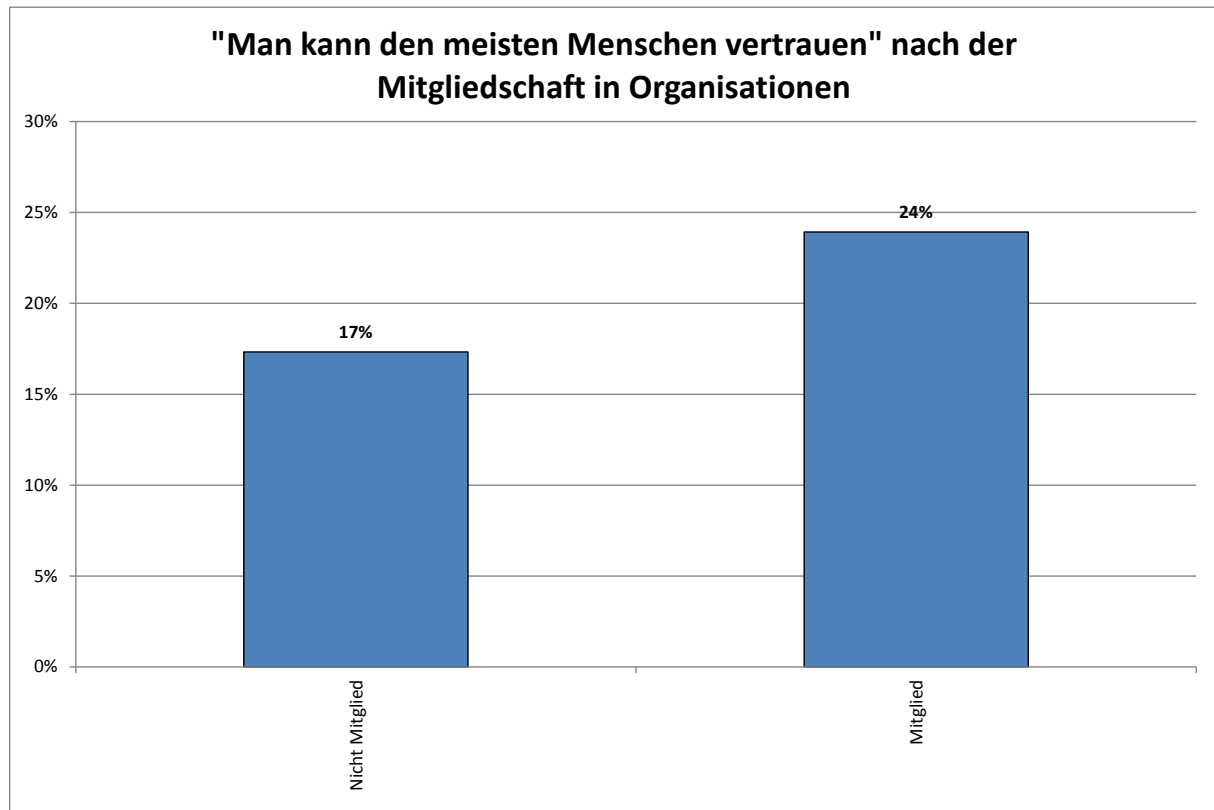
Diagramm 4: Generalisiertes Vertrauen nach Bildung (EVS 2008)



Die Ergebnisse für das generalisierte Vertrauen nach dem Faktor „Bildung“ zeigen, dass die KroatInnen mit einem Universitätsabschluss zu 30% meinen, dass man den meisten Menschen vertrauen könne. Den niedrigsten Wert zeigten mit nur 11% diejenigen Befragten, die nur Hauptschule/AHS-Unterstufe abgeschlossen hatten. Die Ergebnisse für die Grundschule, die BHS und AHS sind gleich und betragen 18%. Daraus wird ersichtlich, dass die Universitätsausbildung ein wichtiger Faktor für die Förderung des generalisierten Vertrauens ist.

5.3.4. Generalisiertes Vertrauen und Mitgliedschaft in den Organisationen

Diagramm 5: Generalisiertes Vertrauen und Mitgliedschaft in den Organisationen (EVS 2008)



Jene KroatInnen, die in einem Verein oder einer Organisation Mitglied sind, vertrauen zu 24% ihren Mitmenschen, dagegen meinen diejenigen, die nicht Mitglieder in einem Verein oder einer Organisation sind, nur zu 17%, dass Vertrauen angebracht wäre. Daraus kann geschlossen werden, dass Mitgliedschaft in Vereinigungen und Organisationen zu einer höheren Wahrscheinlichkeit zu einer Ausprägung generalisierten Vertrauens führt.

5.4. Das Vertrauen in die Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008

5.4.1. Theoretische Grundlagen

Mit der Untersuchung des Vertrauens in die Institutionen geschieht eine Ausdehnung der Vertrauenskategorie in vertikaler Richtung, also in Bezug auf die Institutionen. Welche Institutionen sind dabei gemeint? Die in diesem Kapitel unternommene Differenzierung der Institutionen stützt sich auf eine Unterscheidung von Dieter Fuchs, Oscar W. Gabriel und Kerstin Völkl aus dem Jahre 2002. Sie unterteilen den Bereich des Institutionenvertrauens in

zwei Teildimensionen, nämlich das Vertrauen in parteistaatliche Institutionen (Parlament, Parteien, Regierung) und das Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen (Polizei, Justiz) (vgl. Fuchs/Gabriel/Völkl 2002: 437. 427). Bei der quantitativen Untersuchung des Vertrauens in die Institutionen in diesem Kapitel wird diese Unterscheidung übernommen.¹⁶ Auf diesem theoretischen Hintergrund wird zuerst die Entwicklung des Vertrauens in die parteistaatlichen und rechtsstaatlichen Institutionen in Kroatien erforscht.

In einem weiteren Schritt wird der Einfluss des Vertrauens in die jeweilige Institution auf das Sozialkapital, das durch den Indikator des generalisierten Vertrauens operationalisiert wird, analysiert, wobei sich hier die Frage stellt, ob die Institutionen generalisiertes Vertrauen fördern können. Dieser zweite Schritt der Untersuchung gründet auf den in der Literatur vorhandenen, sowohl theoretischen als auch empirischen Ausführungen. Theoretisch gesehen, stützt sich die Annahme, dass Institutionen generalisiertes Vertrauen fördern können, erstens auf die Grundeinsicht der Rational Choice-Theorie und zweitens auf die Tradition des Neo-Institutionalismus der Politikwissenschaft. Die Rational Choice-Theorie besagt, dass verbindliche Regelungen Vertrauen zwischen InteraktionspartnerInnen begünstigen und zugleich Kooperationen ermöglichen. Der Neo-Institutionalismus verfolgt eine systematisch empirische Herangehensweise in der Erforschung der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit politischer Institutionen. Sie werden als Spielregeln aufgefasst, die Interaktionen strukturieren können, indem sie bestimmte Handlungsalternativen ermöglichen oder verhindern, Informationsaustausch erleichtern oder erschweren oder mit bestimmten Sanktionen drohen (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 581; Müller 2009: 218). Hinsichtlich der Vertrauensbildung lässt der Neo-Institutionalismus vermuten, dass „verallgemeinertes Vertrauen sich genau dann entwickeln kann, wenn Institutionen Anreize bieten, gemeinschaftlich zu handeln und in mir das Vertrauen wecken, dass sich bei allen anderen (mir unbekannten Personen) die gleichen Einstellungen und Verhaltensdispositionen ausbilden. (...) Institutionen mit einer derartigen vertrauensgenerierenden Funktion erklären mir Fremde zu Quasi-Bekannten, denen ich vertrauen kann“ (Freitag/Bühlmann 2005: 582).

¹⁶ Dazu sind noch weitere Unterscheidungen möglich, wie beispielsweise die von Gabriel et al., die parteistaatliche und regulative Institutionen differenzieren (vgl. Gabriel et al. 2002: 183ff und 192ff). Stolle und Rothstein unterscheiden drei Dimensionen des Vertrauens in die Institutionen. Die erste Dimension umfasst Vertrauen in Parlamente, Regional- und Lokalverwaltung. Die zweite Dimension das Gesundheitssystem, die Polizei, rechtliche Institutionen und die Verteidigung. Eine dritte Dimension beinhaltet Vertrauen in Institutionen, die vor allem Kontrollfunktion, z.B. über Institutionen mit gewählten Ämtern, ausüben. Hierzu gehören unter anderem die Medien (vgl. Stolle/Rothstein 2004: 287).

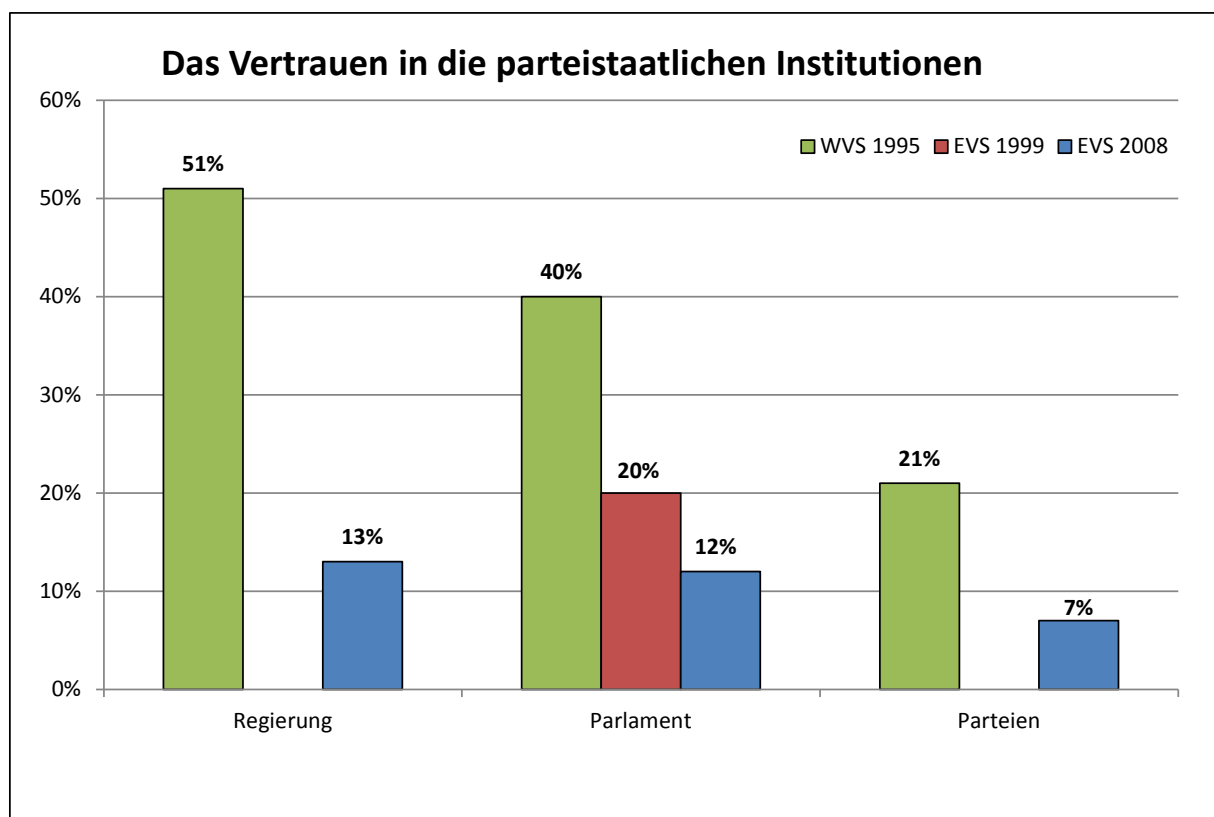
Die empirischen Ausführungen zum Vertrauen in die Institutionen und zum generalisierten Vertrauen, die in der Literatur zu finden sind und auf die sich quantitativen Untersuchungen in diesem Kapitel stützen, stammen von den Politikwissenschaftlern Dietlind Stolle und Bo Rothstein aus den Jahren 2004 und 2007. In ihrem Artikel unter dem Titel „Sozialkapital und wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeit“ (2004) kommen sie durch eine Analyse auf der Makroebene - durch eine größere, fünfzig Länder umfassende Stichprobe - zum Schluss, dass Vertrauen in unparteiische Institutionen wichtiger für die Entwicklung generalisierten Vertrauens ist als andere Formen institutionalisierten Vertrauens (vgl. Stolle/Rothstein 2004: 288). Auf diese Weise konnten die Autoren eine institutionelle Theorie des generalisierten Vertrauens entwickeln. Ihr Agreement lautet, dass die Struktur der staatlichen Institutionen ein wichtiger und häufig übersehener Faktor für die Entstehung generalisierten Vertrauens sei. Dazu präsentierten sie einen kausalen Mechanismus, der den Zusammenhang von unparteilichen, gerechten und inklusiven Institutionen, welche für die Umsetzung der öffentlichen Regeln verantwortlich sind, und generalisiertem Vertrauen spezifiziert (vgl. ebd.: 291). In ihrem zweiten Artikel mit dem Titel „Institutionelle Grundlagen des Sozialkapitals“ (2007) untersuchen die beiden Autoren, wie generalisiertes Vertrauen mit spezifischen institutionellen Konfigurationen in Verbindung steht (vgl. Stolle/Rothstein 2007: 114). Dabei analysieren sie, ob Vertrauen in implementierende Institutionen generalisiertes Vertrauen beeinflusst. Sie kommen dabei zu dem Schluss, dass „implementierende und bürgernahe Institutionen des politischen Systems besonders wichtig für die Schaffung generalisierten Vertrauens sind. Dies insbesondere dann, wenn diese Institutionen einen effektiven, unparteilichen und fairen Charakter aufweisen“ (ebd.: 130). Dieser in der Literatur schon untersuchte Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und dem generalisierten Vertrauen soll in Bezug auf die vorhandenen Daten für Kroatien erforscht werden.

5.4.2. Die Entwicklung des Vertrauens in die Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008

5.4.2.1. Die Entwicklung des Vertrauens in die parteistaatlichen Institutionen

Die Entwicklung des Vertrauens in die parteistaatlichen Institutionen¹⁷ in Kroatien wird hier aufgrund der internationalen Untersuchungen des „World Values Survey“ (1995) und der „European Values Study“ (1999 und 2008) ermittelt.¹⁸ Die Ergebnisse werden chronologisch und in Bezug auf die jeweilige Institution dargestellt.

Diagramm 6: Die Entwicklung des Vertrauens in die parteistaatlichen Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008 (WVS 1995; EVS 1999; EVS 2008)



Die Ergebnisse der ausgewerteten Daten für alle drei parteistaatlichen Institutionen zeigen im Bereich des Vertrauens eine deutlich sinkende Tendenz. Während 1995 noch 51% der Regierung „sehr oder ziemlich“ vertrauten, lag dieser Anteil 2008 nur noch bei 13%. Die Entwicklung des Vertrauens in Bezug auf das Parlament beinhaltet auch Daten für das Jahr 1999, während für die Regierung und die Parteien keine Daten für dieses Jahr vorliegen. Im

¹⁷ Siehe dazu Kapitel 5.4.1. Theoretische Grundlagen.

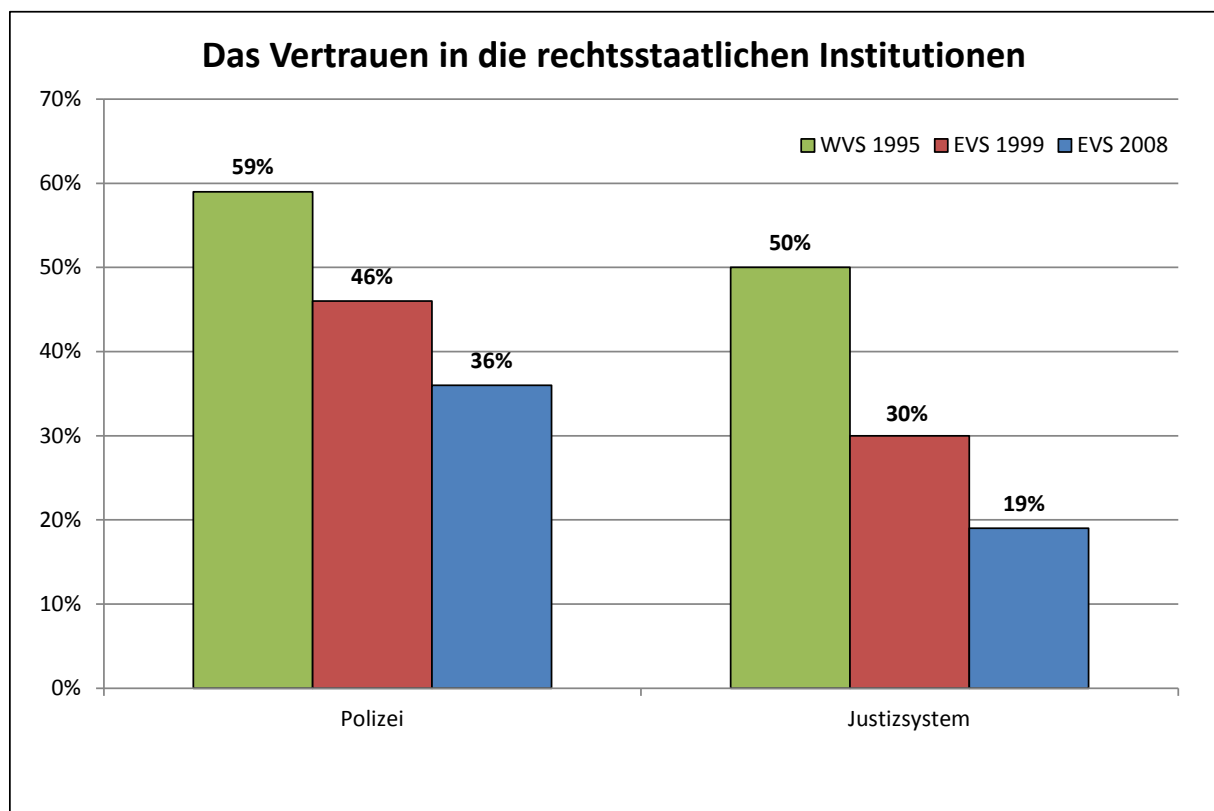
¹⁸ Da die Fragen zum Vertrauen in Regierung und Parteien im Datensatz der „European Values Study“ 1999 nicht vorhanden waren, gibt es für dieses Jahr keine Ergebnisse im Balkendiagramm.

Jahr 1995 vertrauten 40% der Befragten dem Parlament. Nur vier Jahre später, 1999 war der Prozentsatz um 50% gesunken und betrug nur 20%. In den folgenden zehn Jahren sank das Vertrauen in das Parlament weiter und 2008 äußerten nur noch 12% der Befragten, dass sie dem Parlament vertrauen. Am meisten sank jedoch das Vertrauen gegenüber den Parteien. Die Ergebnisse für das Ausgangsjahr in dieser chronologischen Analyse (1995) zeigen, dass damals das Vertrauen nur 21% betrug. 2008 lag der Prozentsatz nur noch 7%. Daraus kann geschlossen werden, dass das Vertrauen in alle drei parteistaatlichen Institutionen im Zeitraum von 1995 bis 2008 stark gesunken ist. Die niedrigsten Werte sind in Bezug auf die Parteien zu verzeichnen.

5.4.2.2. Die Entwicklung des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen

Hier werden, wie im vorigen Kapitel, die Ergebnisse der Auswertung der Daten der internationalen Untersuchungen „World Values Survey“ (1995) und „European Values Study“ (1999 und 2008) chronologisch dargestellt. Dabei wird die Entwicklungstendenz des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen, d.h. in Polizei und Justizsystem, untersucht.

Diagramm 7: Die Entwicklung des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008 (WVS 1995; EVS 1999; EVS 2008)



In Bezug auf die Entwicklung des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen zeigen die dargestellten Ergebnisse eine ebenso sinkende Tendenz, wie sie auch bei den parteistaatlichen Institutionen zu beobachten war. Bei der Polizei ist eine sinkende, allerdings keine so deutlich sinkende Tendenz wie bei den anderen Institutionen zu konstatieren. Während 1995 noch 59% der Polizei „sehr oder ziemlich“ vertrauten, lag dieser Anteil 1999 bei 46% und 2008 bei 36%. Also ist in diesem Fall, im Unterschied zu den anderen Institutionen, der Rückgang des Vertrauens im Zeitraum von 1995 bis 2008 niedriger als 50%. Bezogen auf das Justizsystem zeigen die Ergebnisse ein anderes Bild. Der Prozentsatz der Befragten, die 1995 dem Justizsystem „sehr oder ziemlich“ vertrauten, lag bei 50%. 1999 ist das Vertrauen weiter zurück und betrug nur noch 30%, zehn Jahre später nur noch 19%. Also zeigt der Zeitraum von 1995 bis 2008 einen dramatischen Rückgang des Vertrauens um mehr als 50%.

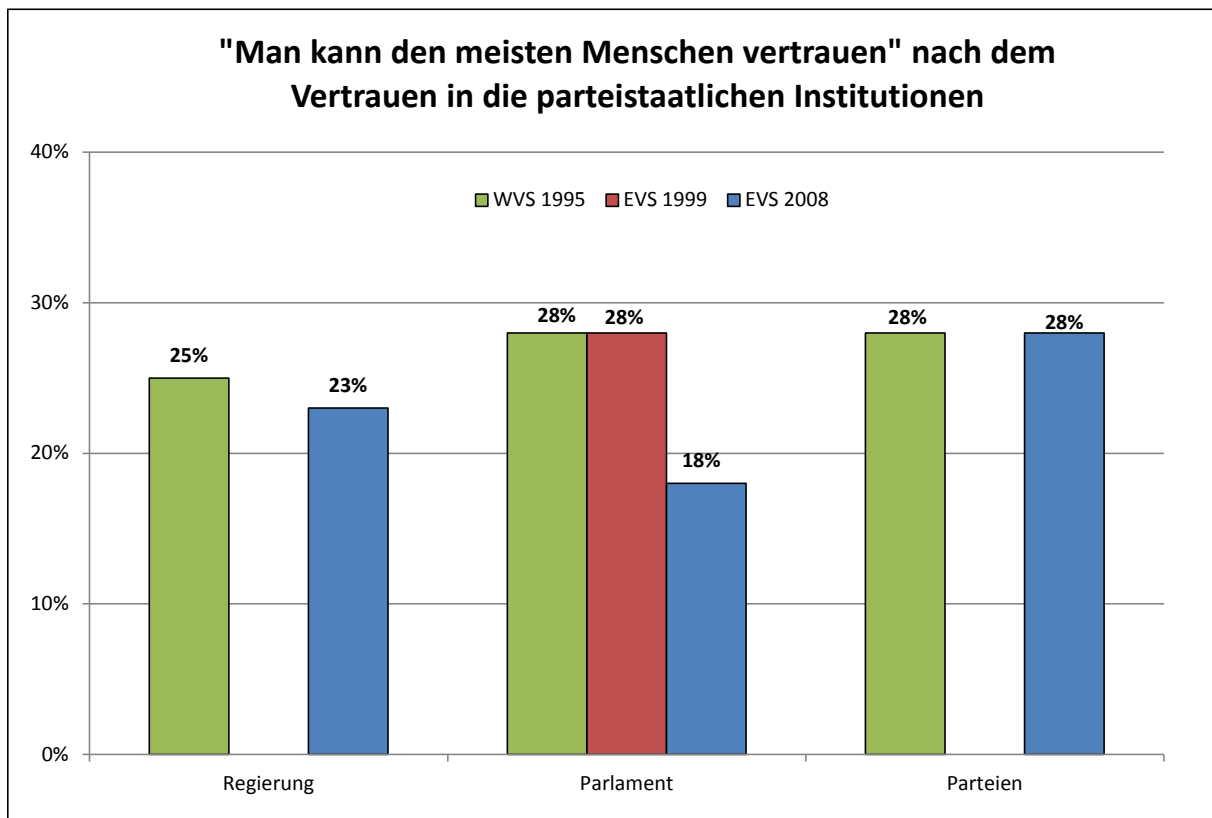
5.4.3. Das Vertrauen in die Institutionen und generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2008

Das Ziel der empirischen Analyse in diesem Kapitel besteht darin, nicht nur die Entwicklungstendenz des Vertrauens zu messen und zu präsentieren, sondern auch den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Institutionen – parteistaatlichen und rechtsstaatlichen – und dem Sozialkapital zu erforschen. Sozialkapital wird hier durch das generalisierte Vertrauen operationalisiert. Die theoretische Grundlagen in Kapitel 5.4.1. zeigte, dass Vorarbeiten zu dieser Fragestellung schon vorhanden sind und in der politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur, sowohl auf der theoretischen als auch auf der empirischen Ebene, gefunden werden können. Das Vertrauen in die Institutionen bezeichnet Vertrauen in vertikaler Richtung, und angesichts dieser Ausrichtung stellt sich hier die Frage nach der Reichweite der Entwicklung dieses Vertrauens. Handelt es sich dabei um eine nur auf die politischen Institutionen bezogene Gegebenheit, deren Entwicklung die jeweilige Institution betrifft, oder hat das Vertrauen in die Institutionen weitreichenden Einfluss auf Politik und Gesellschaft insgesamt? Um diese Frage beantworten zu können, wird hier eine zweite Variable eingeführt, und zwar diejenige des generalisierten Vertrauens. Es ist der für die politikwissenschaftliche Untersuchung relevanteste Indikator für das Sozialkapital. Durch diese empirische Untersuchung soll insbesondere analysiert werden, wie sich das Vertrauen in die Institutionen und das generalisierte Vertrauen gegenseitig beeinflussen. Es soll dabei nachgeforscht werden, ob die Entwicklung des Vertrauens in die Institutionen Folgen und

Konsequenzen für die Entwicklung des generalisierten Vertrauens bzw. des Sozialkapitals hat. Das Ziel wird auch sein, herauszufinden, ob durch das Vertrauen in die Institutionen das Sozialkapital und das generalisierte Vertrauen gefördert werden können.

5.4.3.1. Generalisiertes Vertrauen nach Vertrauen in die parteistaatlichen Institutionen

Diagramm 8: Vertrauen in die parteistaatlichen Institutionen und generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2008 (WVS 1995; EVS 1999; EVS 2008)

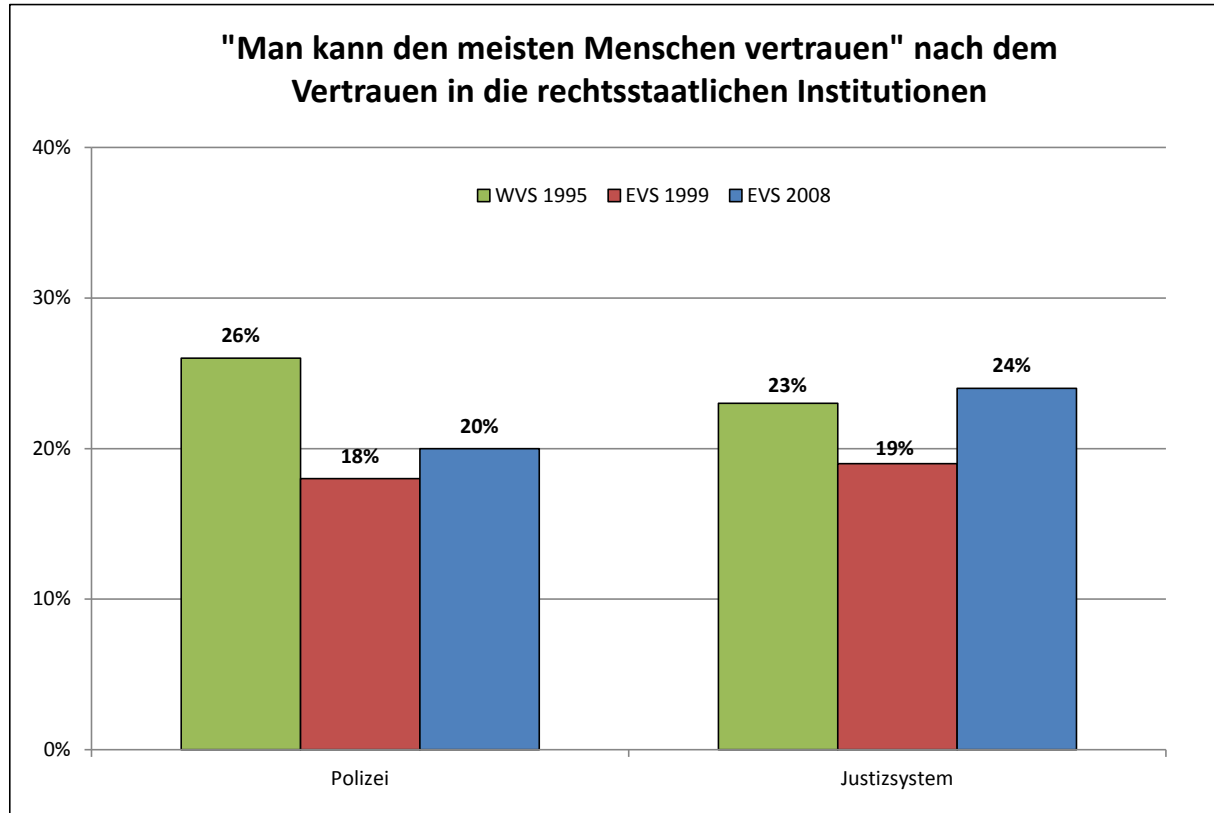


Die Ergebnisse der Datenauswertung zeigen, dass von jenen Befragten, die der Institution Regierung vertrauen („sehr/ziemlich“), im Jahr 1995 25% meinen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Im Jahr 2008 beträgt dieser Prozentsatz 23%. Von jenen hinsichtlich ihres Vertrauens zum Parlament Befragten sprechen 1995 insgesamt 28% ihren Mitbürger das Vertrauen aus. Vier Jahre später, im Jahre 1999, blieb dieser Prozentsatz unverändert. Im Jahre 2008 beträgt er insgesamt 18%. Die Ergebnisse für die Institution Parteien zeigen, dass von jenen Befragten, die den Parteien vertrauen, 1995 28% auch den Mitbürgern vertrauten. Dieser Prozentsatz bleibt auch nach 14 Jahren unverändert und betrug schließlich 28%.

Aus den ermittelten Daten kann man schließen, dass das Vertrauen in die jeweilige Institution einen Einfluss auf das generalisierte Vertrauen hat. Während die Ergebnisse der Auswertung im vorigen Kapitel zeigten, dass das Vertrauen in die parteistaatlichen Institutionen stark gesunken ist, zeigen die Ergebnisse dieser Erhebung eine andere Tendenz. Bei den Befragten, die den parteistaatlichen Institutionen vertrauen, bleibt der Prozentsatz derjenigen, die auch den Mitmenschen vertrauen, in Bezug auf Regierung und Parteien fast unverändert. Das ist insbesondere in Bezug auf die Parteien interessant, da sie bei der Auswertung im vorigen Kapitel die stärkste Abnahme aufwiesen. Eine Abnahme von 10% ist jedoch für 2008 bei jenen Befragten, die der Institution Parlament vertrauen, zu verzeichnen. Aus den hier dargestellten Daten kann man schließen, dass das Vertrauen in die parteistaatlichen Institutionen sich positiv auf das generalisierte Vertrauen auswirkt, einen Rückgang verhindert bzw. sogar dazu beiträgt, dass es im vorhandenen Ausmaß stabil bleibt.

5.4.3.2. Generalisiertes Vertrauen nach Vertrauen in die rechtsstaatlichen Institutionen

Diagramm 9: Generalisiertes Vertrauen nach Vertrauen in die rechtsstaatlichen Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008 (WVS 1995; EVS 1999; EVS 2008)



Die Ergebnisse in Bezug auf das generalisierte Vertrauen nach dem Vertrauen in die rechtsstaatlichen Institutionen zeigen, dass von jenen Befragten, die der Institution Polizei vertrauen („sehr/ziemlich“), 1995 26% meinten, dass man den meisten Menschen vertrauen könne. Im Jahr 1999 ist ein Rückgang bemerkbar, der Prozentsatz betrug nur noch 18%. Eine steigende Tendenz zeigt sich nach 1999. 2008 waren es 2% mehr, also 20%. Hier hat sich also die negative Tendenz nicht fortgesetzt. In Bezug auf das Justizsystem meinten von jenen Befragten, die der Institution Regierung vertrauen, im Jahr 1995 insgesamt 23%, dass man den meisten Menschen vertrauen könne. Wie auch gegenüber der Polizei sinkt der Prozentsatz 1999 und betrug 19%, er erholte sich dann bis zum Jahr 2008 und stieg auf 24%.

Bei dieser Datenerhebung ist ein interessantes Merkmal aufgetaucht, das wir bei den parteistaatlichen Institutionen nicht feststellen konnten. Von jenen Befragten, die den rechtsstaatlichen Institutionen vertrauen, konnte man sowohl eine sinkende wie auch steigende Tendenz bezüglich der Meinung, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, bemerken. Das ist die erste steigende Tendenz in Bezug auf das Vertrauen in dieser Untersuchung. Daraus lässt sich schließen, dass das Vertrauen in die Institutionen nicht nur das generalisierte Vertrauen fördert, sondern auch dazu beitragen kann, dass dieses Vertrauen eine positive Entwicklungstendenz annimmt und weiter ansteigt.

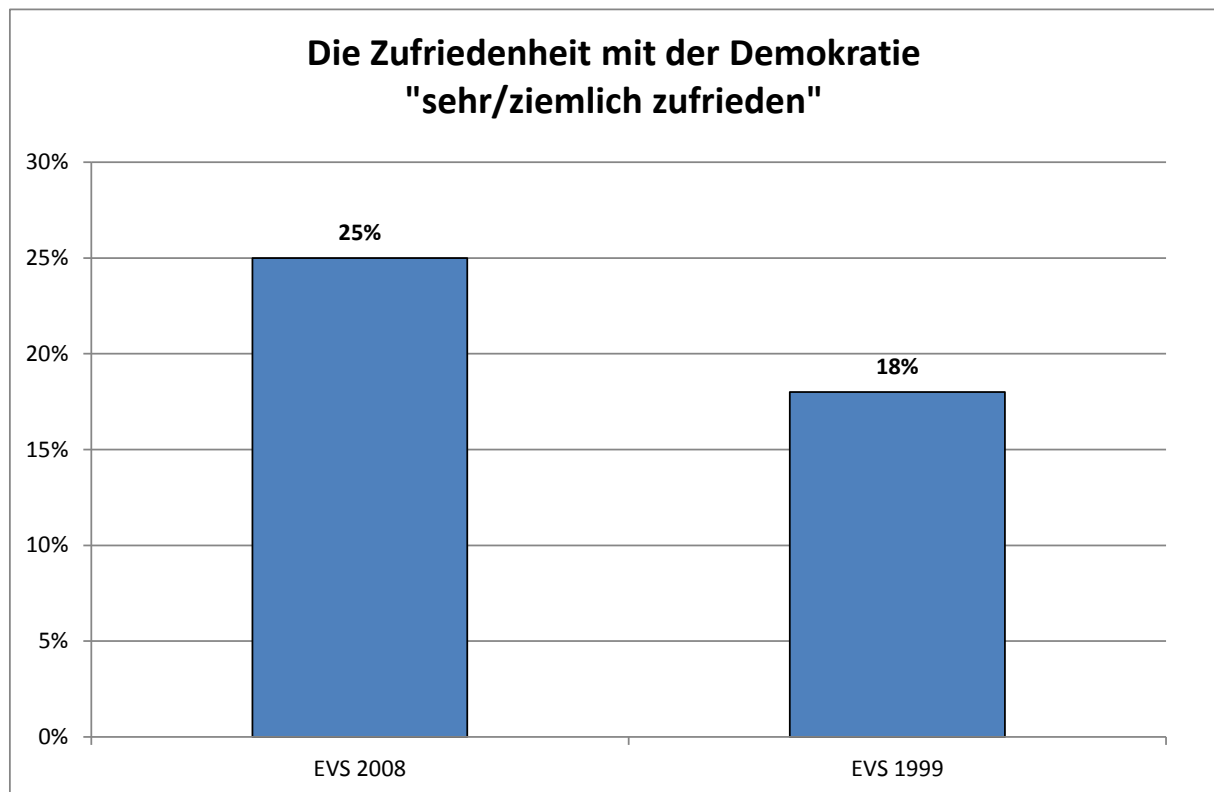
5.5. Die Einstellung zur Demokratie in Kroatien von 1999 bis 2008

Da zwischen der Demokratie und dem generalisierten Vertrauen ein Zusammenhang besteht, wie im theoretischen Teil dargelegt wurde,¹⁹ wird ihre Entwicklung in einer chronologischen Perspektive für den Zeitraum von 1999 bis 2008 analysiert. Dabei werden die Untersuchungen der „European Values Study“ für die Jahre 1999 und 2008 herangezogen. Zuerst wird die Einstellung zur Demokratie bzw. die Zufriedenheit mit der Demokratie untersucht. Danach folgt der Anteil des generalisierten Vertrauens von denjenigen, die sich für Politik „sehr/ziemlich“ interessieren.

¹⁹ Vgl. Kapitel 4.3. Der Zusammenhang zwischen Sozialkapital und Demokratie.

5.5.1. Die Einstellung zur Demokratie

Diagramm 10: Die Einstellung zur Demokratie (EVS 1999; EVS 2008)

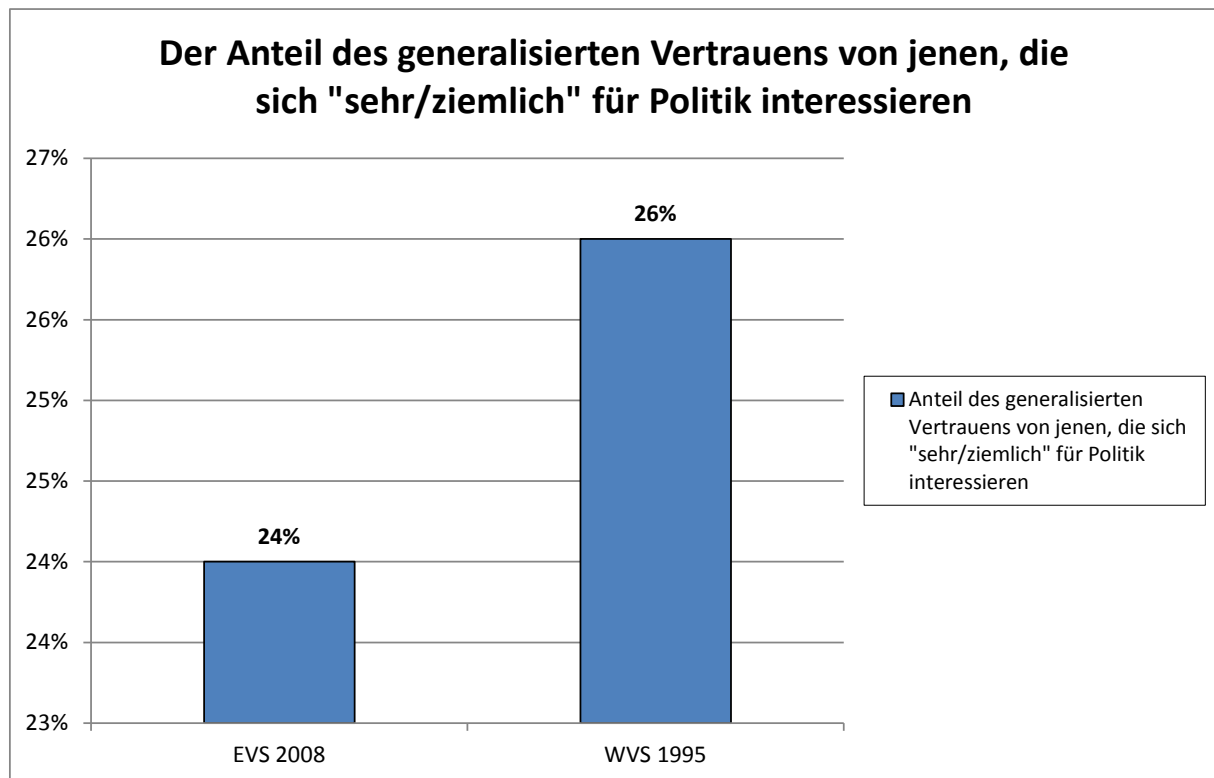


Die Ergebnisse der Untersuchung zur Einstellung zur Demokratie in Kroatien weist im Zeitraum von 1999 bis 2008 eine positive Tendenz auf. Während 1999 nur 18% der KroatInnen mit der Demokratie "sehr oder ziemlich zufrieden" waren, betrug der Anteil 2008 25%. Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist daher im Zeitraum von 1999 bis 2008 gestiegen. Aufgrund der positiven Einstellung der Befragten gegenüber der Demokratie kann man auf eine positive Entwicklungstendenz der Demokratie schließen. Damit wird jedoch nicht die Qualität der Demokratie bewertet, für die eine eigene Analyse notwendig wäre.

5.5.2. Das Interesse für Politik

In Anlehnung an Jan van Deth (2000), der in seinen vergleichenden Untersuchungen eine positive Verbindung zwischen höheren Werten des generalisierten Vertrauens und höheren Werten des politischen Interesses festgestellt hat (vgl. Šalaj 2007: 68), wird hier diese Verbindung bezogen auf Kroatien überprüft.

Diagramm 11: Anteil des generalisierten Vertrauens von jenen, die sich „sehr/ziemlich“ für Politik interessieren (WVS 1995; EVS 2008)



Die ausgewerteten Daten zeigen, dass von denjenigen, die sich für Politik interessieren ("very/somewhat"), 26% im Jahre 1995 meinen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Der Prozentsatz für das Jahr 2008 betrug 24%, was keine starke Abweichung darstellt. Hier zeigt sich, dass das Interesse für Politik einen positiven Effekt auf das generalisierte Vertrauen hat und der diesbezügliche Prozentsatz in einem Zeitraum von zehn Jahren stabile Werte aufweist.

5.6. Reflexion der Ergebnisse der ermittelten Daten

Aus den ausgewerteten Daten ist eine Reihe von relevanten Ergebnissen hervorgegangen. Es wurde ersichtlich, dass das Sozialkapital in Kroatien, operationalisiert durch das generalisierte Vertrauen, auf einem niedrigeren Niveau vorhanden ist als das in anderen postsozialistischen Ländern und noch mehr in den etablierten Demokratien der Fall ist.²⁰ In

²⁰ Auch Sonja Zmerli bemerkte in ihrer Analyse der Daten der „European Social Survey“ „eine erkennbare Diskrepanz zwischen den west- und osteuropäischen Werten. Nach wie vor sind die hier untersuchten postsozialistischen Gesellschaften durch eine eher misstrauische Haltung gegenüber ihren politischen Institutionen und Akteuren geprägt“ (Zmerli 2004: 242; vgl. auch Raiser 2001).

Bezug auf die Distribution bzw. die Verteilung des Sozialkapitals wurde deutlich, dass insbesondere Personen mit Universitätsabschluss anderen Menschen mehr vertrauen als Personen mit niedrigerer Ausbildung. Hinsichtlich der Mitgliedschaft in den Organisationen wurde gezeigt, dass Mitglieder eines Vereins oder einer Organisation prozentual häufiger der Meinung sind, dass man den meisten Menschen vertrauen könne. Daraus kann geschlossen werden, dass eine Mitgliedschaft in Vereinigungen und Organisationen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu einer Ausprägung generalisierten Vertrauens führt.

Die Ergebnisse für das Vertrauen in Institutionen zeigten, dass in Kroatien ein negativer Trend in Bezug auf das Vertrauen in parteistaatliche Institutionen vorhanden ist. Die rechtsstaatlichen Institutionen verzeichnen ebenfalls einen negativen Trend. Im nächsten Schritt, in der Analyse des Einflusses des Vertrauens in die jeweilige Institution auf das generalisierte Vertrauen, konnte der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Institutionen und generalisiertem Vertrauen hergestellt werden. Daher kann die folgende Aussage von Freitag und Bühlmann hier bestätigt werden: „Politische Institutionen üben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Bildung generalisierten Vertrauens aus. Dabei erhöht nicht nur das individuelle Vertrauen in die Fairness des Rechtssystems die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum generalisiertes Vertrauen entwickelt. Zusätzlich schaffen unparteiisch-unabhängige, universalistische und machtteilende Institutionen als kontextuelle Rahmenbedingungen individueller Handlungen und Einstellungen ein glaubwürdiges Umfeld, in welchem zwischenmenschliches Vertrauen wachsen kann“ (Freitag/Bühlmann 2005: 583). Damit offenbart sich ein neuer Weg zur Produktion generalisierten Vertrauens durch politische Institutionen. Im Vergleich zu bisherigen Untersuchungen, die die Produktion des Vertrauens in erster Linie durch bürgergesellschaftliche Vereinigungen sahen (vgl. u.a. Putnam 2000), wird hier deutlich, dass die Produktion des Vertrauens auch in politischen Institutionen zu suchen ist. Das Vertrauen in die politischen Institutionen kann das Vertrauen zu anderen Menschen stärken und fördern (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 577). Dies zeigt, dass das Konzept des Sozialkapitals nicht rein zivilgesellschaftlich verstanden werden kann, sondern dass auch die Bedeutung des vertikalen Vertrauens in die politischen Institutionen berücksichtigt werden soll.

Die Einstellung zur Demokratie wies in Kroatien von 1999 bis 2008 zeigte eine positive Tendenz auf: Im Vergleich zu 1999 sind 2008 mehr Befragte mit der Demokratie zufrieden. Auch wurde ein positiver Zusammenhang zwischen dem Interesse für Politik und dem

generalisierten Vertrauen festgestellt: Das Interesse für Politik hat einen positiven Effekt auf das generalisierte Vertrauen, das in einem Zeitraum von zehn Jahren, bedingt durch das Interesse für Politik, stabile Werten aufweisen konnte.

VI. Erklärungsansätze zum Rückgang des Sozialkapitals in Kroatien und den postsozialistischen Ländern

Die Ergebnisse der empirischen Analyse in Bezug auf die Entwicklung des Sozialkapitals in Kroatien von 1999 bis 2008/2009 haben gezeigt, dass sowohl im Bereich des generalisierten Vertrauens als auch im Bereich des Vertrauens in die Institutionen des Parteien- und Rechtsstaates ein Rückgang zu verzeichnen ist. Ziel dieses Kapitels wird es sein, die Erklärungsansätze für diese Tendenz durch eine umfassende Literaturrecherche darzustellen.

Die erste Dimension des sinkenden Vertrauens, konkret des generalisierten Vertrauens, kann dem horizontalen Vertrauen zugeordnet werden (vgl. Šalaj 2006: 84). Das Vertrauen in die Institutionen wiederum ist Teil des vertikalen Vertrauens. Hier unterscheidet Offe zwei Perspektiven: einerseits das Vertrauen der Bürger in die politische Elite und die politischen Institutionen und andererseits das Vertrauen der politischen Eliten in die Bürger. Ersteres wird dabei häufiger untersucht und wird auch als „politisches Vertrauen“ bezeichnet (vgl. Offe 1999). Die empirische Analyse zeigt, dass zwischen diesen zwei Dimensionen des horizontalen und des vertikalen Vertrauens ein Zusammenhang besteht. Er wurde in der Datenanalyse der internationalen Untersuchungen offensichtlich. Es zeigte sich nämlich, dass je mehr Befragte den parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen vertrauen, desto mehr Menschen auch ihren Mitbürgern vertrauen (=generalisiertes Vertrauen). Umgekehrt gilt: Je weniger Menschen den parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen vertrauen, desto weniger werden sie auch den anderen Menschen ihr Vertrauen schenken. Für Kroatien gilt die zweite Tendenz. Das Vertrauen in die parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen als auch das generalisierte Vertrauen ist hier sehr niedrig.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird schon ab den 90er Jahren über diese negative Entwicklungstendenz des Sozialkapitals diskutiert. Die Gründe für den Rückgang des Sozialkapitals können in einigen Punkten zusammengefasst werden. Sie seien im Folgenden dargestellt, wobei sie keine umfassende Analyse der Ursachen für das niedrige

Sozialkapital in Kroatien und der postkommunistischen Ländern bieten, sehr wohl aber einen Einblick in die in der Literatur vorhandenen Erklärungsansätze.

6.1. Die Ursachen für den Rückgang des horizontalen und des vertikalen Vertrauens in Kroatien und den postsozialistischen Ländern

Eine erste Ursache für die Senkung des Sozialkapitals ist insbesondere in der kroatischen Literatur durch den Soziologen Aleksandar Štulhofer aufbereitet worden. Er sieht v.a. die Korruption als maßgeblichen Faktor an. In seinem Artikel „Die Perzeption von Korruption und die Erosion des gesellschaftlichen Kapitals in Kroatien 1995-2003“ (Percepcija korupcije i erozija društvenog kapitala u Hrvatskoj 1995.-2003.) führt Štulhofer die Korruption als eine der wichtigsten Ursachen für den Rückgang des Sozialkapitals an. Die niedrige Ebene des generalisierten Vertrauens sei direkt mit der Perzeption von Korruption verbunden. Dasselbe gelte auf für das Vertrauen in die Institutionen. Die Überzeugung, dass die Korruption überall präsent sei, führe zu einem Defizit an Vertrauen und zu einer mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit (vgl. Štulhofer 2004: 162).

Ausgehend von der Tatsache, dass es einen markanten Unterschied zwischen den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien in Bezug auf das generalisierte Vertrauen gibt, versucht eine Reihe von Autoren die Ursachen für das im Sinken begriffene Sozialkapital zu bestimmen. Mehrfach wird dabei auf das Erbe des Kommunismus verwiesen. Eric Uslaner verweist darauf, dass die Bürger der ehemals kommunistischen mittel- und osteuropäischen Staaten weniger ihren Mitbürgern vertrauen als die Bürger der alten Demokratien. Die Ursache sieht er im autoritären Führungsstil eines kommunistischen Systems begründet: „Authoritarian political systems pit citizens against each other. When people feel compelled to turn on their friends lest the state turns on them. Interpersonal trust may become too risky“ (Uslaner 2003: 81). Dieses Erbe spiegelt sich auch in den Entwicklungen nach der Wende, so Uslaner, wieder. Auch danach konnten die Menschen einander nicht vertrauen. Martin Paldam sieht die Ursache ebenfalls darin, dass der Kommunismus Bedingungen geschaffen habe, die die negative Entwicklung des Sozialkapitals begünstigten (Paldam o.J.: 2). Auch Stolle beobachtet das Misstrauen zwischen den Bürgern: „Generally, authoritarian and totalitarian governments seem partially to build their strength on the foundation of distrust among their citizens“ (Stolle 2003: 31). Sztompka

spricht sogar von einer „Kultur des Misstrauens“, ²¹ die postkommunistische Gesellschaften auf allen Ebenen des sozialen Lebens durchziehe. Ein Teil dieses Syndroms sei auf das Erbe des Realsozialismus zurückzuführen. Der größere Teil jedoch sei – so Sztompka – in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen zu suchen (vgl. Sztompka 1995: 254). Auch in der kroatischen Literatur finden sich ähnliche Thesen. Nikodem und Črpić thematisieren etwa das Erbe des Kommunismus insbesondere in seinen Auswirkungen auf das politische System (vgl. Nikodem/Črpić 2011: 6). Šalaj greift insbesondere die Unterschiede zwischen den postkommunistischen Ländern und den etablierten Demokratien auf. Er fordert dabei die Entwicklung einer Variable, die eine Analyse hinsichtlich der Fragestellung ermöglicht, in welchem Maß das aktuelle Klima des Misstrauens von der politischen Vergangenheit abhängt, in welchem Ausmaß aber möglicherweise auch von ökonomischen und demographischen Faktoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Bildungssituation oder der Altersverteilung (vgl. Šalaj 2007: 207).

Eine weitere Ursache für den Rückgang des Sozialkapitals wird in der ökonomischen Lage des jeweiligen Landes gesehen. Die Untersuchung dieses Zusammenhangs wurde u.a. durch Putnams Publikation „Making democracy work“ ausgelöst. ²² Plamena Pehlivanova kommt in ihrer Studie zum politischen und gesellschaftlichen Misstrauen in Bulgarien und Russland zu dem Schluss, dass „the unsatisfactory financial status of individuals and the generational differences in the two societies also influence the levels of distrust and political and civic participation“ (Pehlivanova 2009: 32). Bei Freitag und Bühlman „steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum innerhalb eines Landes soziales Vertrauen entwickelt, wenn die Einkommensverhältnisse in diesem Land möglichst gleich und ausgewogen verteilt sind“ (Freitag/Bühlmann 2005: 591f). Der Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Wachstum und dem Sozialkapital kann also in zwei Richtungen betrachtet werden: wie die ökonomische Lage das Sozialkapital beeinflusst und welche Auswirkungen das Sozialkapital auf die ökonomische Lage hat. Die letztere Möglichkeit erörtert Raiser auf folgende Weise: „Social capital has received increasing attention as a crucial variable

²¹ Misstrauen entsteht, so Sztompka, wenn die mit Vertrauen ausgestatteten Personen oder Objekte die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. „Dieses ist vermutlich noch größer, wenn es auf eine Phase vorherigen Vertrauens folgt. Jeder Vertrauensbruch oder –mißbrauch hat unmittelbar und übermäßige Reaktionen zur Folge und tiefes Mißtrauen macht sie breit“ (Sztompka 1995: 260). In seinem bekannten Werk „Trust. A Sociological Theory“ spricht Sztompka auch über eine „Kultur des Vertrauens“ (vgl. Sztompka 1999: 119).

²² Siehe dazu: Helliwell, John F./Putnam, Robert D. (2000). Economic Growth and Social Capital in Italy, in: Partha Dasgupta/Ismail Serageldin (Hg.): Social Capital. A Multifaceted Perspective, Washington D.C., 257. Zum Thema „Economic progress and the idea of social capital“ siehe: Dasgupta, Partha (2000). Economic progress and the idea of social capital, in: Partha Dasgupta/Ismail Serageldin (Hg.): Social Capital. A Multifaceted Perspective, Washington D.C., 325ff.

influencing economic performance. Particularly, the widely divergent and often disappointing results in the transition from a centrally planned to a market economy have been explained by variations in the stock of social capital“ (Raiser 2001: 2). Er stellt fest, dass die ökonomische Lage eines Landes einen erheblichen Einfluss auf den Rückgang bzw. das Wachstum des Sozialkapitals hat. Im Umkehrschluss heißt das, dass die Verbesserung der ökonomischen Lage eines Landes positive Auswirkungen auf das Ausmaß des Sozialkapitals hätte.

Die Ergebnisse des empirischen Teils dieser Arbeit zeigten, dass das Vertrauen in die Institutionen in Kroatien in der Zeit von 1995 bis 2009 progressiv gesunken ist. Um die Ursachen dieses Rückgangs untersuchen zu können, wird hier das Vertrauen in die Institutionen auf zweifache Weise unterschieden. Erstens, das Vertrauen der Bürger in die Institutionen und zweitens das Vertrauen, das die Institutionen selbst produzieren bzw. abbauen. Es ist hier wichtig anzumerken, dass ein Großteil der bisherigen Untersuchungen von der Annahme ausgegangen ist, dass das Vertrauen in erster Linie durch gesellschaftliche Faktoren wie durch das Engagement bürgergesellschaftlicher Vereinigungen geschaffen wird (vgl. u.a. Putnam 2000). Jedoch zeigten die anderen Untersuchungen (z.B. Freitag/Bühlmann 2005), dass die Ursprünge des Vertrauens in sehr viel höherem Maße in den politischen Institutionen zu suchen sind. Im Mittelpunkt des analytischen Interesses steht hier deshalb die Wirkung politischer Institutionen auf die Vertrauensbildung bzw. die Wirkung politischer Institutionen auf den Vertrauensabbau. Nach dem Ansatz des „akteurszentrierten Institutionalismus“²³ begründen institutionelle Regelungen wechselseitige Erwartungssicherheit. Auf diese Weise wird soziales Handeln über die Grenzen persönlicher Beziehungen hinaus erst möglich. Das zeugt von einer prinzipiellen Übertragbarkeit dieser Sichtweise auf das hier analysierte Forschungsthema der Vertrauensbildung (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 595). In diesem Kontext führt Stolle das Beispiel von Zentralamerika und Osteuropa an, an dem zu sehen ist, dass der negative Einfluss von Regierung zu einer Erosion des Sozialkapitals führen kann (vgl. Stolle 2003: 31). Zu untersuchen ist also, wie die Institutionen konkret auf den Vertrauensabbau wirken.

Als erste Ursache ist hier die Unglaubwürdigkeit der Institutionen zu nennen. Diese Behauptung stützt sich auf eine These von Offe. Er behauptet, dass zwischenmenschliches Vertrauen in modernen pluralen Gesellschaften stark an der Existenz und Glaubwürdigkeit

²³ Das Konzept des „akteurszentrierten Institutionalismus“ entstand als Resümee einer achtjährigen kollektiven Forschungsarbeit der verschiedenen Ansätze der Steuerungs- und Systemtheorie, der Netzwerkanalyse, des traditionellen Institutionalismus und des Neo-Institutionalismus, der Institutionen- und Transaktionskostenökonomie sowie der Spieltheorie. Die Forschungsarbeit fand am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung statt (vgl. Nullmeier 2000: 269).

politischer Institutionen abhängt. Diese These formulierte er im Zusammenhang mit den Transformationsprozessen in Osteuropa. „Insofern ginge es bei der Konsolidierung demokratischer Regime in Osteuropa darum, glaubhafte Institutionen zu kreieren, die zwischenmenschliches Vertrauen stimulieren, von dem wiederum die Stabilität dieser Institutionen abhängt“ (Fuhse/Schaal 2005: 54f). Die Unglaubwürdigkeit der Institutionen ist also eine Ursache für den Rückgang des Sozialkapitals. Diese äußert sich u.a. darin, dass die Institutionen als bestechlich, parteiisch und ungerecht angesehen werden. Solche Institutionen können das Vertrauen nicht fördern: „trust is underwritten by a strong government to enforce contracts and to punish theft. Without such a government, cooperation would be nearly impossible and trust would be irrational“ (Hardin 1992: 16). Wenn nicht einmal die Institutionen wie etwa das Justizwesen oder die Polizei in der Lage sind, Vertragssicherheit zu garantieren und Diskriminierungen wie Privilegierung auszuschließen, fördern sie die Entwicklung des Misstrauens zwischen den Bürgern (vgl. Freitag/Bühlmann 2005: 582).

In Bezug auf Kroatien bieten diese theoretische Positionen eine Grundlage für die Betrachtung der aktuellen Situation. Nach den Ergebnissen der „European Values Study“ (1999), interpretiert von Ivan Rimac, ist der Rückgang des Vertrauens in die Institutionen in der Zeit von 1995 bis 1999 in höchsten Grad mit der Senkung des Vertrauens in die damals regierende Partie HDZ (Hrvatska demokratska zajednica – Kroatische Demokratische Union) in Zusammenhang zu bringen (vgl. Rimac 2000). Eine weitere Erklärung für die Ursachen des Vertrauens bietet die Position des polnischen Soziologen Sztompka. Er findet einen Teil der Ursachen, besonders bezogen auf den Fall von Polen, aber seine Position kann auch generalisiert werden, in der Vergangenheit bzw. im Erbe des kommunistischen Systems (vgl. Sztompka 1995: 268). In den postkommunistischen Gesellschaften diagnostiziert Sztompka das „Syndrom des Mißtrauens“. Die Bedingungen und Schwierigkeiten, die zur Ausformung dieses Syndroms geführt haben und die als Ursache für das sinkende Vertrauen angesehen werden können sind vielfältig. Hier wird erstens Ungewissheit dargestellt werden. Dabei ist das brennendste Problem die Arbeitslosigkeit, die Angst, Unsicherheit und Enttäuschungen schafft; allgemeines Misstrauen in das System und die Zukunft ist die offensichtliche Folge der Arbeitslosigkeit. Eine fast ebenso große Bedrohung stellen das Inflationsrisiko und die finanzielle Instabilität dar. Dazu kommt auch normative Desorganisation oder Anomie (vgl. ebd.: 269). Zur Ausformung des „Syndroms des Mißtrauens“ führt auch, zweitens, Ineffizienz und Schwäche derjenigen Kontrollinstanzen, die Sicherung und Ordnung wahren sollen. Drittens wird das Aufkommen von Misstrauen durch das wahrgenommene Bild der neuen politischen Eliten erklärt. Egoismus, partikularistische Interessen und Inkompetenz der

politischen Elite tragen dazu bei, dass so ein Bild nicht nur aufrechterhalten wird, sondern auch zur Senkung des Vertrauens führt (vgl. ebd.: 270f). Viertes bildet das relativ hohe Anspruchsniveau, das sich im Jahr 1989 entwickelt hat, eine weitere Ursache für das Misstrauen. Als diese Ansprüche und Erwartungen nicht in die Erfüllung gingen, erfolgte das Misstrauen in die Institutionen, die dieses Ziel nicht erreicht haben (vgl. ebd.: 271). Das vorherrschende „Syndrom des Mißtrauens“ wirkt also als Hemmschuh und bremst die Generalisierung des interpersonalen Vertrauens auf die politischen Institutionen (vgl. Schmitt-Beck/Rohrschneider 2004: 256).

6.2. Vertrauensbildende Massnahmen – der Weg vom Misstrauen zum Vertrauen

Vertrauensbildende Maßnahmen sind für die Überwindung von Misstrauen bzw. für einen erfolgreichen Weg von Misstrauen zu Vertrauen entscheidend. Denn falls die vertrauensbildenden Maßnahmen nicht unternommen würden, dann würden sich die „Kompensationen oder Substitute des Vertrauens“²⁴ (Sztompka 1995: 261) in der jeweiligen Gesellschaft befestigen und verbreiten, sodass ihre Überwindung nur mehr schwer erfolgen könnte.

Vertrauensbildende Maßnahmen sollten auf der obersten strategischen Ebene ansetzen, d.h., auf der Ebene des politischen Systems, der Regierung, der zentralen Institutionen und durch eine konsistente Regierungspolitik. Diese erfolgt, so Sztompka, in sechs Schritte. Erstens, muss die Regierung die Unsicherheit in ihrer Politik durch Bestimmtheit ersetzen. Die Bürger müssen erkennen, dass die Regierenden wissen, was sie machen und wohin sie gehen, dass sie ein klares Programm haben und dieses beharrlich verfolgen. Zweitens, müsste die Regierung gegen Willkür und für mehr Berechenbarkeit eintreten. Der Schlüssel hierzu liegt in Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsmäßigkeit und gerichtlicher Kontrolle sowie in der Effizienz der Durchführungsorgane. Drittens muss Rechtsunsicherheit bekämpft und die Persönlichkeitsrechte und Bürgerrechte stärker geschützt werden (vgl. Sztompka 1995: 272). Viertens soll gegen Geheimniskrämerei angegangen und für größere Durchsichtigkeit und Vertrautheit gekämpft werden. Die Regierungspolitik muss möglichst offen und transparent

²⁴ Sztompka nenne insgesamt sechs funktionale Kompensationen oder Substitute des Vertrauens: Schicksalsergebenheit, Korruption, soziale Kontrolle, Ghettoisierung, Paternalisierung und Externalisierung von Vertrauen (vgl. Sztompka 1995: 261).

sein. Zu diesem Zweck ist eine wirksame Medienpolitik auszuarbeiten und durchzuführen. Fünftens gilt es, den Zentralismus zu bekämpfen und den Pluralismus zu unterstützen. Sechstens schließlich müsste Inkompetenz von Personen in verantwortlichen Positionen bekämpft werden und Integrität als Maßstab durchgesetzt werden (vgl. ebd.: 272; auch dazu Stolle 2003: 34).

Wenn es um die Qualitäten der Institutionen geht, die die Vertrauensbildung unter Unbekannten fördern können, haben Freitag und Bühlmann drei zentralen Hypothesen formuliert, die jetzt dargestellt werden:

Hypothese 1. lautet: „Je stärker Institutionen von den Menschen als unbestechlich, unparteiisch, gerecht und nicht-kooperatives Verhalten sanktionierend angesehen werden, desto wahrscheinlicher tragen sie zur zwischenmenschlichen Vertrauensentwicklung bei: Je höher das Vertrauen eines Individuums in die Polizei und in die Rechtsprechung ist, je unabhängiger die Judikative eines Landes ist, und je geringer die Korruption in einem Land ist, desto wahrscheinlicher entwickelt ein Individuum generalisiertes Vertrauen“ (Freitag/Bühlmann 2005: 582). Die erste Hypothese fasst die wesentlichsten Merkmale zusammen, die eine vertrauensfördernde Institution haben sollte. Ein wichtiger Begriff dabei ist die Sanktionsfunktion der Institutionen, denn die positiven Merkmale können erst dann verwirklicht werden, wenn die negativen sanktioniert sind. Solange die negativen Merkmale toleriert werden und die Institutionen von Ihnen sogar profitieren ermöglichen sie die Entwicklung des Misstrauens und blockieren damit das Aufkommen von Vertrauen.

Die zweite Hypothese lautet: „Je universalistischer Institutionen ausgerichtet sind, desto wahrscheinlicher tragen sie zur zwischenmenschlichen Vertrauensentwicklung bei: Je höher der Grad an Gleichheit gemessen an der Einkommensverteilung in einem Land ist, desto wahrscheinlicher entwickelt ein Individuum generalisiertes Vertrauen“ (ebd.: 583). In dieser Hypothese wird die universalistische Einstellung der Institutionen angesprochen, die jede Art von Partikularismus ausschließt. Wenn die Institutionen die universalistische Einstellung verfolgen, können sie das Vertrauen aller Bürger genießen und nicht nur als Service für eine bestimmte Gruppe angesehen werden.

Die dritte Hypothese lautet: „Je stärker Institutionen konsensuale und machtteilende Aspekte aufweisen, desto wahrscheinlicher tragen sie zur zwischenmenschlichen Vertrauensentwicklung bei: Je weniger ausgeprägt die Machtkonzentration der Exekutive in einem Land ist, je stärker die Beteiligungschancen für Minderheiten durch Proporzwahlssysteme gesichert sind, und je ausgeprägter die individuellen politischen Rechte sind, desto wahrscheinlicher entwickelt ein Individuum generalisiertes Vertrauen“ (ebd.: 584).

Die dritte Hypothese spricht direkt gegen der Machtkonzentration der Exekutive in einem Land, die verschiedene Formen annehmen kann aber immer die gleichen Ergebnisse bzw. das Misstrauen verursacht. Eine ähnliche Darstellung der substantiellen Qualitäten der vertrauensbildenden Institutionen stellte auch Jeanette Hedwig Müller zusammen (vgl. Müller 2009: 219). In diesem Kontext ist wichtig hervorzuheben, welche Merkmale der Institutionen sich für den Aufbau von Vertrauen nicht eignen. Diese sind: wettbewerbliche Organisationsstrukturen, Fokus auf konkurrenzbetonende und konfliktträchtige Sozialbeziehungen, wenig Inklusionsbeziehungen, „the winner takes it all“-Mentalität (vgl. ebd.).

Für die Förderung des Vertrauens seitens der Institutionen ist also wichtig, dass sie von den Individuen als universalistisch, machtteilend-konsensual, unbestechlich, unparteiisch und als nicht-kooperatives Verhalten sanktionierend wahrgenommen werden. „Wenn die Menschen zur Überzeugung gelangen, dass die politischen Institutionen diese Merkmale vereinigen, und wenn sie ferner glauben, dass auch die Mitmenschen in gleicher Weise über diese Institutionen denken, dann werden sie auch den anderen Individuen vertrauen“ (Freitag/Bühlmann 2005: 577). Es kann geschlossen werden, dass vor allem Berechenbarkeit, Regelmäßigkeit, Sicherheit, kodifizierte und von allen akzeptierte und eingehaltene Rechtsordnung, Gleichbehandlung, d.h. keine Willkürherrschaft und keine Anomie oder Desorganisation, das Vertrauen in einer Gesellschaft möglich machen (vgl. Haug 1997: 21).

VII. Zusammenfassung

Die theoretischen Ausführungen in dieser Arbeit haben gezeigt, dass für die Zukunft des institutionellen Systems die Kategorie Sozialkapital von großer Bedeutung ist. Dies betrifft insbesondere die Unterstützung dieses Konzeptes durch die Bevölkerung. In diesem Kontext spricht man in der Politikwissenschaft von einer „Kongruenz“ zwischen politischer Kultur und politischer Struktur. Die Unterstützung der politischen Struktur wurde in dieser Arbeit vornehmlich durch zwei wichtigen Indikatoren des Sozialkapitals gemessen und auf das Fallbeispiel Kroatien übertragen. Diese Faktoren sind das generalisierte Vertrauen und das Vertrauen in die Institutionen des Parteien- und Rechtsstaates.

Aufgrund der Ergebnisse der quantitativen Daten für Kroatien im Zeitraum von 1995 bis 2009 kann eine negative Tendenz im Bereich des Vertrauens, sowohl des generalisierten als auch des Vertrauen in die Institutionen, festgestellt werden. Das generalisierte Vertrauen in Kroatien sank sogar progressiv. Im Jahre 1995 äußerten nur 23% der Befragten, dass sie anderen Menschen vertrauten. Die ausgewerteten Daten zeigten - sowohl EVS als auch ESS -, dass dieser Anteil noch weiter gesunken ist (19% bzw. 18%). Ein merkbarer Bruch ist im Jahre 2003 zu verzeichnen, als nur 9% der Befragten meinten, andere Menschen für vertrauenswürdig zu halten. In einer vergleichenden Perspektive, in der die postsozialistischen Länder und die etablierten Demokratien untersucht wurden, wurde der Unterschied zwischen den postsozialistischen Ländern und den etablierten Demokratien – bezogen auf das generalisierte Vertrauen – deutlich. Es zeigte sich aber auch ein Unterschied zwischen Kroatien und den anderen postsozialistischen Ländern. Als im Jahr 1995 ein Rückgang des generalisierten Vertrauens in allen Ländern zu verzeichnen war – und zwar in den etablierten Demokratien (36%), den postsozialistischen Länder (21%) als auch in Kroatien (20%) – war eine leichter Aufwärtstrend feststellbar: Die Entwicklung des generalisierten Vertrauens in den etablierten Demokratien war nun entweder stabil oder stieg sogar weiter an, während sie in den postsozialistischen Ländern sank, in Kroatien sogar noch stärker als in den Vergleichsländern.

Das Verteilungsmuster des Sozialkapitals in Bezug auf Alter und Bildung zeigte, dass die jüngste und die älteste Bevölkerungsgruppe den niedrigsten Prozentsatz an generalisiertem Vertrauen aufwiesen. Die Ergebnisse – differenziert nach der höchsten abgeschlossenen Bildung – zeigten, dass die KroatInnen mit einem Universitätsabschluss zu 30% meinten, dass man den meisten Menschen vertrauen könne. Den niedrigsten Wert zeigten diejenigen

Befragten, die nur einen Hauptschulabschluss vorzuweisen hatten. Sie sprachen sich nur zu 11% für ein gegenseitiges Vertrauen aus. Daraus wird ersichtlich, dass die akademische Ausbildung ein wichtiger Faktor für die Förderung des generalisierten Vertrauens ist.

Ein ähnliches Ergebnis erbrachte auch die Untersuchung der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen. Jene KroatInnen, die in einem Verein oder einer Organisation Mitglied sind, meinten zu 24%, dass man den meisten Menschen sein Vertrauen aussprechen könne. Diejenigen hingegen, die nicht Mitglieder in einem Verein oder einer Organisation sind, stimmten dem nur zu 17% zu. Daraus kann geschlossen werden, dass eine Mitgliedschaft in Vereinigungen und Organisationen zu einem höheren Maß an generalisiertem Vertrauen führt.

Neben dem generalisierten Vertrauen war das Vertrauen in die Institutionen ein weiterer wichtiger Indikator für die Operationalisierung des Sozialkapitals. Eine erste Analyse hinsichtlich des Vertrauens in die parteistaatlichen Institutionen zeigte eine deutlich sinkende Tendenz. Während 1995 noch 51% der Regierung „sehr oder ziemlich“ vertrauten, waren es 2008 nur mehr 13%. In Bezug auf das Parlament sprachen im Jahr 1995 40% der Befragten dem Parlament ihr Vertrauen aus. Nur vier Jahre später, 1999, war der Prozentsatz um 50% gesunken und betrug nur noch 20%. In den nächsten zehn Jahren sank das Vertrauen in das Parlament weiter und erreichte 2008 einen vorläufigen Tiefstand von 12%.

Den größeren Vertrauensverlust erlebten aber vor allem die Parteien. Im Jahre 1995 vertrauten weniger als ein Viertel (21%) der befragten KroatInnen ihrem Parteiensystem. Im Jahr 2008 sank der Prozentsatz weiter und betrug nur noch 7%. Diese Ergebnisse spiegeln die Meinung der Bevölkerung gegenüber den parteistaatlichen Institutionen wieder. Der niedrige Prozentsatz ist in jedem Fall alarmierend.

Die Ergebnisse der Vertrauensentwicklung in die rechtsstaatlichen Institutionen zeigen ebenso eine negative Tendenz. Auf die Polizei bezogen kann man von einem negativen Trend sprechen, dieser ist allerdings positiver als bei anderen Institutionen. Während 1995 noch 59% der Polizei „sehr oder ziemlich“ vertrauten, lag dieser Anteil 1999 bei 46%, 2008 bei 36%. Beim Justizsystem zeigen die Ergebnisse ein anderes Bild: Der Prozentsatz der Befragten, die 1995 dem Justizsystem „sehr oder ziemlich“ vertrauten, lag damals noch bei 50%. Im Jahre 2008 betrugen die Werte nur noch 19 %. Im Vergleich zu den 50% aus dem Jahr 1995 war das Vertrauen im Jahr 2008 also um mehr als 50% gesunken.

In einem weiteren Schritt wurde untersucht, wie sich das Vertrauen in die Institutionen und das generalisierte Vertrauen gegenseitig beeinflussen. Das Ziel war es, herauszufinden, ob die Entwicklung des Vertrauens in die Institutionen Konsequenzen für die Entwicklung

des generalisierten Vertrauens bzw. des Sozialkapitals hat. Dabei wurde auch geprüft, ob umgekehrt durch das Vertrauen in die Institutionen das Sozialkapital und das generalisierte Vertrauen gefördert werden können. Die Ergebnisse der Datenauswertung zeigen nun, dass tatsächlich ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und dem generalisierten Vertrauen besteht bzw. dass das Vertrauen in die jeweilige Institution einen Einfluss auf das generalisierte Vertrauen hat. Auf eine weitere Tendenz kann geschlossen werden: Bei den Befragten, die den parteistaatlichen Institutionen vertrauen, bleibt der Prozentsatz derer, die andere Menschen für vertrauenswürdig halten, in Bezug auf Regierung und Parteien fast unverändert. Das ist insbesondere hinsichtlich der Bewertung der Parteien interessant, da hier der stärkste Vertrauensrückgang festgestellt werden konnte. Ein Rückgang von 10% war jedoch 2008 bei jenen Befragten zu verzeichnen, die der Institution Parlament vertrauten.

Die hier dargestellten Ergebnisse lassen darauf schließen, dass das Vertrauen in die parteistaatlichen Institutionen sich positiv auf das generalisierte Vertrauen auswirkt und dazu beiträgt, dass es in dem Ausmaß, in dem es vorhanden ist, stabil bleibt. Bei der Untersuchung des generalisierten Vertrauens ist nun ein weiteres interessantes Merkmal aufgetaucht. Von jenen Befragten, die den rechtsstaatlichen Institutionen vertrauen, konnte man eine leicht steigende Tendenz in der Meinung, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, merken. Das ist die erste steigende Tendenz in Bezug auf das Vertrauen in dieser Untersuchung. Daraus lässt sich schließen, dass das Vertrauen in die Institutionen nicht nur das generalisierte Vertrauen fördert, sondern auch dazu beitragen kann, dass dieses Vertrauen eine positive Entwicklungstendenz einschlägt. Eine weitere positive Tendenz konnte bei der Einstellung zur Demokratie festgestellt werden. 1999 zeigten sich nur 18% der KroatInnen mit der Demokratie "sehr oder ziemlich zufrieden", 2008 waren es schon 25%. Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist daher im Zeitraum von 1999 bis 2008 gestiegen. Die ausgewerteten Daten zeigen, dass von jenen, die sich für Politik interessieren ("very/somewhat"), 26% im Jahr 1995 auch ihren Mitmenschen vertrauen. Der Prozentsatz für das Jahr 2008 beträgt 24%, was einen leichten Rückgang darstellt. Hier zeigt sich auch, dass das Interesse für die Politik einen positiven Effekt auf das generalisierte Vertrauen hat.

Da die in dieser Arbeit durchgeführten Analysen den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen und dem generalisierten Vertrauens aufzeigten, konnte die folgende Aussage von Freitag und Bühlman bestätigt werden: „Politische Institutionen üben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Bildung generalisierten Vertrauens aus. Dabei erhöht nicht nur das individuelle Vertrauen in

die Fairness des Rechtssystems die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum generalisiertes Vertrauen entwickelt. Zusätzlich schaffen unparteiisch-unabhängige, universalistische und machtteilende Institutionen als kontextuelle Rahmenbedingungen individueller Handlungen und Einstellungen ein glaubwürdiges Umfeld, in welchem zwischenmenschliches Vertrauen wachsen kann“ (Freitag/Bühlmann 2005: 583). Daraus kann eine weitere wichtige Schlussfolgerung gezogen werden. Ein Großteil der bisherigen Untersuchungen ging davon aus, dass das Vertrauen in erster Linie durch gesellschaftliche Faktoren wie die Lebenskraft bürgergesellschaftlicher Vereinigungen geschaffen werde (vgl. u.a. Putnam 2000), jedoch - wie Freitag und Bühlmann zeigten und wie es auch aus hier unternommenen Untersuchungen bestätigten - sind die Ursprünge des Vertrauens in sehr viel höherem Maße in den politischen Institutionen zu suchen. Diese haben einen direkten Einfluss auf die Vertrauensbildung (vgl. ebd.: 577) innerhalb der Bevölkerung. Damit kann eine weitere Dimension zu den Produktionsfaktoren des generalisierten Vertrauens hinzugefügt werden.

In dem Fall, dass das Vertrauen in die Institutionen niedrig ist oder konstant sinkt, werden die Folgen dieser Entwicklung auch im generalisierten Vertrauen spürbar werden. Es entsteht nämlich, wie Sztompka zeigte, das „Syndrom des Misstrauens“, das in verschiedenen Bereichen als Hemmschuh wirkt (vgl. Schmitt-Beck/Rohrschneider 2004: 256). Eine weitere wichtige und nicht zu übersehende Folge dieser negativen Entwicklung besteht im Rückzug der Menschen aus der öffentlichen Sphäre, in der Flucht in die Privatsphäre, in die Familie, den Freundschaftskreis, die Kollegenschaft etc. In diesen Ghettos finden Menschen das „horizontale“ Vertrauen, das den Mangel an „vertikalem“ Vertrauen in Institutionen funktional kompensiert (vgl. Sztompka 1995: 263). Eine derartige Hypothek an geringem Vertrauen in die politischen Institutionen belastet den Prozess der Konsolidierung einer Demokratie sehr und bremst die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur.

Im sechsten Kapitel dieser Arbeit wurden neben den Ursachen für den Rückgang des Sozialkapitals, insbesondere in seiner horizontalen, aber auch in seiner vertikalen Dimension, auch die vertrauensbildenden Maßnahmen, die einen Weg von Misstrauen zum Vertrauen ermöglichen sollen, dargestellt. In Bezug auf die Institutionen stellte Offe Folgendes fest: „Das Vertrauen der Bürger in die politischen Eliten und in die 'fremden' Mitbürger ist der Zustand, der eintritt, wenn diese Organe kritischer Beobachtung ungehindert agieren können und dennoch nicht kontinuierlich negative Befunde hervorbringen – jedenfalls nichts, was Nahrung bieten könnte für verallgemeinerbares Misstrauen“ (Offe 1990: 128). Daher können „politisch-konstitutionelle Konfigurationen zur zwischenmenschlichen Vertrauensentwicklung beitragen, wenn sie von den Individuen als universalistisch,

machtteilend-konsensual, unbestechlich, unparteiisch und als nicht-kooperatives Verhalten sanktionierend wahrgenommen werden. Wenn die Menschen zur Überzeugung gelangen, dass die politischen Institutionen in gleicher Weise über diese Institutionen denken, dann werden sie auch den anderen Individuen vertrauen“ (Freitag/Bühlmann 2005: 577).

Für die Steigerung des Sozialkapitals hat also die Zunahme des Vertrauen – sowohl des generalisierten als auch des Vertrauen in die Institutionen – eine große Bedeutung. Diese kann tatsächlich durch ein vermehrtes Vertrauen in die Institutionen erreicht werden, denn es hat – wie mehrfach gezeigt wurde – einen Einfluss auf das generalisierte Vertrauen. Eine Kultur des Vertrauens wäre so denkbar. Der Rückgang des Sozialkapitals im speziellen Fall Kroatiens aber auch in anderen postsozialistischen Ländern zeigt so eine wichtige Koordinate für die Entwicklung und die Konsolidierung der Demokratie auf, denn ein demokratisches System braucht nicht nur die parteien- und rechtstaatlichen Institutionen sondern auch die Bürger, die die demokratischen Werte internalisieren und befolgen. Wenn die Bürger wenig Vertrauen in die demokratischen Institutionen haben, stellt sich die Frage, in wieweit sie motiviert sein werden, selbst demokratisch zu handeln.

Einerseits ist es ermutigend, dass das Konzept des Sozialkapitals in der kroatischen politikwissenschaftlichen Literatur in den letzten zehn Jahren zum Thema gemacht wurde, andererseits wäre es auch wünschenswert, dass noch mehr Politikwissenschaftler und auch Sozialwissenschaftler sich diesem Thema widmeten und insbesondere im Zusammenhang mit der negativen Vertrauensentwicklung gegenüber den Institutionen ihren wissenschaftlichen Beitrag leisten würden.

VIII. Quellenverzeichnis

8.1. Literatur

- Bourdieu, Pierre* (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard *Kreckel* (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, 183-198.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loic* (1992). Invitation to Reflexive Sociology, Chicago.
- Busse, Stefan/Schierwagen, Christina* (1990). Vertrauen, in: Hans Jörg *Sandkühler* et al. (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 4, Hamburg, 719-721.
- Coleman, James S.* (1988). Social Capital in the Creation of Human Capital, in: American Journal of Sociology, Vol. 94, Supplement, 95-120.
- Coleman, James* (1990). Foundations of social theory, Cambridge, Mass.
- Črpić, Gordan/Zrinščak, Siniša* (2005). An Emerging Civil Society. Leisure Time and Voluntary Organisations in Croatia, in: Josip *Balaban* (Hg.): In Search of Identity. A Comparative Study of Values: Croatia and Europe, Zagreb, 19-45.
- Esser, Hartmut* (2000). Soziologie: Spezielle Grundlagen. Band 4: Opportunities und Restriktionen, Frankfurt und New York.
- Evans, Mel* (2005). The Role of Social Capital in the Social Economy. The Work of the CONSCISE Project, in: Karl *Birkhölzer* et al. (Hg.): Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven, Wiesbaden, 201-208.
- Frevel, Bernhard* (2009). Demokratie. Entwicklung – Gestaltung – Problematisierung, Wiesbaden.
- Frevert, Ute* (2002). Vertrauen in historischer Perspektive, in: *Schmalz-Bruns Rainer/ Zintl Reinhard* (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation, Baden-Baden, 39-59.
- Freitag, Markus/Bühlmann, Marc* (2005). Politische Institutionen und die Entwicklung generalisierten Vertrauens. Ein internationaler Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, 46 Jhrg. Nr. 4, Dezember 2005, 575-601.
- Fuchse, Jan/Schaal, Gary* (2005). Politische Institutionen und die Generalisierung von Vertrauen, in: Anna *Geis/David Strecker* (Hg.): Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt/Main, 54-66.
- Fuchs, Dieter/Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin* (2002). Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung, in: ÖZP, 31 (2002) 4, 427-450.

- Fukuyama, Francis* (1995a). *Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen*, München.
- Fukuyama, Francis* (1995b). *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity*, New York.
- Gabriel, Oscar et al.* (2002). *Sozialkapital und Demokratie – Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*, Wien.
- Gabriel, Klaus* (2010). Die Finanzkrise als Herausforderung für die Sozialethik, in: *Helmut Renöckl/Stjepan Baloban* (Hg.): *Jetzt die Zukunft gestalten! Sozialethische Perspektiven. Beiträge des Internationalen Symposiums 16. bis 18. April 2009 in Zagreb*, Wien, 112-125.
- Gloya, Tanja* (2001). Vertrauen, in: *Joachim Ritter et al.* (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 11, Basel, 986-990.
- Hanifan, Lyda J.* (1920). *The Community Center*, Boston.
- Hardin, Russel* (1992). The Street-Level Epistemology of Trust, in: *Analyse und Kritik* 14, 152-176.
- Haug, Sonja* (1997). *Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Arbeitsbereich II/Nr. 15*, Mannheim.
- Helliwell, John F./Putnam, Robert D.* (2000), *Economic Growth and Social Capital in Italy*, in: *Partha Dasgupta/Ismail Serageldin* (Hg.): *Social Capital. A Multifaceted Perspective*, Washington D.C., 253-269.
- Herreros, Francisco* (2004). *The Problem of Forming Social Capital: Why Trust?*, New York.
- Jungbauer-Gans, Monika* (2006). Einleitende Betrachtungen zum Begriff „Sozialkapital“, in: *Ernst Gehmacher et al.* (Hg.): *Sozialkapital. Neue Zugänge zu gesellschaftlichen Kräften*, Budapest, 17-43.
- Kaina, Viktoria* (2009). *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*, Wiesbaden.
- Kasapović, Mirjana* (2002). Što je komparativna politika? Kritički osvrt na programe studija komparativne politike na Fakultetu političkih znanosti Sveučilišta u Zagrebu, in: *Politička misao* (39) 4, 146-162.
- Köck, P.* (2008). *Wörterbuch für Erziehung und Unterricht*, Augsburg.
- Koška, Viktor* (2006). Socijalni kapital u Hrvatskoj: pogreška u konceptualizaciji, in: *mali Levijatan*, Vol. 1. No 1., 2006, 79-91.
- Kunz, Volker* (2004). Soziales Vertrauen, in: *Jan W. van Deth* (Hg.): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*, Wiesbaden, 201-228.
- Luther, Martin* (1964). *Werke. Kritische Gesamtausgabe* (Weimarer Ausgabe), Graz.

- Merkel, Wolfgang* (1999). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen.
- Meštrović, Matko/Štulhofer, Aleksandar* (Hg.) (1998). *Sociokulturni kapital i tranzicija u Hrvatskoj*, Zagreb.
- Müller, Jeanette Hedwig* (2009). *Vertrauen und Kreativität. Zur Bedeutung von Vertrauen für diverse AkteurInnen in Innovationsnetzwerken*, Frankfurt/ Main.
- Newton, Kenneth/Norris, Pippa* (2000). *Confidence in Public Institutions: Faith, Culture, or Performance?*, in: Susan J. *Pharr*/Robert D. *Putnam* (Hg.): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?*, New Jersey, 52-73.
- Nohlen, Dieter* (2007). *Sozialkapital* in: Dieter *Nohlen*/Florian *Grotz* (Hg.): *Kleines Lexikon der Politik*, München, 524-525.
- Nullmeier, Frank* (2000). *Politischen Theorie des Sozialstaats*, Frankfurt/Main.
- Offe, Claus* (1999). *How can we trust our fellow citizens?*, in: Mark *Warren* (Hg.): *Democracy and Trust*, Cambridge, 42-88.
- Offe, Claus* (1996). *Trust and Knowledge, Rules and Decisions: Exploring a Difficult Conceptual Terrain*, Vortragsmanuskript auf der Konferenz „Democracy and Trust“, Georgetown University, Washington DC, 7. bis 9. November 1996 – Zitat übernommen von *Eisenstadt, Shmuel N.* *Vertrauen, kollektive Identität und Demokratien*, in: Martin *Hartmann*/Claus *Offe* (Hg.): *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Frankfurt/New York.
- Offe, Claus* (1990), *Demokratie und Vertrauen*, in: *Transit* 18 (Winter 1990/2000). 1989 und die Folgen, 118-132.
- Ostrom, Elinor* (2009). *What is social capital?*, in: Viva Ona *Bartakus*/James H. *Davis*: *Social Capital. Reaching Out, Reaching In*, Cheltenham – Northampton, 17-39.
- Pehlivanova, Plamena* (2009). *The Decline of Trust in Post-communist Societies: The Case of Bulgaria and Russia*, in: *CONTEMPORARY issues*, (2009) Vol. 2, No. 1, 32-47.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne* (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Putnam, Robert* (1993). *Making democracy work: Civic traditions in modern Italy*, New Jersey.
- Putnam, Robert* (2000). *Bowling alone: The collapse and revival of American community*, New York-London-Toronto-Sydney-Singapore.
- Riemer, Kai* (2005). *Sozialkapital und Kooperation: Zur Rolle von Sozialkapital im Management zwischenbetrieblicher Kooperationsbeziehungen*, Tübingen.
- Rimac, Ivan/Milas, Goran* (2005). *In Search of Democratic Development Agents. Comparative Analysis of Satisfaction with Democracy in European Countries*, in: Josip

- Baloban* (Hg.): In Search of Identity. A Comparative Study of Values: Croatia and Europe, Zagreb, 85-114.
- Rimac*, Ivan (2000). Neke determinante povjerenja u institucije političkog sustava u Hrvatskoj, in: *Bogoslovska smotra*, LXX, Nr. 2, 471-484.
- Roßteutscher*, Sigrid (2009). Soziale Partizipation und Soziales Kapital, in: *Viktoria Kaina/Andrea Römmele* (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden, 166-180.
- Roth*, Felix (2008). Sozialkapital, Vertrauen und wirtschaftliches Wachstum, in: *Wenzel Matiaske/Gerd Grözinger* (Hg.): Sozialkapital: eine (un)bequeme Kategorie. Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 20, Marburg.
- Schaal*, Gary S. (2004). Vertrauen, Verfassung und Demokratie. Über den Einfluss konstitutioneller Prozess und Prozeduren auf die Genese von Vertrauensbeziehungen in modernen Demokratien, Wiesbaden
- Schmidt*, Manfred G. (1997). Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen.
- Schmitt-Beck*, Rüdiger/*Rohrschneider*, Robert (2004). Soziales Kapital und Vertrauen in die Institutionen der Demokratie, in: Rüdiger *Schmitt-Beck*/Martina *Wasmer*/Achim *Koch* (Hg.): Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten, Wiesbaden, 235-266.
- Schultheis*, Franz (2008). Pierre Bourdieus Konzeptualisierung von „Sozialkapital“. Sozialkapital: zur Genealogie des Gedankens, in: *Wenzel Matiaske/Gerd Grönzinger* (Hg.): Sozialkapital: eine (un)bequeme Kategorie. Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 20, Marburg, 17-42.
- Schuller*, Tom/*Baron*, Stephen/*Field*, John (2000). Social Capital: A Review and Critique, in: Stephen *Baron*/John *Field*/Tom *Schuller* (Hg.): Social Capital. Critical Perspectives, Oxford, 1-39.
- Seligmann*, Adam B. (1997). The Problem of Trust, Princeton.
- Serageldin*, Ismail/*Grootaert*, Christiaan (1999). Defining social capital: An integrating view, in: Partha *Dasgupta*/Ismail *Serageldin* (Hg.): Social capital. A multifaceted perspective, Washington, 40-58.
- Seubert*, Sanja (2009). Das Konzept des Sozialkapitals. Eine demokratietheoretische Analyse, Frankfurt/Main.
- Stolle*, Dietlind/*Rothstein*, Bo (2004). Soziales Kapital und wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeit, in: Stefan *Liebig*/Holger *Lengfeld*/Steffen *Mau* (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften, Frankfurt/Main, 271-297.
- Stolle*, Dietlind (2003). "The Source of Social Capital", in: Marc *Hooghe*/Dietlind *Stolle* (Hg.): Generating Social Capital. Civil Society and Institutions in Comparative Perspective, New York, 19-42.

- Stolle, Dietlind/Rothstein, Bo* (2007). Institutionelle Grundlagen des Sozialkapitals, in: Axel *Franzen* (Hg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden.
- Sztompka, Piotr* (1997). Trust, Distrust and the Paradox of Democracy, Papers des Wissenschaftszentrum Berlin, P 97-003, Berlin, 7-25.
- Sztompka, Piotr* (1995). Vertrauen: die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaften, in: Birgitta *Nedelmann* (Hg.): Politische Institutionen im Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 35, Opladen, 254-278.
- Šalaj, Berto* (2007). Socijalni kapital. Hrvatska u komparativnoj perspektivi, Zagreb.
- Šalaj, Berto* (2003). Koncept socijalnog kapitala u komparativnoj politici, in: Politička misao, Vol. XL, (2003), Nr. 4, 126-144.
- Šalaj, Berto* (2005). Socijalni kapital, demokratsko građanstvo i inkluzivna obrazovna politika, in: Političko obrazovanje, Vol. 1, (2005), Nr. 4, 200-210.
- Šalaj, Berto* (2007). Social trust: Croatia 1995-2003, in: Politička misao, Vol. 43, Nr. 5, 2007, 77-98.
- Štulhofer, Aleksandar* (2000). Nevidljiva ruka tranzicije, Hrvatsko sociološko društvo.
- Štulhofer, Aleksandar* (2001). Društveni kapital i njegova važnost, u: D. *Ajuković* (Hg.): Socijalna konstrukcija zajednice, Društvo za psihološku pomoć, Zagreb, 79-88.
- Štulhofer, Aleksandar* (2004). Percepcija korupcije i erozija društvenog kapitala u Hrvatskoj, u: Politička misao, (41) 3, 156-169.
- Uslaner, Eric M.* (2003). Trust and civic engagement in East and West, in: Gabriel *Badulescu*/Eric M. *Uslaner* (Hg.): Social Capital and the Transition to Democracy, New York.
- Vujčić, Vladimir* (2001). Politička znanost i političko obrazovanje, in: Politička misao, (38) 1, 82-98.
- Westle, Bettina* (2009). Das klassische Konzept der Politischen Kultur, in: Bettina *Westle*/Oscar *Gabriel* (Hg.): Politische Kultur. Eine Einführung, Baden-Baden, 13-23.
- Westle, Bettina/Gabriel, Oscar W.* (Hg.) (2008). Sozialkapital. Eine Einführung, Baden-Baden.
- Zmerli, Sonja* (2004). Politisches Vertrauen und Unterstützung, in: Jan W. *van Deth* (Hg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des *European Social Survey* 2002-2003, Wiesbaden, 229-256.

8.2. Internetquellen

Fuhse, Jan A./Schaal, Gary S.. Politische Institutionen und die Generalisierung von Vertrauen, in: (<http://www.janfuhse.de/VertrauenInstitutionen.pdf>) [Stand: 17.10.2011]

Golbeck, Jennifer/Hendler, James. Inferring Trust Relationships in Web-based Social Networks (<http://trust.mindswap.org/papers/toit.pdf>) [Stand: 25.10.2011]

Nikodem, Krunoslav/Črpić, Gordan (2011). Povjerenje u institucije u Hrvatskoj i Europi s posebnim naglaskom na EU (http://www.hsd.hr/portal/images/stories/kongres/nikodem_krunoslav-crpic_gordan.pdf) [Stand: 5.11.2011]

Paldam, Martin (o.J.). Missing social capital and the transition in Eastern Europe (http://www.hha.dk/nat/wper/00-5_gts.pdf) [Stand: 2.12.2011]

Raiser, Martin (2001). Social capital in transition: a first look at the evidence. European Bank for Reconstruction and Development, Working Paper No. 61. (<http://www.ebrd.com/russian/downloads/research/economics/workingpapers/wp0061.pdf>) [Stand: 8.12.2011]

Štulhofer, Aleksandar (2005). Civilno je društvo ključna poluga razvoja društvenog kapitala, *Civilnodruštvo.hr*, (5), 2. (http://zaklada.civilnodrustvo.hr/upload/File/hr/izdavastvo/casopis/broj05/casopis_05.pdf) [Stand: 7.4.2010]

IX. Abbildungs-, Tabellen- und Diagrammverzeichnis

9.1. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1: Politische Kultur zwischen Mikro- und Makroebene des politischen Systems (Pickel/Pickel 2006: 56).....	23
Abb. 2: Unterschiedliche Dimensionen des Sozialkapitals (Franzen 2007: 72).....	35
Tab. 1: Strukturelle und kulturelle Aspekte sozialen Kapitals (Westle/Gabriel 2008: 43).....	38

9.2. Diagrammverzeichnis

Diagramm 1: Entwicklung des generalisierten Vertrauens in Kroatien von 1995 bis 2009....	59
Diagramm 2: Entwicklung des generalisierten Vertrauens in Kroatien, postsozialistischen Ländern und etablierten Demokratien von 1995 bis 2009.....	60
Diagramm 3: Generalisiertes Vertrauen nach Altersgruppen.....	62
Diagramm 4: Generalisiertes Vertrauen nach Bildung.....	63
Diagramm 5: Generalisiertes Vertrauen und Mitgliedschaft in den Organisationen.....	64
Diagramm 6: Entwicklung des Vertrauens in parteistaatliche Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008.....	67
Diagramm 7: Entwicklung des Vertrauens in rechtsstaatliche Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008.....	68
Diagramm 8: Vertrauen in die parteistaatliche Institutionen und generalisiertes Vertrauen in Kroatien von 1995 bis 2008.....	70
Diagramm 9: Generalisiertes Vertrauen nach Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen in Kroatien von 1995 bis 2008.....	71
Diagramm 10: Einstellung zur Demokratie.....	73
Diagramm 11: Anteil des generalisierten Vertrauens von jenen, die sich „sehr/ziemlich“ für Politik interessieren.....	74

X. Anhang

Abstract (Deutsch)

Das Sozialkapital ist in den letzten zwanzig Jahren eines der sich am schnellsten entwickelnden Konzepte der Politikwissenschaft geworden. Die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit dem Sozialkapital hat insbesondere im Kontext der allgemeinen Renaissance des politikwissenschaftlichen Interesses für die politisch-kulturellen Fundamente der Demokratie einen Aufschwung genommen. Die Publikation „Making democracy work: Civic traditions in modern Italy“ (1993) des Politikwissenschaftlers Robert Putnam stellte einen Wendepunkt in der Begriffsgeschichte des Sozialkapitals dar. Aufgrund der bestehenden sowohl theoretischen Ausführungen als auch empirischen Untersuchungen zum Thema „Sozialkapital“, besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit darin, einen Einblick in die Entwicklung des Sozialkapitals in Kroatien von 1995 bis 2008/2009 zu geben. Diese erfolgt im ersten Schritt durch die Rezeption des Sozialkapitals in der kroatischen politikwissenschaftlichen und soziologischen Literatur. Aufgrund der dabei konstatierten sinkenden Tendenz des Sozialkapitals bis zum Jahre 2007 wird diese, zweitens, auf Basis einer sekundären quantitativen Analyse der inzwischen vorliegenden Ergebnisse der „European Values Study“ (2008) und des „European Social Survey“ (2009) weiter verfolgt. Das Sozialkapital wird dabei durch seine kulturelle Dimension bzw. durch die Entwicklung des generalisierten Vertrauens sowie des Vertrauens in die Institutionen des Parteien- und Rechtsstaates operationalisiert. In Anlehnung an sowohl theoretische als auch empirische politikwissenschaftliche Ausführungen von Dietlind Stolle, Bo Rothstein, Markus Freitag und Marc Bühlmann wird der Einfluss des Vertrauens in die Institutionen des Parteien- und Rechtsstaates auf die Produktion des generalisierten Vertrauens in Kroatien untersucht. Auch der Zusammenhang zwischen dem Sozialkapital und der Demokratie wird theoretisch sowie empirisch beleuchtet. Der Rückgang des Sozialkapitals in Kroatien, aber auch in anderen postsozialistischen Ländern, der in der vergleichenden Analyse der internationalen Untersuchungen zu Tage trat, wird diskutiert, anschließend werden acht Erklärungsansätze für diese Entwicklungstendenz geboten. Dies mündet schlussendlich in der Darstellung vertrauensbildender Maßnahmen, auf dass in Zukunft der Weg vom Misstrauen zum Vertrauen, folglich auch hin zu einer positiven Entwicklung des Sozialkapitals, beschritten werden kann.

Abstract (Englisch)

Social capital has become one of the most rapidly growing concepts in the past twenty years in political science. There was an increase in the number of theoretical and empirical treatments of this topic, especially in the context of renewal of interest of political science for the political-cultural foundation of democracy. The publication “Making democracy work: Civic traditions in modern Italy“ (1993) by political scientist Robert Putnam marked a turning point in the conceptual history of the term “social capital”. Based on the existing theoretical and empirical research on social capital, the aim of this paper will be to give an insight into the development of social capital in Croatia from 1995 until 2008/2009. This aim will be achieved, firstly, by examining the reception and public discussion of social capital in Croatian literature regarding political science and sociology. This study revealed a decrease in social capital by the year 2007 and the need for further research. A secondary quantitative analysis of international research which has been conducted since 2007 (“European Values Study” (2008) and “European Social Survey” (2009)), will be presented in this paper. Social capital will be measured according to its cultural dimension, specifically the development of generalized trust as well as confidence in constitutional institutions and rule of law institutions. Following theoretical and empirical research in the field of political science, primarily of Dietlind Stolle, Bo Rothstein, Markus Freitag and Marc Bühlmann, the influence of public trust in constitutional institutions and rule of law institutions in creating generalized trust in Croatia will be surveyed. Light will be shed on the correlation between social capital and democracy, theoretically and empirically. The decline of social capital in Croatia, as well as in other post-socialist countries, which became evident through comparative analysis of international surveys will be further discussed. In the scope of this paper, eight existing explanations for this trend in development will be presented. Subsequently, there will be a review of confidence-building measures which can be a starting point for the path from distrust to trust, and thus to an increase in social capital in the future.

Lebenslauf

Marijana Kompes

1981	Geboren in Zagreb, Kroatien
1995-1999	Gymnasium in Velika Gorica, Kroatien
1999-2005	Diplomstudium der Fachtheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität in Zagreb, Kroatien
2004-2005	Anstellung im Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche der Kroatischen Bischofskonferenz. Daneben Tätigkeit als Schriftführerin der Kommission „Iustitia et Pax“ der Kroatischen Bischofskonferenz und als Sekretärin des Gründungskomitees der Katholischen Universität in Zagreb
ab November 2005	Doktoratsstudium am Institut für Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien.
ab Oktober 2006	Diplomstudium der Politikwissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien